

# Anders Berch und der schwedische Merkantilismus.

---

Inaugural-Dissertation

zur

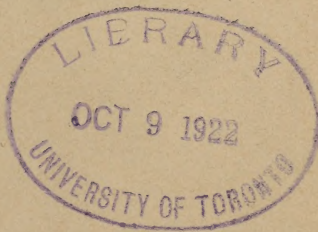
Erlangung der Staatswissenschaftlichen Doktorwürde

der

Rechts- und Staatswissenschaftlichen fakultät  
der Königlichen Universität Greifswald

vorgelegt von

John Lönnegren.



---

Berlin

Linden-Druckerei

1916



3 1761 09619310 7

---

---

Gedruckt mit Genehmigung der Rechts- und Staatswissenschaftlichen Fakultät der Universität Greifswald.

Dekan: Geheimrat Dr. Frommhold.

Referent: Prof. Dr. Mitscherlich.

---

Tag der mündlichen Prüfung: 8. Februar 1916.

---

---



# Inhaltsverzeichnis.

---

## Einleitung.

I. Schweden und die nationalökonomische Wissenschaft . . .	5
II. Biographische Notizen . . . . .	13
III. Betrachtungen über den praktischen Merkantilismus Schwedens . . . . .	23

## Berchs wirtschaftspolitische Anschauungen.

Vorbemerkung . . . . .	33
I. Die Bevölkerungsfrage . . . . .	35
II. Agrarpolitik . . . . .	45
III. Gewerbepolitik . . . . .	55
IV. Handelspolitik . . . . .	67
V. Handelsbilanz und Wechselkurs. Geld und Kredit . . . .	82
VI. Wert und Preis . . . . .	97
VII. Kulturpolitik . . . . .	103

## Rückblick und Zusammenfassung. — Opposition gegen Berch und den Merkantilismus.

105

---





# Einleitung.

## I.

### Schweden und die nationalökonomische Wissenschaft.

Auf dem Gebiete der politischen Oekonomie hat Schweden bis in die letzten Jahre hinein verhältnismäßig sehr wenig von wirklicher Bedeutung geleistet. Gewiß liegt eine dem Umfange nach nicht unbedeutende politisch-ökonomische schwedische Literatur vor, und zwar besonders aus der Periode, in welcher die Hauptperson dieser kleinen Untersuchung lebte und wirkte. Aber da sie im allgemeinen Originalität und inneren Wert vermissen läßt, blieb sie ohne nennenswerten Einfluß auf die allgemeine Entwicklung der Volkswirtschaftslehre. Diese Tatsache fällt dem Beobachter um so mehr auf, wenn er andere wissenschaftliche Disziplinen, vor allem die Naturwissenschaften und die Technik, berücksichtigt, wo ein Anders Celsius, ein Carl von Linné, ein Berzelius, John Ericson, Alfred Nobel, Svante Arrhenius und andere ihrem nordischen Vaterlande einen geachteten und angesehenen Namen überall in der Welt verschafft haben.

Der erste nationalökonomische Schriftsteller Schwedens, Johan Rising, der 1657—1660 als schwedischer Oberzollinspektor in Preußen und Pomerellen wirkte, war ein im Geschäftsleben und in der Politik wohl erfahrener Mann, der trotz im allgemeinen merkantilistischer Ansichten eine nicht unbedeutende Freiheit für Handel und Gewerbe forderte<sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> JEFFLER, Det ekonomiska samhällslivet, Stockholm 1894, I, S. 138 bis 139.



Erst im Jahre 1730 begegnen wir einem größeren schwedischen Originalwerk auf diesem Gebiet, nämlich dem anonym von Anders Backmannson (später unter dem Namen Nordencrantz geabelt) herausgegebenen Buche „Arcana oeconomiae et commercii eller handeln och hushållningsverkets hemligheter<sup>2)</sup>“. Diese Arbeit beansprucht besonders daher ein größeres Interesse, weil der Verfasser während des 18. Jahrhunderts von einer großen politischen Partei als ein Orakel in ökonomischen und finanziellen Fragen betrachtet wurde und somit auch einen gewissen Einfluß auf die wirtschaftliche Gesetzgebung ausübte<sup>3)</sup>.

Auch hier treten uns die in der Zeit begründeten merkantilistischen Ansichten entgegen, wenn auch nicht so schroff wie bei vielen anderen Vertretern dieses Systems. Bemerkenswert ist immerhin, daß Nordencrantz den Nationalreichtum nicht mit dem Gelde, sondern mit den produktiven Kräften des Landes identifiziert<sup>4)</sup>.

Zu diesem Zeitabschnitt gehören auch Anders Berch und Anders Chydenius sowie der Finanzminister Gustavs III. Johan Liljencrantz. Der erstgenannte, ein typischer Vertreter des schwedischen Merkantilismus in seiner höchsten Blüte, wird ja im folgenden ausführlich behandelt, wobei wir auch Gelegenheit finden werden, den beiden letztgenannten, die eine neue und freiere Richtung repräsentieren, einige Zeilen zu widmen.

Der relativen Blüte der nationalökonomischen Literatur und Wissenschaft in Schweden im 18. Jahrhundert folgte Anfang und Mitte des 19. ein kläglicher Niedergang und Stillstand<sup>5)</sup>. So konnte der bekannte Politiker und Minister Hans Järta 1815 äußern: „Schweden vermißt, was sogar Rußland besitzt: wissenschaftliche Arbeiten der Staatsökonomie, in der Muttersprache verfaßt, oder, wie zum Beispiel das Werk von Adam Smith, von einer fremden in die eigene Sprache übertragen. Bei den schwe-

---

<sup>2)</sup> Veffler wie oben S. 140.

<sup>3)</sup> Veffler wie oben S. 140.

<sup>4)</sup> Veffler wie oben S. 141. Hier zeigt Nordencrantz beachtenswerte Berührungspunkte mit Friedrich List, der hundert Jahre später seinen deutschen Landsleuten die Notwendigkeit der Zusammenfassung der produktiven Kräfte, d. h. des wahren Nationalreichtums, in ein planmäßiges, nationales System vor Augen führte.

<sup>5)</sup> Veffler wie oben S. 146.



bischen Universitäten wird kein öffentlicher Unterricht in dieser Wissenschaft erteilt<sup>6)</sup>).

Zwar existierte noch immer die Professur der Nationalökonomie in Upsala, da sie aber mit der einen der beiden ordentlichen juristischen Professuren vereinigt war, las der Inhaber vorzugsweise Handels- und Finanzrecht und im allgemeinen rein juristische Fächer<sup>7)</sup>. Mit den übrigen wissenschaftlichen Fächern wurde die Nationalökonomie erst viel später gleichberechtigt, und erst durch die Errichtung neuer Professuren in diesem Fach an den freien Universitäten Stockholm und Gothenburg sowie an der Stockholmer Handelshochschule hat die Volkswirtschaftslehre einen einigermaßen angemessenen Platz im wissenschaftlichen Leben Schwedens eingenommen.

Unter den wissenschaftlichen Namen auf diesem Gebiet Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts seien u. a. genannt: J. W. Arnberg, dessen bedeutendste Arbeit, „Anstædningar om frihetstidens politiska ekonomi“ eine gute Quelle für die Kenntnis des schwedischen Spät-Merkantilismus ist, Dr. Johan Leffler, der das erste moderne systematische und wissenschaftliche Handbuch der Nationalökonomie in schwedischer Sprache herausgegeben und auch eine gute Darstellung der neuen realistischen deutschen Schule geliefert hat, ferner der glänzende Historiker, Volkswirt und Staatsmann Hans Forzell, der erst vor kurzem gestorbene hervorragende Statistiker Professor Dr. Gustav Sundbärg, der erste Sachverständige Schwedens auf dem Gebiet der Bevölkerungsfrage, ferner Professor emeritus an der Universität Lund Dr. Pontus Fahlbeck, dessen historisch-sozial-ökonomische Untersuchungen und Darstellungen auch in Deutschland wohlverdiente Aufmerksamkeit gefunden haben.

In den allerletzten Jahrzehnten ist in Schweden die nationalökonomische Wissenschaft vor allem von den Inhabern der betreffenden Professuren an den Universitäten Upsala, Lund, Stockholm und Gothenburg vertreten worden. Knut Wicksell in Lund ist u. a. als eifriger Verfechter des Neomalthusianismus bekannt und seine Ernennung zum Professor begegnete eben darum seiner-

<sup>6)</sup> Leffler wie oben S. 147.

<sup>7)</sup> Leffler wie oben S. 148.



zeit großer Opposition. Gustav Cassel in Stockholm, der im Gegensatz zu Wickzell und der modernen Wiener Schule steht, hat sich ein besonderes Verdienst um die Reformierung der schwedischen Reichsbankpolitik sowie der Etataufstellung erworben.

Während Professor Davidson in Upsala sich vorzugsweise der Finanzwissenschaft und dem Finanzrecht gewidmet hat, konzentriert sich das Interesse des Professors Gustav Steffen in Gothenburg auf die soziale Frage. Seit Jahren Mitglied der ersten Kammer des schwedischen Reichstags sowie der sozialdemokratischen Partei und Reichstagsfraktion ist er im Herbst 1915 aus der letzteren geschieden auf Grund der rücksichtslosen Verfolgung, welche die fanatischen Ultraradikalen der Partei gegen ihn in Szene gesetzt haben. Er wurde beschuldigt, an dem sogenannten Kriegsbuche mitgewirkt zu haben — einer Broschüre, die Schweden zur Teilnahme an dem Krieg an Deutschlands Seite auffordert —, und obgleich dieser Verdacht sich als falsch herausstellte, bekundete er offen eine solche deutschfreundliche und evolutionistisch-staatssozialistische Haltung, daß er als „bürgerlich“ und Imperialist gestempelt wurde. Sein interessantes Werk „Krieg und Kultur“, das im unmittelbaren Anschluß an den Weltkrieg und dessen Erscheinungen geschrieben und auch ins Deutsche übersetzt worden ist, wird auch nach dem Weltbrand seinen Wert behalten als ein interessantes Zeitdokument, und es ist anzunehmen, daß Professor Steffen nach dem Frieden auf einen deutschen Lehrstuhl berufen wird, eine Berufung, die, wie bekannt, gerade bevorstand, als die Wetterwolken des politischen Himmels sich zu entladen angingen, so daß die Verhandlungen bis auf weiteres unterbrochen wurden.

Die vier genannten schwedischen akademischen National-ökonomten haben eine lebhafteste schriftstellerische Tätigkeit ausgeübt, und viele ihrer Arbeiten sind ins Deutsche übersetzt worden, wenn sie nicht sogar zuerst in dieser Sprache erschienen sind. Zu der Systematisierung der Wissenschaft, zu der Klarlegung der Begriffe und zu einer Popularisierung derselben durch eigene schwedische Sachausdrücke und Bezeichnungen haben sie erheblich beigetragen, wenn sie auch keine Epoche machten.



Trotz dieser Reihe nationalökonomisch-wissenschaftlicher Namen, die Schweden besitzt, ist die obengenannte Tatsache — das Mißverhältnis zwischen Schwedens Anteil an der nationalökonomischen Wissenschaft und an den Naturwissenschaften — nicht zu leugnen. Eher tritt sie noch schärfer zutage, wenn man die verschiedenen Namen vergleicht und ihren Ruf und Klang im In- und Auslande prüft. Und das Primat der Naturwissenschaften scheint somit fest begründet.

Es ist naturgemäß nicht leicht zu sagen, worauf jener Umstand zurückzuführen ist. Noch schwieriger aber ist es, einen auch so wahrscheinlichen ursächlichen Zusammenhang in dieser Beziehung nur einigermaßen einwandfrei nachzuweisen. Denn hier bewegt man sich unter lauter mehr oder weniger unbekannten Größen, deren Umfang und Bedeutung je nach dem subjektiven Standpunkt und der persönlichen Auffassung des betreffenden Forschers zu bewerten sind. Und es ist somit nur ein Gebot wissenschaftlicher Genauigkeit und einfacher Vorsicht, keine vorzeitigen oder übereilten Schlußfolgerungen zu ziehen.

Ohne dieses wichtige Prinzip auf irgendeine Weise zu verlegen, darf man wohl ganz allgemein die Behauptung aufstellen, daß die Entwicklung der politischen Oekonomie und überhaupt der ökonomischen Wissenschaften mit dem tatsächlichen Zustand und der jeweiligen Entwicklung der Volkswirtschaft selbst im betreffenden Lande eng verbunden bzw. dadurch bedingt ist. Daß beispielsweise die sogenannte klassische Nationalökonomie und nachher die liberale Manchesterschule in England entstand, sich zuerst und am kräftigsten dort entwickelte, ist doch kein Zufall, sondern hängt eng zusammen mit dem großen Vorsprung auf dem wirtschaftlichen Gebiet, den England dank einer Anzahl besonders günstiger Umstände — geographische Lage, politische Freiheit, Kolonien usw. — schon Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts vor den kontinentalen Ländern genoss.

Daß Deutschland zu jener Zeit infolge einer Reihe entsprechend ungünstiger Umstände in der wirtschaftlichen Konkurrenz weit hinter England zurückblieb, hat folgerichtig auch der damaligen deutschen nationalökonomischen Wissenschaft, ihrem Standpunkt, ihrer Selbständigkeit und Entwicklungskraft seinen Stempel



aufgedrückt. Aehnlich sind auch Schwedens allgemeine wirtschaftliche Rückständigkeit, die geringe Bevölkerung, der Mangel an Kapital und Kolonien, das harte Klima und die entfernte Lage mitbestimmend gewesen bei der Entstehung und Entwicklung einer nationalökonomischen Wissenschaft und haben dazu beigetragen, daß sie sich nur schwer und langsam emporarbeiten konnte und erst spät eine selbständige und angemessene Bedeutung erhielt.

Obgleich somit die Abhängigkeit der Wissenschaft und ihrer Entwicklung von dem volkswirtschaftlichen Fortschritt wohl einen der wichtigsten Gründe der Unfruchtbarkeit der nationalökonomischen Wissenschaft Schwedens darstellt, so wäre es meines Erachtens allzu einseitig und oberflächlich, dabei stehen zu bleiben. Es gibt nämlich auch andere, innere und daher vielleicht schwerer festzustellende Ursachen, die tief in dem Charakter und der natürlichen Begabung des schwedischen Volkes wurzeln.

Die besten in- und ausländischen Kenner Schwedens und der Schweden haben immer auf den Mangel an ökonomischem Denken und Handeln hingewiesen, der diesen sonst — und besonders technisch — hochbegabten Germanenstamm kennzeichnet. Schon der Gründer des neuen schwedischen Reichs, der Stammvater der berühmten Wasadynastie und Großvater Gustav Adolfs, Gustav I. Wasa, hat wiederholt auf diesen Punkt aufmerksam gemacht und ihn in derben Worten als einen der Hauptfehler des schwedischen Nationalcharakters hingestellt. Vergeblich ermahnte er seine Untertanen und Landsleute zur Wirtschaftlichkeit und zur Wahrung der nationalen ökonomischen Interessen dem Auslande, besonders aber den schlauen Lübecker Kaufleuten<sup>\*)</sup> gegenüber.

---

<sup>\*)</sup> Zwar hieße es entschieden zu weit gehen, wenn man gleich einigen „Modernisten“ Schwedens Teilnahme am Dreißigjährigen Kriege und sein ganzes Auftreten während der Großmachtzeit — immerhin nur von einem gewissen Gesichtspunkte heraus — als einen Ausdruck der Unwirtschaftlichkeit und des Strebens über die Verhältnisse zu leben betrachten wollte. Auf der anderen Seite muß man doch im großen und ganzen Scherer Recht geben, wenn er äußert: „Indem Gustav Adolf die politische Machtstellung Schwedens weit über das natürliche Maß hob, waren die materiellen Hilfsmittel damit nicht im gleichen Verhältnis gestiegen. Selbst der Erwerb neuer Länder konnte dem vermehrten Staatshaushalt nicht genügen, und die Opfer des Dreißigjährigen Krieges wurden nach Gustav Adolfs Tod noch am ehesten durch die Subsidien Gelder des verbündeten Frankreichs gedeckt. Die fortbauenden Kriege entzogen dem ohnedies schwach bevölkerten



Mehrere Söhne und Nachfolger des großen Wasakönigs teilten mit fast dem ganzen schwedischen Volke und besonders seinen höheren Schichten mehr oder weniger den Fehler der Leichtlebigkeit, der Unwirtschaftlichkeit, und wäre nicht der strenge Reichswirtschaftler Karl XI. eben von der natürlichen Reaktion gegen die wahnwitzige Verschwendung heraus entstanden, so wäre es wohl mit Schwedens Großmachtstellung aus gewesen schon etliche Jahre, bevor der Heldenkönig Karl XII. seine blutig glänzende Sage beendete<sup>9)</sup>.

Bis in unsere Zeit hinein haben sich die verschiedenen schwedischen Bevölkerungsschichten, vor allem aber die führenden Klassen, durch eine ausgesprochene Unwirtschaftlichkeit, einen mangelnden ökonomischen Sinn und ein Streben, über die Verhältnisse zu leben, ausgezeichnet; Fehler, welche Land und Volk in ihrer wirtschaftlichen Entwicklung zum Verhängnis geworden sind.

Während zum Beispiel in dem großen benachbarten und verwandten Deutschen Reiche fast alles auf Dekonomie, auf kluger wirtschaftlicher Erwägung basiert und von dem notwendigen und nützlichen Prinzip, Menschenmaterial und Sachgüter zu sparen, geleitet wird, hat man sich in Schweden manchmal einer mehr als amerikanischen Verschwendung hingegeben, ohne aber annähernd amerikanisch zu produzieren. Man schien eben nicht zu begreifen, daß die Lebenshaltung zwar im Konsum ihren Ausdruck findet, in der Tat aber von der Produktion abhängt.

Mit dem Unvermögen oder Unwillen, wirtschaftlich zu denken und zu handeln, geht im allgemeinen Hand in Hand das mangelnde Interesse für ökonomische und volkswirtschaftliche Angelegenheiten, überhaupt die Abneigung gegen die gründliche und wissenschaftliche Erforschung der sich hierauf beziehenden Tatsachen und Erscheinungen und die Schwierigkeit, wenn nicht Unmöglichkeit, etwas Neues, Originelles von Wert auf diesem Gebiet zu schaffen. Man will oder kann nicht dem schwierigen Problem auf

Schweden manche tüchtige Arbeitskraft, und, was die Hauptsache, entfremdeten den Nationalcharakter dem Gefallen an den bürgerlichen Erwerbszweigen. Der Ruhm blendete das leicht entzündliche Volk des Nordens.“ (Allgemeine Geschichte des Welthandels, Leipzig, 1853, II, S. 726.)

<sup>9)</sup> Hildebrand Sveriges Historia, III, S. 154—171 und 229. Ferner Scherer, Allgemeine Geschichte des Welthandels, II, S. 719—721.

den Grund gehen, selbst das Wesen der Materie durchdringen, sondern bleibt vielmehr im allgemeinen bei ziemlich oberflächlichen Spekulationen oder bei Abschreiben, Bearbeitung und Auslegung der schon vorhandenen ausländischen Meister und Größen. In der langen Zeit von der Mitte des 18. bis Ende des 19. Jahrhunderts, die in so vielen anderen Ländern von einer lebhaften und erfolgreichen Tätigkeit auf dem wissenschaftlichen Gebiete der Nationalökonomie erfüllt ist, hat Schweden nur wenige Namen von wirklichem Wert aufzuweisen, und von diesen dürften nicht einmal die bedeutenderen, beispielsweise eines Anders Chydenius, eines Anders Berch u. a., außerhalb eines sehr engen Kreises von Fachleuten bekannt sein.

Von den beiden genannten ist Chydenius gewiß der bedeutendere, und nicht ohne eine gewisse Berechtigung hat man ihn den schwedischen Adam Smith genannt. Erst spät wurde doch dieser in Finnland geborene, dem schwedischen Kulturkreise aber angehörende, geniale Denker als solcher anerkannt, und erst die wissenschaftliche Forschung unserer Tage hat die überraschende Ähnlichkeit der Argumentation und der Resultate der Chydenius'schen Schriften mit den bahnbrechenden Theorien des Adam Smith dargelegt. Tatsächlich hat Chydenius schon elf Jahre vor dem Erscheinen des berühmten Smith'schen Werks „Inquiry into the nature and causes of the wealth of nations“ viele der in demselben enthaltenen Gedanken zum Ausdruck gebracht<sup>10)</sup>.

Ganz anders sein Zeitgenosse Berch, der noch immer in den meisten Stücken ein rechtgläubiger Merkantilist war, im großen und ganzen nach dem Maße der Zeit zugeschnitten, und seine Arbeit und Tüchtigkeit hauptsächlich den herrschenden nationalökonomischen Ideen widmete. Daß trotzdem Berch und nicht Chydenius zum Gegenstand dieser kleinen Untersuchung gemacht worden ist, geschieht auf Grund besonderer Erwägungen.

Chydenius und seine nationalökonomischen Schriften sind vor Jahren in einer finnländischen Dissertation schon ausführlich behandelt worden, und mehrere moderne schwedische und finnländische Wissenschaftler haben sich mit diesem Stoff

<sup>10)</sup> Leffler, wie oben, I, S. 143—144.



wiederholt befaßt<sup>11)</sup>, während Berch bisher weniger beachtet wurde. Weiter ist es besonders interessant, Berchs Tätigkeit zu verfolgen, da er der erste Inhaber einer national-ökonomischen Professur in Schweden war und seiner Ernennung zu diesem Posten heftige Meinungsäußerungen und politische Streitigkeiten vorausgegangen waren und auch folgten<sup>12)</sup>. Das Hauptwerk Berchs: „Inledning till allmänna hushållningen innesfattande Politie-, Deconomie- och Cameralbetenskaperne“ wurde bereits vor 150 Jahren ins Deutsche übersetzt, was darauf hindeutet, daß er schon zeitig auch im Auslande eine gewisse Anerkennung gefunden hat. Schließlich zeigt sich Berch, wie wir später sehen werden, eben in dieser Arbeit in mehreren Beziehungen viel moderner und seiner Zeit weiter voraus, als man wohl im allgemeinen von einem offiziellen Merkantilisten zu jener Zeit annimmt. Er bildet somit, seinem offiziellen Merkantilismus zum Trotz, gewissermaßen einen vermittelnden Übergang zu der späteren Entwicklung der nationalökonomischen Wissenschaft, die zuerst durch die Physiokraten und dann durch Adam Smith und die klassische Schule gekennzeichnet wurde. Hierzu kommt noch, daß der gegenwärtige Weltkrieg und der im Zusammenhang damit neuerdings erstarkte Neumerkantilismus auch ein größeres Interesse für die merkantilistische Theorie und Praxis des achtzehnten Jahrhunderts erheischen.

---

## II.

### Biographische Notizen.

Unders Berch gehörte einer angesehenen Stockholmer Beamtenfamilie an. Sein Vater war der Kämmerer Anders Berch und seine Mutter Regina Catharina Tersmeden<sup>13)</sup>. Als

---

<sup>11)</sup> In den Jahren 1877—80 wurden Ohlstedts politisch-nationalökonomische Schriften in Helsingfors veröffentlicht und zwar mit einer ausführlichen, von Prof. Freih. G. G. Palmén verfaßten Biographie versehen.

<sup>12)</sup> Biografiskt Lexikon öfver namnkunnige Svenske Män, II, Stockholm 1875, 2. Auflage, S. 131. Vergl. auch unten S. 11, a—b.

<sup>13)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 130.

die Pest während des großen nordischen Krieges immer mehr das Land verheerte und 1710—1711 besonders gewaltsam in Stockholm ausbrach, flüchtete die Familie nach Larsbo in der Provinz Västmanland, etwa 100 Kilometer von der Hauptstadt entfernt, und hier wurde der Sohn Anders am 15. März 1711 geboren<sup>14)</sup>. Wie sein fünf Jahre älterer Bruder Ernst Gabriel, einer der berühmtesten Numismatiker Schwedens, zeigte Anders früh eine besondere Begabung für Studien. Er erledigte schnell das Gymnasium und fing kaum 15 Jahre alt seine akademischen Studien an der Universität Upsala an. Bei seiner vielseitigen Begabung und seinem lebhaften Interesse für verschiedene wissenschaftliche Disziplinen erwarb er sich hier ein umfassendes Wissen und tiefe Spezialkenntnisse. Von großer Bedeutung für seine spätere Entwicklung waren seine intensiven Studien in Experimental-Physik und Mathematik, die er unter Führung von Klingenstierna und dem berühmten Anders Celsius betrieb<sup>15)</sup>. Zugleich studierte er Jura und Cameraalia und ben. Gel. Merc. Syst. Während dieser Zeit verkehrte Berch fleißig mit hervorragenden Wissenschaftlern und Studenten, und zu seinen näheren Umgangsfreunden zählten unter andern Strömer, Elvius und Trievald, alle drei in der schwedischen Kulturgeschichte bekannte und geachtete Namen. Im Jahre 1731 gab Berch, nur 20 Jahre alt, die Schrift „De felicitate patriae per oeconomiam promovenda“ heraus, eine Abhandlung, die er nach der Sitte der Zeit öffentlich verteidigte und zwar unter dem Präsidium von Anders Celsius<sup>16)</sup>. Seine Promotion zum Doktor erfolgte jedoch nicht.

Im Jahre 1732 wurde er Auskultant im Königlichen Kommerz-Kollegium in Stockholm und zwei Jahre später Sekretär in der Kommerz-Kommission des Reichstags. Dieser rein politische Dienst gab den Auftakt zu seiner späteren Karriere. Im Jahre 1741 wurde er Sekretär der Handels- und Manufaktur-Deputation des Reichstags und nach dort beendeter Arbeit wurde er zum Professor Jurisprudentiae, Oeconomiae et Commerciorum ernannt.

---

<sup>14)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 130.

<sup>15)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 131.

<sup>16)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 131.



Die sekrete Handels- und Manufaktur-Deputation des Reichstags meinte gefunden zu haben, daß in den Schulen, Gymnasien und Akademien eine Unmenge weniger notwendiger und nützlicher Fächer gelehrt würden, die man lieber durch ökonomische und andere „reale“ Wissenschaften ersetzen sollte. Sie beantragte daher die Ernennung einer Kommission, um die Schulordnung und die akademischen Statuten in diesem Sinne zu reformieren und einen entsprechenden Plan dem nächsten Reichstage vorzulegen. Um die erwünschte Reform sobald wie möglich durchsetzen zu können, schlug die Deputation vor, daß die Professur des römischen Rechts mit der andern Rechtsprofessur zusammengeschlagen werde und der dadurch frei gewordene Professor die Obliegenheit erhalten solle, über „die Fundamente der Manufaktur- und Kommerz-Verfassungen“ vorzulesen<sup>17)</sup>. Durch solche Vorlesungen könne bei der studierenden Jugend „Lust zu nützlichen Spekulationen geweckt werden, sie könne ihre Reisen zu größerem Nutzen für das Vaterland ausführen usw.“.

Der Antrag wurde zwar im allgemeinen vom Reichstage gutgeheißen, führte aber kein praktisches Resultat herbei<sup>18)</sup>. Dagegen wurden im ganzen Reiche Geldsammlungen veranstaltet, um Mittel zu einer „oeconomiae et commerciorum profession“ zu erhalten, und der Reichstag 1741 gab der Handels- und Manufaktur-Deputation den Auftrag, einen Ökonomie-Professor zu ernennen<sup>19)</sup>. Daß die Wahl, wie oben gesagt, auf den Sekretär der Deputation, Anders Berch, fiel, kann nicht besonders überraschen, wenn man sowohl die damaligen Verhältnisse als Berchs schon erwiesene Begabung und Tüchtigkeit berücksichtigt.

Die sogenannte Freiheitszeit, wie der Abschnitt der schwedischen Geschichte von 1718—1772 genannt wird, wurde durch eine uneingeschränkte Parteityrannie gekennzeichnet. Der Reichstag, d. h. die Mehrheitspartei des Reichstags, war alleinherrschend und benutzte seine Macht nicht nur um zu regieren, sondern um bis in die kleinsten Einzelheiten der Verwaltung hinein herumzuschnüffeln. Die meisten besseren Beamtenstellungen wurden

<sup>17)</sup> E. G. och M. Dep: s Bet. 29 Mars 1739.

<sup>18)</sup> R. St: s Bref 18 April 1739.

<sup>19)</sup> J. W. Arnberg, Anteckningar om Frihetstidens politiska ekonomi, I, Uppsala 1868, S. 97.

direkt verkauft oder den Anhängern und Freunden der regierenden Partei als Parteibelohnung zugeteilt, und nur die im allgemeinen herrschende Ueberlieferung von der Unentlassbarkeit der Beamten rettete diese vor einem vollkommenen Spoil-System nach heutigem amerikanischen Muster.

Berch war in diesem Milieu eines regierenden und verwaltenden Reichstags aufgewachsen und zum Mann herangereift. Unter diesem Einfluß hatte er seine wissenschaftlichen Studien betrieben und selbst angefangen, sich als schaffender Wissenschaftler zu betätigen. Während seiner Tätigkeit im Kommerz-Kollegium und in den Reichstagskommissionen hatte er weiter Gelegenheit gehabt, sich mit den herrschenden politisch-ökonomischen Ansichten vertraut zu machen und an ihre praktische Ausführung durch Regierungsmaßnahmen und Verordnungen Hand anzulegen. Nachdem er einmal als wohlbestallter Professor der „Jurisprudentiae, Oeconomiae et Commerciorum“ in Upsala saß, hörten auch nicht seine intimen Beziehungen und sein Abhängigkeitsverhältnis zum Reichstage und zu der dort herrschenden Mehrheitspartei auf<sup>20)</sup>.

Während seiner Stellung als Kommissionssekretär im Reichstage hatte Berch es verstanden, die Reichstagsparteien zu gewinnen, und seine Ernennung zum Professor ist wohl auch teilweise hierauf zurückzuführen, wenn man auch nicht verkennen kann, daß seine Schrift „De felicitate etc.“ und seine rein sachliche Arbeit ihn als eine tüchtige wissenschaftliche und praktische Kraft charakterisierte. Obgleich es damals, wie aus dem eben

<sup>20)</sup> Bezeichnend für die wissenschaftliche Freiheit im damaligen merkantilistischen Polizeistaat ist folgendes Beispiel: Bei dem Reichstage 1743 wollte die Handels- und Manufaktur-Deputation untersuchen, was der neue Professor geleistet und ließ sich somit die Berch'schen Vorlesungen vorlegen, „um in Zukunft das abzuändern und zu berichtigen, was gegen die von den Reichsständen angenommene Grundlage des Reichshaushaltungssystems eventuell verstoße“. Es stellte sich heraus, daß Berch wohl ziemlich reinlehrig, dagegen nicht genügend fleißig sei, da er seit seiner Ernennung noch keine Dissertation öffentlich verteidigt hätte, und das Studium der Nationalökonomie an der Universität Upsala noch nicht lebhaft genug betrieben würde. B. wurde daher dringend ermahnt, mit der akademischen Jugend oft mündliche Disputationsübungen in wissenschaftlichen Fragen abzuhalten, eine Mahnung, der er auch Folge leistete, indem in den Jahren 1747—65 nicht weniger als 25 Disputationen von Berch gedruckt worden sind. (Sekreta Handels- och Manufaktur-Deputationens Handlingar vid 1743 års riksdag.)



erwähnten hervorgehen dürfte, keineswegs als etwas Beschämendes angesehen wurde, auf diese Weise zu einer Beamtenstellung zu gelangen, machte man doch im feindlichen politischen Lager sowohl Berch als seinen Gönnern verschiedene Vorwürfe. Es wurde hervorgehoben, daß wenigstens die rein wissenschaftlichen Ämter als politische Parteibelohnungen nicht erteilt werden dürften, und weiter nahm man es dem neuernannten Professor sehr übel, daß er nicht graduiert war<sup>21)</sup>.

Von andrer Seite, die schon die Errichtung der neuen Professur der Nationalökonomie vom Anfang an bekämpft hatte, äußerte man Zweifel über den Nutzen und die Notwendigkeit des neuen Lehrstuhls<sup>22)</sup>. In diesem Zusammenhang ist zu bemerken, daß die Professur der Jurisprudentiae, Oeconomiae et Commerciorum an der Universität Upsala, die als eine der ersten in Europa im Jahre 1741 errichtet wurde<sup>23)</sup>, nur dadurch zustande kam, daß man den besonderen Lehrstuhl des Römischen Rechts einzog, und, wie gesagt, die nötigen Mittel durch private Sammlungen im ganzen Lande aufbrachte. Nun fragte man sich aber, ob dieses alles nützlich und nötig war, oder ob man vielleicht einen Fehlgriff gemacht hatte.

Der neue Professor blieb seinen vielen Angreifern nicht die Antwort schuldig. Schon von seinem Amtsantritt an entfaltete er eine rege wissenschaftliche, schriftstellerische und praktische Tätigkeit. Seine Vorlesungen formten sich zu einem — gewiß den macht-habenden Reichsständen angenehmen — politisch-ökonomischen

<sup>21)</sup> Biografiskt Lexikon, II, S. 131.

<sup>22)</sup> Biogr. L., wie oben, S. 131.

<sup>23)</sup> In dieser Beziehung sind sich allerdings die verschiedenen Verfasser nicht einig. Nach Veffler, wie oben, S. 141, war die Berchsche Professur die zweite ihrer Art in Europa. Professor Fahlstedt in Lund neigt zu derselben Meinung und schreibt in dem Werk „Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre im neunzehnten Jahrhundert“, XIX, S. 1, daß Berchs Professur wahrscheinlich das zweite Lehramt seiner Art in Europa war. Eine andere Ansicht wird von Wilhelm Stieba vertreten, der in seiner „Nationalökonomie als Universitätswissenschaft“, S. 17 ff., darauf hinweist, daß König Friedrich Wilhelm I. schon im Jahre 1727 eine Professur für Ökonomie-, Polizei- und Kameralwissenschaft zuerst in Halle und dann auch in Frankfurt a. O. errichtete. Stieba sagt, S. 18—19: „Die Professur in Halle ist die erste kameralistische, und wenn man Kameralwissenschaft mit Volkswirtschaftslehre wiedergeben darf, die erste nationalökonomische in Deutschland.“

Programm und wurden fleißig besucht. Außer den vielen Angriffen von verschiedenen Seiten spornten ihn auch die Ermahnungen des Reichstagsausschusses an. Sobald er dazu Zeit und Gelegenheit fand, sprach er auch durch gedruckte Schriften zu einem größeren Publikum<sup>24)</sup>.

In seiner ersten größeren Schrift nach der Ernennung zum Professor, der im Jahre 1746 erschienenen Abhandlung „Sätt att igenom Politisk Arithmetica utröna länders och städers hushållning“<sup>25)</sup>, die 94 Druckseiten umfaßte, behandelte er sein Fach, die politische Ökonomie, sozusagen vorbereitungs- oder einleitungsweise. Vor allem betont er hier die große Bedeutung, welche dem regelmäßigen und starken Zuwachs der Bevölkerung in wirtschaftlicher und nationalökonomischer Beziehung zukommt. Er macht auch einen Versuch, die Bevölkerungszahl und das Nationalvermögen Schwedens zu berechnen<sup>26)</sup>.

Erst im folgenden Jahre, 1747, war er mit der Arbeit fertig, die er selbst als sein Hauptwerk aber auch ein Hauptwerk bezeichnete, nämlich: „Inledning till allmänna hushållningen, innesättande

---

Der Widerspruch ist meiner Ansicht nach leicht zu lösen, da seine Ursache auf der Hand liegt. Natürlich darf man nicht Kameralwissenschaft mit Volkswirtschaftslehre identifizieren, wie Stieda es hier halb und halb versucht. Auf der anderen Seite war auch Berch's neueingerichtete Professur kein nationalökonomischer Lehrstuhl in streng modernem Sinn. Die Entwicklung ist hier wie auf so vielen anderen Gebieten nur allmählich und stufenweise vorgeschritten, und es ist demgemäß schwer zu entscheiden, wann die alte Kameralwissenschaft von einer wirklich national-ökonomischen Wissenschaft ersetzt bzw. in eine solche umgewandelt und erweitert worden ist. Schon lange vor Berch gab es in Uppsala eine Professur der Ökonomie und des Römischen Rechts, und diese dürfte wohl den ersten deutschen Kameralistprofessuren entsprochen haben. Mit der Neueinrichtung von 1741 wurden aber auch den „Commerzien“ ausdrücklich ein Platz als Lehrfach eingeräumt, und hierin liegt unleugbar ein großer Fortschritt. Der neue Lehrstuhl wurde somit dem Zweck und dem Sinn nach einer modernen Professur der Volkswirtschaftslehre viel ähnlicher als die schon vorhandenen kameralistischen Professuren in Deutschland und anderen Ländern. In diesem Sinne kann man somit die Behauptung aufrecht-erhalten, daß Berch's Professur eine der ersten, ja wahrscheinlich die zweite ihrer Art in Europa war.

<sup>24)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 131—132.

<sup>25)</sup> Auf Deutsch: „Methode, durch politische Arithmetik die Haushaltung der Länder und Städte festzustellen“.

<sup>26)</sup> Anders Berch, Sätt att igenom Politisk Arithmetica utröna länders och städers hushållning, Stockholm, 1746.



grundnen till Politie oeconomie = och Cameralbetenskaperne. Till deras tjänst, som bevissta de allmänna föreläsningarna inrättad". Das Buch sollte, wie aus dem Titel hervorgeht, in erster Linie den Studierenden als Anleitung bei den Vorlesungen dienen, erschien aber auch zu dem polemischen und allgemein populärwissenschaftlichen Zweck, seine Feinde und überhaupt ein größeres Publikum über die Notwendigkeit, den Nutzen, die Natur und Beschaffenheit der nationalökonomischen Wissenschaft aufzuklären. Inwieweit es diesen letzteren Zweck erreichte, mag dahingestellt sein. Sicher ist jedenfalls, daß es zu einem allgemeineren und größeren Interesse für die Volkswirtschaftslehre in Schweden führte und sehr dazu beitrug, Berchs Namen einen guten Klang in den wissenschaftlichen Kreisen des In- und Auslandes zu geben.

Berchs Hauptwerk, das, im Jahre 1763 ins Deutsche übertragen, in Halle erschien, und zwar vom Professor der Kameralwissenschaften zu Bülow Dr. Daniel Gottfried Schreber herausgegeben, wurde Jahre hindurch in Deutschland als Lehrbuch an den Universitäten gebraucht<sup>27)</sup>. Es kann gewissermaßen als der Ausdruck des offiziellen Merkantilismus der schwedischen Freiheitszeit betrachtet werden. In Übereinstimmung mit anderen wissenschaftlichen Lehrbüchern dieser Periode war auch Berchs Werk ein Gemisch von theoretischen Spekulationen und — überwiegend — praktischen Regeln, und sowohl an der mangelhaften Systematik als noch mehr an der schwerfälligen, unklaren und umständlichen Sprache können mit Recht Ausstellungen gemacht werden. Bei allen seinen Fehlern, die bei einem Vergleich mit der heutigen Zeit besonders hervortreten, hat doch das Buch seine Verdienste. Vor allem darf man nicht vergessen, daß es der erste Versuch in der schwedischen Literatur war, für die Volkswirtschaft eine wissenschaftliche, auf allgemein gültige Wahrheiten begründete Theorie darzustellen. Es war somit auch ein der Zeit angepaßtes wissenschaftliches Lehrbuch in den Elementen der Staatswissenschaften.

Unter anderen bemerkenswerten Druckschriften von Berch während dieser Zeit sei hier erwähnt: „Tal om den proportion, som de studerande erfordra till lediga beställningar i riket“, Stock-

<sup>27)</sup> Leffler wie oben S. 142.

holm, 1749<sup>28</sup>). Er hielt diese Ansprache nach der Sitte der Zeit in der lateinischen Sprache und zwar bei der Niederlegung des Rektorats. Sie wurde gleich ins Schwedische übersetzt und zum Drucke gebracht und erweckte wieder sowohl Aufsehen als auch Kritik<sup>29</sup>).

Schon lange hatte ein Mißverhältnis zwischen der Anzahl der Studierenden und den verfügbaren Stellungen und Ämtern bestanden, ohne daß sich jemand an die Lösung des heiklen Problems herangewagt hatte. Anders Berch tat es aber, und wenn er auch für seine Gedanken an eine Beschränkung der Zahl der Studierenden, um die Überfüllung und das gebildete Proletariat im Beamtenstande zu mildern, Vorwürfe von verschiedenen Seiten zu ertragen hatte<sup>30</sup>), so dürfte seine offene Aussprache über ein tatsächlich vorhandenes Übel die Aufmerksamkeit der Regierung auf diese Angelegenheit gelenkt haben.

Um eine weitere Verbreitung seiner Schriften und ein erhöhtes Interesse für ökonomische und volkswirtschaftliche Angelegenheiten überhaupt im Publikum zu erzielen, ließ Berch auch mehrere seiner Disputationen vom Lateinischen ins Schwedische übersetzen. In dieser Beziehung war er einer der Pioniere und trug dazu bei, daß die so lange vernachlässigte Muttersprache allmählich zu ihrem Rechte kam. Der Erfolg blieb auch nicht aus, denn eben diese Disputationen riefen eine lebhaftete Nachfrage hervor<sup>31</sup>).

Gleichzeitig mit seinen wissenschaftlichen, schriftstellerischen und politischen Arbeiten entfaltete Berch eine umfassende praktische Tätigkeit als Beamter und Kommunalmann. Im Jahre 1761 gab er ein Tabellenwerk über die studierende Jugend in Upsala heraus, und ihm kommt auch das Hauptverdienst an der neuen und für jene Zeit modernen Feuerordnung der Stadt Upsala zu<sup>32</sup>).

Um den Studenten, dem Publikum und den Wissenschaftlern ein nicht nur theoretisches, sondern auch anschaulich-praktisches Studium und praktische Belehrungen der Nationalökonomie zu ermöglichen, entwarf Berch einen Plan zu einem „Theatrum

---

<sup>28</sup>) Deutsch: „Ansprache über das Verhältnis zwischen der Zahl der Studierenden und der der ledigen Beamtenstellen“.

<sup>29</sup>) Biografiskt Lexikon, S. 132.

<sup>30</sup>) Biografiskt Lexikon, S. 132.

<sup>31</sup>) Biografiskt Lexikon, S. 132.

<sup>32</sup>) Biografiskt Lexikon, S. 132.



oeconomicum-mechanicum<sup>33)</sup>, das er sich als eine Art Handels- und Industriemuseum dachte. Hier sollten Modelle, allerlei Maschinen, Werkzeuge und Hausgeräte aus der Landwirtschaft, dem Handwerk, dem Bergbau und dem Handel, weiter verschiedene Warenproben, von den ursprünglichen Rohstoffen und, bis zu den fertigen, am meisten veredelten Produkten, alle Bearbeitungs- oder Veredelungsstufen hindurch gesammelt, geordnet und aufbewahrt werden<sup>34)</sup>.

Selbst hatte Berch nicht das nötige Geld, um diesen vernünftigen Plan auszuführen, und der Staat war auch nicht gewillt oder imstande, etwas Wesentliches beizusteuern. Sobald aber das Projekt allgemeiner bekannt wurde, wurde er von interessierten Personen mit Geldspenden unterstützt. Das Consistorium Academicum erhielt von der zuständigen Behörde die Erlaubnis, Professor Berch ein leeres Haus zu dem obengenannten Zweck zur Verfügung zu stellen, und so ging die Sache allmählich vorwärts. Trotz erheblicher Schwierigkeiten verschiedener Art gelang es Berchs Energie und Ausdauer, das erstrebte Unternehmen zu gründen, die Ausstellungsgegenstände anzuschaffen und zu ordnen<sup>35)</sup>.

Nach den Angaben verschiedener Zeitgenossen Berchs wurde das „Theatrum oeconomicum-mechanicum“ in Upsala mit großem Interesse von In- und Ausländern besucht. Unter den letzteren war auch ein deutscher Fürst, nämlich Prinz Heinrich von Preußen, der seine Anerkennung über die Sammlungen aussprach<sup>36)</sup>.

Die Sammlung, die noch immer Bedeutung für die schwedische Kulturgeschichte hat, ist nunmehr dem Nordiska Museet in Stockholm einverleibt.

In das ganze akademische Leben, nicht am wenigsten unter den Professoren, scheint Berch frischen Wind hineingebracht zu haben. Vor allem arbeitete er daraufhin — selbstverständlich neben und nach seiner wissenschaftlichen Tätigkeit —, bessere und geordnetere Verhältnisse in den Akademie-Etat einzuführen, dessen Finanzen und sonstige Lage alles andere als glänzend waren.

---

<sup>33)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 131—132.

<sup>34)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 131.

<sup>35)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 131—132.

<sup>36)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 132.

Unter anderem legte Berch den Grund zu einer eigenen Armenkasse der Professoren, aus welcher Unterstützungen für die Witwen und Kinder der Mitglieder des Akademie-Etats bestritten werden sollten<sup>37)</sup>.

Wichtiger ist aber seine mühsame Arbeit, die Finanzen und den Geschäftsgang der Universität in Ordnung zu bringen. Im Jahre 1768 erhielt er den Auftrag, zu diesem Zwecke eine neue Instruktion für den Rentmeister der Universität auszuarbeiten<sup>38)</sup>. Er brachte wieder Ordnung in die vollkommen zerrüttete Verwaltung, verfaßte eine neue Instruktion für den Rentmeister und ermöglichte hierdurch eine gute Zukunftswirtschaft auf gesunder Basis. In Anerkennung seiner großen Verdienste auf diesem Gebiet wurde er selbst zum Rentmeister ernannt, welche Stellung er auch bis zu seinem Tode behielt<sup>39)</sup>.

Trotz seiner unerschöpflichen Arbeitsenergie konnte Berch doch nicht alles schaffen, was er wollte. Während vieler Jahre sammelte und ordnete er systematisch die große Menge sich vorfindender ökonomischer Verordnungen unter dem Namen „Schwedisches Landwirtschafts-, Bergbau-, Handwerks-, Kaufmanns-Kameral- und Kriebsrecht“<sup>40)</sup>. Obgleich er extra zu dem Zwecke Urlaub erhielt, fand er doch niemals Zeit, dieses umfassende und bedeutende Werk, wie er es wünschte und beabsichtigte, herauszugeben.

Viele wissenschaftliche Auszeichnungen wurden Berch zuteil. So wurde er als Mitglied der Wissenschaftsakademie in Stockholm, der Wissenschaftssozietät in Upsala, der Ökonomischen Sozietät in Bern und der Sozietät zur praktischen Ausübung der Künste und der Haushaltung in London berufen<sup>41)</sup>.

Im Jahre 1774 verschied Anders Berch infolge eines Schlaganfalls, geachtet und geehrt von den Zeitgenossen und der Nachwelt sowohl als tüchtiger und unermüdlicher Arbeiter im Reiche der Wissenschaften als auch auf praktischem Gebiet.

---

<sup>37)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 132.

<sup>38)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 132—133.

<sup>39)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 133.

<sup>40)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 132.

<sup>41)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 130.



Im Jahre 1738 mit Johanna Selbeck verheiratet, hatte Berch fünf Kinder, von denen zwei ein reiferes Alter erreichten. Der ältere von diesen beiden Söhnen, Christer Berch, wurde im Jahre 1773 zum Nachfolger seines Vaters als Ökonomeprofessor in Upsala ernannt<sup>42)</sup>.

### III.

## Betrachtungen über den praktischen Merkantilismus Schwedens.

Um Anders Berch und seine wissenschaftliche wie praktische Tätigkeit zu verstehen, muß man sich in sein Milieu hineinversetzen, wozu ein kurzer Rückblick auf die volkswirtschaftliche Entwicklung Schwedens während der nächst vorhergehenden Jahrhunderte nötig sein dürfte.

Während des Mittelalters waren die Gewerbe sehr wenig entwickelt, die Bevölkerung gering und über das große Landgebiet zerstreut, die Verkehrsmittel schlecht. Die den weitaus größten Teil der Einwohner bildende bäuerliche Bevölkerung verfertigte selbst die wenigen Erzeugnisse gewerblicher Arbeit, welche sie brauchte<sup>43)</sup>. Man stand somit im großen und ganzen noch immer auf der Stufe der Haus- oder Familienwirtschaft, indem die gewerbliche Produktion im Hause, für das Haus und aus selbst erzeugten Rohstoffen erfolgte<sup>44)</sup>.

Bis zum 13. Jahrhundert waren die wenigen Städte des Landes als Markttorte nur Plätze für den Absatz von Produkten der ländlichen Bevölkerung. Seitdem entwickelte sich aber in einigen Städten ein größerer Gewerbebetrieb, der in zunehmendem Maße Waren für die Landbevölkerung herstellte<sup>45)</sup>. Diese Entwicklung bezeichnet den allmählichen Übergang von der geschlossenen Hauswirtschaft zur Stadtwirtschaft<sup>46)</sup>.

<sup>42)</sup> Biografiskt Lexikon, S. 133.

<sup>43)</sup> Schönbergs Handbuch, II, 1, S. 647.

<sup>44)</sup> Vergl. Bücher: Die gewerblichen Betriebssysteme in ihrer geschichtlichen Entwicklung in Entstehung der Volkswirtschaft, 1901, S. 191 ff.

<sup>45)</sup> Schönbergs Handbuch, II, 1, S. 647.

<sup>46)</sup> Vergl. Bücher: Entstehung der Volkswirtschaft, 1901, S. 107—108.

Das Aufblühen der Gewerbe war zum größten Teil deutschen Gewerbetreibenden zu verdanken, die sich zu dieser Zeit immer zahlreicher in den Städten niederließen. Wie bedeutend diese deutsche Einwanderung war, ergibt sich unter anderem daraus, daß nach dem allgemeinen Stadtgesetz aus dem 14. Jahrhundert die Hälfte des Stadtrats aus Deutschen bestehen sollte<sup>47)</sup>.

Zünfte werden in dem für Wisby geltenden Stadtgesetz aus dem 14. Jahrhundert als schon organisiert erwähnt, im eigentlichen Schweden lassen sie sich erst seit dem Ende des 15. Jahrhunderts für einzelne Städte und Gewerbe nachweisen<sup>48)</sup>. Da in Mitteleuropa die ersten urkundlich beglaubigten Nachrichten von wirklich vorhandenen Zünften aus dem 12. Jahrhundert stammen, so steht das damalige Schweden auf diesem Gebiet etwa 200 Jahre in der wirtschaftlichen Entwicklung hinter Deutschland und namentlich hinter Westdeutschland zurück<sup>49)</sup>.

Erst mit Gustav Wasa (1521—1560) wurde die Grundlage zu dem schwedischen Nationalstaat fest gegründet, und mit Recht wird dieser König als der Schöpfer einer schwedischen Staats- und Volkswirtschaft gepriesen, die vor ihm selbständig nicht existierte<sup>50)</sup>.

Zu einer Zeit, wo die Bedeutung des Handels noch nicht von den merkantilistischen Schriftstellern scharf formuliert und begründet war, war Gustav ein eifriger und zielbewußter Förderer des nationalen Handels, theoretisch wie praktisch, durch Reden und Ermahnungen an seine Untertanen wie durch Reederei- und Handelsunternehmungen<sup>51)</sup>.

<sup>47)</sup> Schönbergs Handbuch, II, 1, S. 647.

<sup>48)</sup> Schönbergs Handbuch, II, 1, S. 647.

<sup>49)</sup> Vergl. Stieda: Zunftwesen, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, VIII, S. 1093. Die ältesten erhaltenen Zunftbriefe betreffen die Fischer zu Worms 1106, die Schuhmacher zu Würzburg 1128, die Bettziechenweber zu Köln 1149 und die Schuhmacher zu Magdeburg 1158. Stieda gibt auch ein sehr ausführliches Literaturverzeichnis.

<sup>50)</sup> Scherer: Allgemeine Geschichte des Welthandels, Leipzig 1853, II, S. 722. Vergl. auch E. G. Geijer, Geschichte Schwedens, deutsch Hamburg 1834, II, S. 115: „König Gustav I. ist der Schöpfer des schwedischen Kameralwesens.“

<sup>51)</sup> E. G. Geijer: Geschichte Schwedens, Hamburg, 1834, II, S. 121 bis 123, und Scherer: Allgemeine Geschichte der Welthandels, II, S. 722. Um seinen Landsleuten ein gutes Beispiel zu geben, befrachtete der König selbst im Jahre 1545 zwei Schiffe nach Amsterdam und Lissabon. Vergl. auch Sveriges Historia, III, S. 229—233.



Das Streben, das ganze Reich nach privatwirtschaftlichen Grundsätzen zu regieren und zu verwalten, das ja dem Merkantilismus eigen war, kam besonders bei ihm wie bei keinem anderen schwedischen Monarchen zum Ausdruck. Durch eine Reihe von Verordnungen regelte er die Gewerbe und das Zunftwesen, förderte Bergbau und Handel, Schifffahrt und Ackerbau, legte neue Städte an, prämierte die Ausfuhr von veredelten Eisen- und Stahlwaren, beschränkte den Roheisenexport, kontrollierte die Güte der Waren, verhinderte gemeinschädliche Monopole usw.<sup>52)</sup>

Während der folgenden hundert Jahre hatte das Land nur selten Frieden, und auch die besten Reformen und tatkräftigsten Maßnahmen zur Unterstützung des Wirtschaftslebens, konnten nicht hindern, daß es in vielen wichtigen Zweigen zurückging. Die Zunftorganisation wurde aber weiter ausgebaut, immer durch obrigkeitliche Initiative oder Bestätigung. Die Zünfte, die bisher nicht so streng organisiert waren, werden jetzt vollständig geschlossen<sup>53)</sup>.

Vor allem der Bergbau, die Eisen- und Stahlhantierung und der (ausländische) Handel nahmen einen großen Aufschwung, und zwar in direktem Zusammenhang mit den vielen Kriegen und großen Anforderungen, die sie an Schwedens Produktionskraft stellten. Schweden produzierte Eisen und Stahl, Munition und Waffen nicht nur für seine eigenen zahlreichen Armeen, sondern auch für das Ausland, namentlich für die westeuropäischen Staaten<sup>54)</sup>.

Auch zur Einführung der Tuchbereitung gaben die Kriege Anlaß. Um die Armeen zu bekleden, wurden an verschiedenen

---

<sup>52)</sup> Scherer: Allgemeine Geschichte des Welthandels, II, S. 722—723. Schönbergs Handbuch, II, 1, S. 647—648. Geijer, Geschichte Schwedens, II, S. 115—124. Unter Gustav Wasa begegnen wir den ersten von der Krone bestätigten Zunftordnungen in Schweden. Vergl. auch Hildebrand Sveriges Historia, III, S. 233—234.

<sup>53)</sup> Hildebrand Sveriges Historia, III, S. 466. Vergl. weiter Scherer: Allg. Gesch. des Welthandels, II, S. 724—729, und Geijer: Geschichte Schwedens, II—III.

<sup>54)</sup> Scherer: Allg. Gesch. des Welthandels, II, S. 723—25. Sombart: Krieg und Kapitalismus, München und Leipzig 1913, S. 11—112. Sombart nennt als Quelle „Mejer, Beiträge zur genaueren Kenntnis des Eisenhüttenwesens in Schweden“.

Orten Manufakturen und teilweise zugleich auch Schäfereien angelegt<sup>55)</sup>).

Hier kann man den wirtschaftlichen Fortschritt in seinem Entwicklungsgang genau verfolgen und zugleich auch den Einfluß außerwirtschaftlicher Ursachen auf ihn. Auch in Schweden wie in anderen Ländern erfolgt allmählich eine Emanzipation von den althergebrachten Formen des Handwerks, die hier wie dort erst durch die des Handels ermöglicht und vorbereitet, ja teilweise sogar erzwungen wurde<sup>56)</sup>.

Die Verarbeitung des Eisens und des Stahls zu Waffen hatte sich als eine Art Hausindustrie über das ganze Land verbreitet. Es waren Bauern unter dem Namen Rohrschmiede, die sich damit beschäftigten. Sie erhielten den Arbeitslohn in Geld und Naturalien sowie Rohstoffe von der Krone und standen unter der Aufsicht gewisser Staatsbeamten (Faktoren) nach einer besonderen Verordnung<sup>57)</sup>.

Die wachsende Ausbeute des Bergbaus wirkte wiederum auf den Handel befruchtend, dem er den wichtigsten Ausfuhrartikel lieferte. Trotz der vielen Kriege wurden nicht weniger als 17 Städte im Laufe von 20 Jahren neu angelegt bzw. privilegiert, darunter Gothenburg, das sich mit der Hilfe deutscher und niederländischer Einwanderung und eines Freihafenprivilegiums bald zum Stapelplatz des schwedischen Nordseehandels erhob<sup>58)</sup>.

Für die Unternehmungslust, den privaten Handel und die privaten Gewerbe wirkten aber die Monopolbestrebungen der Krone, die auf ihren ständigen Geldbedarf zum Kriegsführen zurück-

---

<sup>55)</sup> Scherer: Allg. Gesch. d. Welthandels, II, S. 725. Vergl. Sombart: Krieg und Kapitalismus, S. 163—175. In diesem Werke macht Sombart darauf aufmerksam, daß der erste große Massenbedarf durch den Militärbedarf entstanden ist (S. 71), was auch für Schweden zutrifft.

<sup>56)</sup> Vergl. Wittcherlich: Wirtschaftlicher Fortschritt, Leipzig 1910, S. 97 bis 104 und 175—176.

<sup>57)</sup> Sombart, Krieg und Kapitalismus erwähnt (S. 98), daß die schwedischen Gewehrfabriken sich aus den „Faktoreien“ entwickelt haben, die vor allem König Gustav Adolf von 1618 an angelegt. Im Jahre 1640 wurden beispielsweise in einer einzigen Stockholmer Fabrik 10 000 Musketen mit Luntten, 141 mit Schnapphahn und 12 000 Gabeln gefertigt. Vergl. auch Wittcherlich, Wirtschaftlicher Fortschritt, S. 97—104 und Scherer wie oben S. 725.

<sup>58)</sup> Scherer: Allg. Gesch. d. Welthandels II, S. 726.



zuführen sind, schwer schädigend. Die Bevölkerung wurde manchmal unangemessen ausgebeutet und litt zudem auch unter dem harten Druck schwerer Steuern und Aushebungen<sup>59)</sup>.

Mögen die Kriege zu einem — oft mehr oder weniger künstlichen — Aufblühen gewisser Erwerbszweige — Bergbau, Eisen- und Waffenindustrie — geführt und dadurch den wirtschaftlichen Fortschritt gefördert haben, mag es wahr oder wenigstens plausibel sein, daß Schwedens Kriege mit Rußland, Polen und Deutschland im 17. Jahrhundert die Beherrschung des Ostseehandels bezweckten und auch zuweilen erzielten<sup>60)</sup>, was natürlich dem schwedischen Seehandel in großem Maßstab förderlich war, im großen und ganzen wurden diese ständigen Kriege doch auf die Dauer dem schwedischen Wirtschaftsleben zum Verhängnis und führten seinen Ruin herbei.

Zwar bedeutete Karls XI. friedliche aber kraftvolle Regierung eine nötige Ruhe- und Erholungspause, die u. a. durch die Gründung der ersten schwedischen Leihbank (1668)<sup>61)</sup> und die Schaffung einer einheitlichen Landeszunftsordnung (1669)<sup>62)</sup> liberalen Charakters gekennzeichnet wurde. Aber die Frist war nur allzu kurz, und der große Nordische Krieg (1700—1721) zertrümmerte nicht nur Schwedens politische Großmachtsstellung, sondern lähmte auch seine wirtschaftlichen Kräfte für Jahrzehnte.

Man hat die Periode vom Tode Karls XI. bis zum Regierungsantritt Gustavs III., oder besser bis zu seinem Staatsstreich (1772), die Freiheitszeit genannt. Als Reaktion gegen die durch die blutigen Kriege zugleich mit der Großmachtsstellung zertrümmerte Autokratie trat die uneingeschränkte Ständeherrschaft hervor, und man jubelte, endlich die langersehnte Volksfreiheit er-

<sup>59)</sup> Scherer: Allg. Gesch. d. Weltk., S. 726—727. Geijer: Gesch. Schwedens II—III.

<sup>60)</sup> Schmoller, der die schwedische Großmachtspolitik als merkantilistisch kennzeichnet, schreibt u. a.: „Und es ist wahr, schon Gustav Adolfs Zug nach Deutschland war nur ein Schachzug im Kampfe um den Ostseehandel. Ebenso waren die späteren Kriege Schwedens, welche den Erwerb Polens bezweckten, und die aggressiven Tendenzen Rußlands gegenüber den schwedischen und deutschen Ostseeprovinzen auf den Erwerb und die Beherrschung des Ostseehandels gerichtet.“ (Umriss und Untersuchungen, I, Das Merkantilsystem in seiner historischen Bedeutung, S. 47.)

<sup>61)</sup> Scherer, Allg. Gesch. d. Weltk., II, S. 728.

<sup>62)</sup> Schönbergs Handbuch, II, 1, S. 648.

reicht zu haben. Der unmittelbar nach dem Tode des Königs zusammengetretene schwedische Reichstag weigerte sich, die Thronerin, seine Schwester, anzuerkennen, bis genügende konstitutionelle Garantien gegen die Alleinherrschaft geschaffen worden waren<sup>63</sup>).

Der ominöse Name „Freiheitszeit“ ist eigentlich keine rechtmäßige Bezeichnung dieses Zeitabschnitts der schwedischen Geschichte. Vor allem kann von einer wirklichen Volksfreiheit nicht die Rede sein. Die Herrschaft der Reichsstände und des Reichsrats bedeutete eine bureaukratisch-aristokratische Oligarchie, die zudem durch wüste Parteileidenschaften, Parteiverfolgungen und eine umfassende Korruption in der Tat die Parodie eines wirklich demokratischen und freiheitlichen Regimes darstellte<sup>64</sup>).

Mit all ihren Fehlern hat die Freiheitszeit doch besonders auf dem wirtschaftlichen Gebiete Anerkennenswertes geschaffen, und im Vergleich mit den früheren Zeiten bedeuten die erwachende Einsicht und das steigende Interesse des Staates wie des einzelnen für wirtschaftliche Fragen einen wichtigen Fortschritt. Es wurde zur Hauptaufgabe der neuen Machthaber, nachdem sie sich einmal sicher im Sattel fühlten, die tiefen Kriegswunden des schwedischen Reiches zu heilen, und das war nur möglich durch intensive friedliche Arbeit, unterstützt und geleitet durch fürsorgliche Regierungsmaßnahmen<sup>65</sup>).

Während früher die Landeroberung und die äußere Machtentfaltung des Reiches das Hauptziel der Regierenden darstellte, strebte man nunmehr bewußt nach größerem Nationalvermögen und einem nach Möglichkeit allgemein verbreiteten Wohlstande. Den theoretischen und praktischen Weg zu diesem Ziele fand man in dem planmäßigen Ausbau des nunmehr vollkommen bewußten, theoretisch und praktisch begründeten und erprobten merkantilistischen Systems, das zu jener Zeit in den meisten führenden Ländern herrschte — vor allem in Frankreich und England wie auch in dem benachbarten Preußen — und in Schweden schon vom Anfang der Freiheitsära mit gleicher Überzeugung von den beiden rivalisierenden Reichstagsparteien vertreten wurde. Dabei tat es nichts, daß der Merkantilismus auf seinem damaligen Standpunkt in fast

<sup>63</sup>) Gildebrand, wie oben, VII, Stockholm 1903, S. 15.

<sup>64</sup>) Vgl. Gildebrand, wie oben VII, S. 366—370.

<sup>65</sup>) J. W. Arnberg, wie oben, S. 1, 8 und 63.



jeder Beziehung den Gegensatz zu der ökonomischen Freiheit bildete, die man wohl eigentlich als Konsequenz der politischen hätte erwarten müssen. Somit kam es auch, daß die schwedische Freiheitszeit durch eine noch nie dagewesene wirtschaftliche Vormundschaft und Zwangsregelung seitens Regierung und Reichstag gekennzeichnet wurde<sup>60)</sup>.

Dabei ist besonders interessant, einen politischen Vergleich zwischen Schweden und den anderen merkantilistisch verwalteten Staaten Europas zu ziehen. Fast überall, jedenfalls auf dem Kontinent, fällt ja die höchste Blütezeit des Merkantilismus mit dem sogenannten aufgeklärten Despotismus zusammen. Nur Schweden (und teilweise auch England und Holland) bildete eine Ausnahme, indem die weitestgehende staatliche Bevormundung in volkswirtschaftlichen und Verwaltungsfragen hier Hand in Hand mit einer Art zügellosen Parlamentarismus ging. Diese politische Form scheint indessen wirtschaftlich nicht besonders günstig gewirkt zu haben, denn obgleich es der schwedische Reichstag, wie gesagt, nicht an strengen und umfassenden Maßnahmen fehlen ließ, sind doch die erzielten Erfolge im Vergleich mit den entsprechenden in anderen Ländern keineswegs bedeutend, und sicher ist, daß der Druck und Zwang bei uns unter dem regierenden Reichstag manchmal ebenso unerträglich und unheilvoll waren wie beispielsweise im Preußen des Friedrich Wilhelm I. und Friedrichs des Großen.

Doch kann wohl kein Zweifel darüber bestehen, daß die ausgeprägt merkantilistische Wirtschaftspolitik dieses Zeitabschnittes im großen und ganzen den tatsächlichen Bedürfnissen der Zeit und der verschiedenen Länder nicht entsprach bzw. zu entsprechen versuchte. Was besonders Schweden anbetrifft, so war es durch seine unglücklichen Kriege im Vergleich mit dem übrigen Europa wirtschaftlich so in Rückstand geraten, daß es wirklich einer kräftigen, nationalen, prohibitiven Wirtschaftspolitik bedurfte, um sich einigermaßen zu erholen und den Vorsprung der anderen wieder einzuholen. Und somit war der Merkantilismus auch direkt und indirekt von den Verhältnissen bedingt und hervorgerufen. Und es wäre nicht leicht, wenn überhaupt möglich, ein System anzugeben, das zu der da-

<sup>60)</sup> B. Arnberg, wie oben, S. 63.

maligen Zeit und unter den obwaltenden Umständen den Merkantilismus mit Erfolg hätte ersetzen können.

Auf der anderen Seite waren natürlich nicht alle in Schweden vorgenommenen merkantilistischen Maßnahmen nützlich und nötig, ebensowenig, wie sie alle den Zeitbedürfnissen entsprachen. Hier gab es vielmehr einen weiten Spielraum zwischen dem unbedingt nötigen, dem nützlichen auf der einen Seite und den extremen Übertreibungen auf der anderen, welche letztere leider allzu häufig vorkamen. Hier hat man es hauptsächlich mit nachgeahmten, aus anderen Ländern ohne Verständnis für die verschiedenen Verhältnisse geholten Theorien und Praktiken zu tun.

Vor allem zeigt sich dieses, wenn es sich um die theoretische Begründung des Merkantilismus handelt, die in Schweden so gut wie vollständig gefehlt hat, obgleich die Wirtschaftspolitik des Landes im großen und ganzen während des 16. und 17. Jahrhunderts merkantilistisch war. Nun fühlte man ein Bedürfnis, dieses Versäumnis nachzuholen, wobei zahlreiche Anregungen sowohl von der im Auslande schon existierenden reichen merkantilistischen Literatur als durch die einheimische staatliche Fürsorge für die wirtschaftliche Blüte mitwirkten. Auch in Schweden entstand eine umfangreiche Literatur, deren Aufgabe es wurde, bei der Nation, bei dem Volke selbst, Interesse und Verständnis für die wichtigen wirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Fragen zu wecken<sup>87)</sup>.

Anfangs wurden an ausländischer Literatur meistens englische Bücher gelesen. Später erhielt die französische Literatur einen größeren Einfluß, aber erst in den siebziger Jahren machten sich die Physiokraten bemerkbar<sup>88)</sup>. Schon im Jahre 1723 wurde ein von dem preußischen Rat H. Bode herausgegebenes extrem merkantilistisches Buch unter dem Titel „Maktkonst eller outöselig guldgruva, varigenom höga öfverheten kan sin makt föröka och sina undersåtare rikare göra“ ins Schwedische übersetzt, und andere Schriften folgten<sup>89)</sup>. Im großen und ganzen war jedoch die reiche

<sup>87)</sup> Arnberg, wie oben, S. 63.

<sup>88)</sup> Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre, XIX, S. 2.

<sup>89)</sup> Beffler, wie oben, I, S. 140.



volkswirtschaftliche Literatur Schwedens im 18. Jahrhundert aus nationalen Wurzeln erwachsen<sup>70)</sup>).

Mit einem vorwiegend praktischen Zwecke vor Augen suchte diese Literatur weniger die Probleme der Volkswirtschaft wissenschaftlich zu behandeln und zu lösen als einzelne praktische Teile davon zu beleuchten und der Nation die Mittel und Wege zum Wohlstand und Reichtum klar und begreiflich zu machen. Während sie auf der einen Seite über die Trägheit, Liederlichkeit, Unwirtschaftlichkeit und Verachtung der bürgerlichen Gewerbe bitterlich klagt, hebt sie auf der anderen die Bedeutung eben dieser bisher verachteten Erwerbszweige besonders hervor und fordert das Gemeinwesen auf, sie zu ermuntern und die Gewerbetreibenden ihre wohlverdiente und ehrenvolle Stellung in der Gesellschaft einnehmen zu lassen<sup>71)</sup>.

„Daß die Literatur denselben Weg wie die Gesetzgebung verfolgte, ist natürlich, da diese Ansichten und Maßnahmen der Zeit selbst angehörten, und, wie gesagt, zusammen das System, das fast ganz Europa als die einzig sichere Grundlage, worauf ein Staat seine wirtschaftliche Größe errichten kann, angenommen hatte. Diese Literatur ist somit in allem Wesentlichen rein merkantilistisch mit den Fehlern und den Verdiensten dieses Systems. Sie faßt den Gelderwerb als das äußerste Ziel der Produktion und des Tausches auf, sie betont gleichfalls die Eigenschaft der Veredelungsarbeit und des Handels, besonders vermögensschaffend zu sein, und die Pflicht des Staates, diese Erwerbszweige nicht nur zu schützen und zu pflegen, sondern auch in Übereinstimmung mit dem Zwecke der allgemeinen Haushaltung zu leiten. Auf der anderen Seite verlangt sie auch Achtung vor der friedlichen Arbeit als der einzigen wirklichen Reichumsquelle und erläßt in ihrer eifrigen, wenn auch manchmal unangebrachten Sorge um das Wohl des Vaterlandes allerlei Beschränkungen der individuellen Freiheit, allerlei Abgaben, Steuern und Onera und, wenn nötig erachtet, die Entsagung jeden individuellen Genusses<sup>72)</sup>.“

„*Salus reipublicae suprema lex*“ ist der leitende Gesichtspunkt, und gegen ihn prallen alle Einwände und Klagen über unnützen

<sup>70)</sup> Die Entwicklung der deutschen Volkswirtschaftslehre, XIX, S. 2.

<sup>71)</sup> Arnberg, wie oben, S. 63.

<sup>72)</sup> Arnberg, wie oben, S. 63.

Zwang und schwere Lasten zurück. Ja, vor diesem Hauptargument des Merkantilismus wird jeder Protest zum Schweigen gebracht<sup>73)</sup>.

Möchten die beiden sich gegenseitig bekämpfenden politischen Parteien, die „Hüte“ und die „Mützen“, sonst noch so uneinig und feindlich einander gegenüberstehen, in zwei Hinsichten waren sie jedenfalls zu dieser Zeit und in der Tat so ziemlich einig, nämlich, wenn es sich darum handelte, die merkantilistische Wirtschaftspolitik aufrechtzuerhalten und die Souveränität der Reichsstände, des Reichstages gegenüber der Krone zu behaupten.

Zwar konnte man in anderen Ländern den Anbruch einer neuen Zeit mit neuen Ideen auch auf dem volkswirtschaftlichen Gebiete schon ahnen, und der Sieg des Physiokratismus und später des Smithianismus stand ja tatsächlich dicht bevor. In Schweden aber erlebte der Merkantilismus eben zu dieser Zeit seine höchste Blüte, da das Land, ermattet und ermüdet durch den mehr als zwanzigjährigen großen Krieg, sich nun durch eine intensive Pflege der friedlichen materiellen und geistigen Kultur zu erholen und von dem Auslande unabhängig zu machen suchte.

Von diesem Gesichtspunkte heraus war es somit ziemlich gleichgültig, ob die Hüte oder die Mützen am Ruder blieben, wenigstens für die erste Periode. Der Systemwechsel, der mit dem definitiven Sieg der Hüte bei dem Reichstage 1738 einsetzte, bedeutet keineswegs eine Schwächung, sondern vielmehr eine Kräftigung der Herrschaft des Merkantilismus, obgleich der unglückliche russische Krieg das Vertrauen zu den Hüten erschütterte und die Folgen der leichtsinnigen Handhabung des Geld- und Kreditystems durch diese Partei auf die Dauer zu einer Reaktion führen mußten.

---

<sup>73)</sup> Arnberg, wie oben, S. 63.



## Verch's wirtschaftspolitische Anschauungen.

### Vorbemerkung.

In dem Vorwort zu seinem Hauptwerk<sup>74)</sup> klagt Verch u. a. über Zeitmangel, Mangel an Hilfsquellen bei der Ausarbeitung der vorliegenden Materialien usw. und vergleicht die Volkswirtschaftslehre in ihrem damaligen Zustande mit einem unbebauten Felde, welches durch seine harte Beschaffenheit ihn oft veranlaßt hat, die Feder wegzuworfen. Interessant ist weiter, zu sehen, wie Verch die Herausgabe des Werkes trotz seines unfertigen oder übereilten Zustandes begründet. Er sagt gerade heraus, daß seine Landsleute ihn dazu durch ihre Ungeduld gezwungen haben.

„Schweden hat nun,“ heißt es in diesem Zusammenhange, „sowohl wegen der allgemeinen als besonderen Haushaltung den Geschmack, daß fast jeder darin Einsicht haben will; alle treiben es, daß von dieser Materie Bücher herausgegeben werden möchten. Ein großer Teil meiner Landsleute richtet seine Augen auf mich und scheint von mir fordern zu wollen, wozu andere sich nicht verpflichtet halten. Ich habe mich also mehr nach dem Geschmace

---

<sup>74)</sup> Der Bequemlichkeit wegen werde ich bei der Untersuchung der Verch'schen Anschauungen und Lehrsätze, die ja am vollständigsten und systematischsten in seinem Hauptwerke dargestellt worden sind, der deutschen Auflage des genannten Buches folgen. Diese erschien, wie schon früher erwähnt, im Jahre 1763 in Halle, und zwar unter dem ausführlichen Titel: „Einleitung zur allgemeinen Haushaltung, in sich fassend die Grundsätze der Police-, Oeconomie- und Cameralwissenschaften, zum Behuf seiner Vorlesungen eingerichtet von Andreas Verch, Professorn der Rechte, der Haushaltungs- und Handlungswissenschaft und in dieser Uebersetzung zum Behuf der Vorlesungen auf teutschen Universitäten zum Druck befördert von Daniel Gottfried Schrebern, der Rechte Doktor und Professorn Cameralwissenschaften zu Bülow. Halle. Verlag und Druck Johann Jacob Curtis, 1763.“

Das Werk, das außer der Zuschrift des Uebersetzers, dem Vorworte des Verfassers und einem Inhaltsverzeichnis 488 kleine Oktavseiten umfaßt, liegt in gebundenem Zustande, soweit ich weiß, nur in einem Bande zusammen mit J. J. Büchtings im selben Jahre und beim selben Verlage gedruckten Werk „Geometrisch-Oeconomischer Grundriß usw.“ vor. Es wird von einer dem Geschmace der Zeit entsprechenden panegyrischen „Zuschrift an den berühmten Herrn Verfasser dieser vortrefflichen Einleitung“ eingeleitet, worin der Uebersetzer dem schwedischen Professor die wohlkriechendsten Rauchopfer darbringt.

unserer Zeiten als nach meinen eigenen Umständen richten müssen und lieber wagen wollen, etwas heraus zu geben, das sowohl meine eigenen als anderer Verbesserungen verträget, als ihr Verlangen allzu lange unbefriediget zu lassen.“

Aus dem Vorwort oder der Vorrede, wie Berch sie selbst nennt, ist weiter zu entnehmen, daß der Verfasser in der „Policey-wissenschaft“ sich des Buches von de la Mare „Traité de la Police“, welches nachher von Brillet fortgesetzt wurde, bedient. In den Haushaltungs- und Kameralwissenschaften führt er als Hilfsquellen die Deutschen Ditmar, Zschadwitz, Lau u. a. an.

In der Einleitung der „Einleitung zur allgemeinen Haushaltung usw.“, die nicht weniger als 26 Seiten stark ist, wirft sich der Verfasser schon in medias res und gibt im ersten Kapitel eine kurze Darstellung „Von der Geschichte der Haushaltung und ihren sie begleitenden Vorteilen und Beschwerden“. Während das zweite Kapitel der Einleitung von der „Haushaltungswissenschaft überhaupt“ handelt und das vierte und letzte Kapitel die „Hilfsmittel der Haushaltungswissenschaft“ erwähnt, gibt der Verfasser im dritten Kapitel eine Einteilung oder Disposition seines Stoffes. Schon hier finden wir eine bemerkenswerte Aeußerung von Berch, welche zeigt oder jedenfalls darauf hindeutet, daß er nicht wie viele Merkantilisten die andern Erwerbszweige als vollkommen minderwertig im Vergleich mit dem Handel auffaßte. So sagt er: „ . . . der Aderbau und das Bergwerkswesen sind der Grund aller dieser Nahrungsmittel; die Handwerke beruhen lediglich darauf, und der Handel erfordert den Beystand von allen dreyen<sup>75)</sup>.“

Die Haushaltungswissenschaft zerfällt nach Berch in eine besondere und eine allgemeine. Ihr Zweck ist, die „bürgerliche Glückseligkeit“ herzustellen. Die „besondere Haushaltung“ lehrt, wie ein jeder sich von seinem Eigentume allen möglichen Gewinn und Nutzen verschaffen könne; die „allgemeine“ erstreckt sich über die gemeinsamen Bemühungen der kleineren Gesellschaften, die bürgerliche Glückseligkeit zu befördern. In der ersteren handelt man von den Mitteln und Wegen, welche die einzelnen einschlagen können, um zum Ziele zu gelangen, nämlich vom Betriebe des Aderbaus,

<sup>75)</sup> Berchs Einleitung zur Allgem. Haushaltung usw., S. 13.



des Bergwerkswesens, der Handwerke und des Handels. Zu der allgemeinen Haushaltungswissenschaft rechnet man die Aufstellung der Ordnung, die unter den Mitgliedern einer Gesellschaft für ihre Handlungen und Lebensart herrschen muß — die Polizei; die Feststellung ferner gewisser Regeln, damit die Gewerbe sich nicht untereinander hindern — die Oekonomie; endlich die Aufbringung und Verwaltung der Einkünfte, die erforderlich werden, um den beiden ersten Aufgaben mit Erfolg nachgehen zu können — die Kameralwissenschaft. In der Durchführung fällt dann die Oekonomiewissenschaft mit der besonderen Haushaltungswissenschaft zusammen, d. h. der „Verwendung der Nahrungsmittel zum Nutzen und Vorteile des gemeinsamen Wesens“.

## I.

### Die Bevölkerungsfrage.

Wie in seiner oben vielfach genannten Schrift „Gätt att igenom politisk arithmetica usw.“ findet Berch wieder Veranlassung, die große Bedeutung des Volksreichtums eines Staates hervorzuheben, was ganz sicher nicht nur mit den herrschenden Anschauungen im allgemeinen, sondern auch mit den besonderen tatsächlichen Verhältnissen in dem großen aber außerordentlich volksarmen schwedischen Reiche zusammenhängt<sup>70)</sup>.

<sup>70)</sup> Mit einem Flächenraum von etwa 700 000 Quadratkilometern zählte das damalige Schweden nur etwa 2—2½ Millionen Einwohner und war somit neben Rußland das verhältnismäßig volksärmste Land Europas. In verschiedenen nationalökonomischen Handbüchern habe ich die Angabe gefunden, daß Schweden um die Mitte des 18. Jahrhunderts nur 1¼ Millionen Einwohner zählte, was scheinbar gegen meine Ziffern streitet. Man muß aber bedenken, daß Schweden einen viel größeren Flächenraum als heutzutage umfaßte, da noch der größte Teil von Finnland, Vorpommern usw. zu dem schwedischen Staatsgebiete gehörten. In diesem Gesamtgebiet belief sich die Bevölkerung im Jahre 1751 — und zwar laut der neueringerichteten offiziellen und sehr zuverlässigen Statistik — auf 2 299 661 Seelen. Im Jahre 1799 erreichte die Bevölkerung die Ziffer von 3 043 731, was eine nicht unerhebliche Vermehrung darstellt. Inwieweit diese auf Regierungsmaßnahmen merkantilistischer Art zurückzuführen ist, entzieht sich leider unserem Ermessen, sicher ist aber, daß der fast ununterbrochene Friede dieser Periode dieser Entwicklung besonders förderlich war. In dem

Von den beiden Uebeln, Volksmangel und Ueberbevölkerung ist nach Berchs Ansicht das letztere weitaus zu bevorzugen, da ihm viel leichter abzuhelpen sei, entweder durch eine erhöhte Produktion oder durch Auswanderung. „Volksmangel dagegen macht das fruchtbarste Land zur Einöde, versetzt die wenigen Einwohner in kümmerliche Umstände und verursacht anbey in politischen Vorfällen ein geringes Ansehen<sup>77)</sup>.“

Ein Land hat aber nicht immer denselben Nutzen von einer gleich großen Bevölkerung. Viel mehr hängt es davon ab, wie sich die Bevölkerung in nährende und zehrende Mitglieder verteilt. Zu den ersteren zählt Berch bloß die, welche selbst an die Ausübung der verschiedenen Erwerbszweige Hand anlegen. „Da diese von dem kleinsten Vermögen sich durch ihre Kunst und Geschicklichkeit ihr täglich Auskommen verschaffen, den größten Verdienst aber andern zuwenden, so siehet man, wie es zu verstehen sei, wenn man sagt, daß die Armen die nützlichsten Glieder des gemeinen Wesens sind<sup>78)</sup>.“

Bei der Behandlung des Bevölkerungsproblems entwirft Berch verschiedene Gedanken und Projekte, die heutzutage wieder Aktualität gewonnen haben. So hebt er unter anderm die Pflicht zum Heiraten jedes gesunden und erwerbstüchtigen Mannes hervor

Gebiet des heutigen Schwedens betrug die Bevölkerung im Jahre 1748 1 736 483 Einwohner und war im Jahre 1798 auf 2 352 298 gestiegen. Trotz des Verlustes von Finnland (1809) und von Vorpommern (1815) war die Bevölkerung Schwedens im Jahre 1823 auf 2 687 457 gestiegen. In den letzten 100 Jahren ist die schwedische Bevölkerungszunahme verhältnismäßig sehr gering gewesen und kann keinen Vergleich mit den übrigen germanischen Staaten — von den slavischen gar nicht zu sprechen — aushalten. Mit 5 750 000 Einwohnern und einem Flächenraum von 450 000 Quadratkilometern ist Schweden heute nach Norwegen das am spärlichsten bevölkerte Land Europas und steht mit einer durchschnittlichen Dichtigkeit von noch nicht 13 pro Quadratkilometer erheblich hinter dem europäischen Rußland zurück.

<sup>77)</sup> Berchs Einleitung, S. 32. Obgleich Schweden während dieser Periode im allgemeinen — sei es aus Ueberzeugung, sei es aus Zwang — eine friedliche Politik betrieb und der Bedarf an Soldaten daher nicht so im Vordergrund wie z. B. in Preußen, Frankreich und England stand, lag ja nicht nur die volkswirtschaftliche, sondern auch die politische Bedeutung einer zahlreichen, produktivkräftigen Bevölkerung auf der Hand.

<sup>78)</sup> Berchs Einleitung, S. 32—33. Vergl. auch die Einteilung der Gesellschaftsschichten durch die Physiokraten in produktive, unproduktive und disponible Klassen.



und spricht seine Sympathien für ein Steuersystem aus, das den Junggesellen höhere Gebühren als den Eheleuten auferlegt.

Dieser Gedankengang hat bekanntlich in unsern Tagen in einigen Ländern zur Einführung einer Junggesellensteuer geführt, und sowohl in deutschen Landtagen als im schwedischen Reichstage sind in den letzten Jahren ähnliche Anträge gestellt worden. In dem goldenen Zeitalter des Merkantilismus waren sie, wie bekannt, in mehreren Ländern auch wirklich durchgeführt und in praktischer Anwendung<sup>79)</sup>.

Für einen schwedischen Leser entbehrt es übrigens nicht eines gewissen Kuriositätsinteresses, zu hören, daß Berch von moralischen, religiösen und nationalökonomischen Gesichtspunkten heraus vor der *matrimonia conscientiae*, der Gewissensehe, kräftig warnte, welche Form geschlechtlichen Zusammenlebens ja vor einigen Jahren anläßlich eines allbekannten Ereignisses bei uns privat und öffentlich sehr leidenschaftlich debattiert wurde<sup>80)</sup>.

Um die Volksvermehrung, die kulturell, wirtschaftlich und politisch gleich wertvoll ist, zu beschleunigen, macht Berch den originellen Vorschlag, man solle den zum lebenslänglichen Gefängnis oder Zuchthaus verurteilten Gefangenen erlauben, sich zu verheiraten<sup>81)</sup>. Ohne Befürchtungen für die Folgen solcher Maßnahmen scheint Berch aber nicht zu sein, denn er sagt dann wörtlich:

---

<sup>79)</sup> Unter Ludwig XIV. wurde von Steuern befreit, wer zehn eheliche Kinder hatte, und auf fünf Jahre, wer vor dem 20. Jahre heiratete.

<sup>80)</sup> Zwei junge Leute, ein Student und eine Studentin an einer schwedischen Universität, mieteten eine gemeinsame Wohnung und zeigten in Zeitungsinseraten an, daß sie eine „Gewissensehe“ eingegangen seien. Ein großer Teil der schwedischen Presse verlangte die Relegation des betreffenden Paares, während ein anderer Teil die jungen Menschen als freidenkende und vorurteilslose Idealisten pries und die Gewissensehe als Zukunftsinstitution hinstellte. Der Rektor ließ sich nicht dazu bewegen, irgendeine Maßnahme gegen die beiden Kontrahenten vorzunehmen. Trotzdem wurde ihnen aber der heimatlische Boden bald zu heiß, und sie zogen nach dem Ausland, ohne daß ihr Beispiel in Schweden eine größere Folgschaft gefunden hätte.

<sup>81)</sup> In dieser Beziehung tritt Berch in die Fußtapfen der älteren deutschen Merkantilisten, die, mit der Entvölkerung durch den Dreißigjährigen Krieg vor den Augen, die Volksvermehrung als das dringendste Bedürfnis ihrer Zeit betrachteten. Johann Joachim Becher befürwortet in seinem im Jahre 1668 erschienenen „Politischer Discurs“ sogar die Heranziehung von Negerflaven zu diesem Zwecke.

„Scheinen solche Abtömmlinge gleich greßlich, so können sie doch durch die Erziehung verbessert werden; wenigstens sind sie zu Colonien zu gebrauchen<sup>82)</sup>).

Ein beginnendes Verständnis für die Bedeutung einer besseren Rassehygiene zeigt die Forderung des Eheverbots für mit gewissen Krankheiten behaftete Personen. Es wird ausdrücklich gesagt, daß sie „vom Heirathen zurückgehalten werden (sollen), damit sich solche Krankheiten nicht weiter verbreiten und eine fränkliche Generation verursachen mögen<sup>83)</sup>.“ Obgleich die Bevölkerungsvermehrung bei Berch wie bei den andern Merkantilisten eins der erstrebenswertesten Ziele des Staates ist, darf sie somit nicht auf Kosten der Volksgesundheit geschehen.

Dieser Gedankengang macht Berch alle Ehre, die nicht dadurch vermindert wird, daß er erst in unsern Tagen sich in der Gesetzgebung der zivilisierten Staaten durchgesetzt hat. Was Schweden anbetrifft, sind diese Prinzipien erst durch das vom Reichstage 1915 angenommene neue Ehegesetz einigermaßen berücksichtigt worden.

Ebenso wie man die Junggesellen härter belastet, so soll man den besonders kinderreichen Eltern das Leben und das Auskommen erleichtern. Somit gibt Berch eine Vorschrift, die damals wohl in einzelnen Ländern und während kürzerer Perioden teilweise, nicht aber *allgemein* befolgt wurde<sup>84)</sup>. Heute dürfte dieses Prinzip in allen Kulturstaaten mehr oder weniger durchgeführt sein, wie es auch in den meisten modernen Steuergesetzgebungen zum Ausdruck gebracht worden ist. Die volksverheerenden Wirkungen des großen, immer noch tobenden Weltkrieges dürften noch weiter und schärfer auf Gesetzgebung und Volksmeinung in derselben Richtung einwirken.

Berch sagt über dieses Thema: „Da aber die Polypädie (Kinderreichtum), wenigstens in Absicht der bürgerlichen Gesellschaft, für die herrlichste Frucht der Ehen zu schätzen ist, so ergiebt sich hieraus die Notwendigkeit, armen Eltern, die nicht im Stande sind, viele Kinder zu unterhalten, aus den gemeinsamen Einkünften etwas zur Hülfe zu geben, oder ihnen auch zu erlauben, ihre Kinder

---

<sup>82)</sup> Berch wie oben S. 41.

<sup>83)</sup> Berch wie oben S. 89.

<sup>84)</sup> Vergl. S. 37, Note 79.



den öffentlichen Kinderhäusern zur Kleidung und Erziehung zu überlassen<sup>85)</sup>.“

Obgleich sich die Merkantilisten wohl kaum in einer anderen Frage so einig waren wie in der Bevölkerungsfrage und die Berch'schen Ansichten somit hier noch weniger als sonst das Merkmal der Originalität tragen, so entbehrt es nicht eines gewissen Interesses, einige seiner Vorgänger und Zeitgenossen nebst ihren in Frage kommenden Lehrsätzen in diesem Zusammenhang zu erwähnen und zu vergleichen.

Ganz allgemein wird man da zugeben müssen, daß gerade die älteren Merkantilisten einen maßvolleren Standpunkt einnahmen und vorwiegend auf den gegebenen Verhältnissen (Entvölkerung durch Krieg, Seuchen usw.) bauten, als sie die Volksvermehrung als eins der erstrebenswertesten Ziele der Allgemeinheit bezeichnen. Man läßt dabei den Zusammenhang zwischen den Produktions- und Konsumtionsmitteln auf der einen Seite, der Bevölkerungszahl und -vermehrung auf der andern Seite auch nicht außer acht.

In dieser Beziehung typische Vertreter der älteren merkantilistischen Theorien sind u. a. von Sedendorff, Teutscher Fürstenstaat (II, VIII. Kap., § 7, V. Auflage, Frankfurt am Main 1678, S. 203). Weiter Additiones (zum Kap. VIII, S. 163—164), Becher, Pol. Discurs (III. Aufl., Frankfurt am Main 1688, S. 372), Sir William Petty, Several essays in political arithmetic (4. ed., London 1755), John Locke und andere. Sie betonten alle, daß eine zahlreiche Bevölkerung sehr wichtig und nützlich für die Allgemeinheit und den Staat ist, heben aber zugleich hervor, daß sie naturgemäß Hand in Hand mit einer Vergrößerung der Produktion gehen muß. Sir William Temple sagt („Observations upon the United Provinces of Netherlands, London 1673“, S. 186 ff.): „I conceive the true original and ground of trade to be great multitude of people crowded into small compass of land“ . . . . und gibt hiermit eine für das 17. Jahrhundert zeitgemäße Erklärung der großartigen wirtschaftlichen Entwicklung der Niederlande.

---

<sup>85)</sup> Auch hier befindet sich Berch in Übereinstimmung mit seinen deutschen Vorgängern und Kollegen, wie mit den meisten übrigen Merkantilisten. Sedendorff befürwortet in seinem „Fürstenstaat“ die Errichtung großer Kinderhäuser auf Staatskosten, und die Begünstigung der Findelhäuser fand auch tatsächlich statt, wo der Merkantilismus herrschte.

Zu dieser Periode gehörten auch Charles Davenant und Marshall de Vauban, welche auch die gegenseitige Wechselwirkung der Bevölkerung und der Produktion aufeinander deutlich einsehen.

Die spätere extremere Schule hat ihren vielleicht typischsten Vertreter in Jorbonnais (*Récherches et considérations sur les Finances de France*, I, Basle 1758, S. 391 ff.). Er preist das bekannte Edikt Ludwigs XIV. (vgl. S. 37, Note 79)<sup>80)</sup> und betrachtet den Bevölkerungszuwachs als ein Universalmittel zum Wohle des Staates. In diesem Zusammenhang darf man auch nicht Johan Peter Süßmilch vergessen, der in seiner „Göttlichen Ordnung“, Berlin 1776, die Grundlage einer vergleichenden Bevölkerungsstatistik geschaffen hat. (Vergl. I, S. 500—501, und II, S. 503.)

Es kann meiner Ansicht nach kein Zweifel darüber bestehen, daß die Bevölkerungslehre Berchs und der übrigen Merkantilisten im großen und ganzen — also von einzelnen Übertreibungen abgesehen — für das damalige Schweden richtig und heilsam war. Was Schweden vor allem brauchte, um sich von seiner Ermattung zu erholen, war eben eine zahlreiche und fleißige Bevölkerung. Es fehlte bei uns nach den furchtbaren Kriegen zwar an Geld, an Barmitteln in einer Ausdehnung, die man sich heute kaum vorstellen kann, aber vor allem fehlte es während der ersten Jahrzehnte nach dem Tode Karls XII. an Arbeitskräften. Daß Berch, der sich dem Studium dieser Fragen mit Ernst und Eifer widmete, dieses große Bedürfnis seines Landes klar einsehen sollte, wie zum Beispiel gewisse französische und preußische Monarchen, liegt ja auf der Hand, und obgleich die schwedische Regierung niemals zu solchen extremen Mitteln griff, wurde der Nutzen der Volksvermehrung immerzu gepredigt, und man suchte sie auch nach dem Maße seiner Kräfte durch Erleichterung der Eheschließungen und Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse zu ermöglichen.

In diametralem Gegensatz zu diesen Bestrebungen und Ansichten steht der Bericht Malthus' über seine skandinavischen

---

<sup>80)</sup> Becher, wie oben, S. 2—3, definiert den Staat (Stadtstaat) als eine „volkreiche nahrhafte Gemeinde“ und sagt: „Gleich wie nun die Volkreichmachung aus der Nahrung eines Ortes quellt, also entspringt die Nahrung aus der Gemeinde.“



Reisen, von welchen die erste noch in das Jahr 1799 fiel. Er gibt eine überaus pessimistische Darstellung von der wirtschaftlichen Lage der schwedischen Bevölkerung und ist der Meinung, daß die Volkszahl unter den gegebenen Produktionsverhältnissen und Produktionsmöglichkeiten eher zu groß als zu klein sei. Er spricht von der Armut des schwedischen Bodens — scheint somit Schonen, Östergötland und andere reiche Provinzen gar nicht gesehen zu haben —, dem harten Klima, der nach seiner Meinung durch unzulängliche Nahrungsmittel in schlechten Jahren verursachten großen Sterblichkeit und äußert sich sehr abfällig über die schwedischen „Ökonomen“ und die schwedische Regierung, die immer noch einer größeren Bevölkerung schreien. Zugleich kritisiert er von den Regierungsmaßnahmen zur Förderung der Volksvermehrung — verbesserte Arzteausbildung und Errichtung von Findlingshäusern — die letztere, die er hier wie überall als gemeinschädlich betrachtet<sup>87)</sup>.

Mit aller Achtung für den scharfsinnigen englischen Priester glaube ich doch nicht, daß er die schwedischen Verhältnisse richtig verstanden und eingeschätzt hat. Er erzählt selbst<sup>88)</sup>, daß die schwedischen Ökonomen des 18. Jahrhunderts der Meinung seien, das Land könne 10 Millionen Menschen anstatt  $2\frac{1}{2}$  ernähren, und trotz der Malthus'schen Argumente dürfte man bei einer näheren Nachprüfung der damaligen Verhältnisse sowie bei einer angemessenen Berücksichtigung der späteren Entwicklung Schwedens den einheimischen Volkswirtschaftlern im großen und ganzen recht geben.

Wir wissen nunmehr, was die Merkantilisten und „Ökonomen“ des 18. Jahrhunderts glaubten: daß Schweden leicht eine viel größere Bevölkerung ernähren und gut ernähren kann. Wir wissen, daß das Land gar nicht, wie Malthus annahm, arm, sondern im Gegenteil sehr reich ist, und wir sehen vielleicht noch klarer als Anders Berch und seine Zeitgenossen, daß die Volksarmut das größte Hindernis für eine schnelle und kräftige wirtschaftliche Entwicklung darstellt.

<sup>87)</sup> Malthus: An Essay on the principle of population, S. 152—163.

<sup>88)</sup> Malthus wie oben S. 162.

Malthus teilt auch selbst mit, daß das Jahr 1799 in Schweden durch Mißernte gekennzeichnet wurde<sup>89)</sup>, und diese Tatsache scheint nicht ohne Einfluß auf seine Gesamtfolgerungen gewesen zu sein. Es braucht ja nicht erst hervorgehoben zu werden, daß derartige Schlüsse mit großer Vorsicht aufzunehmen sind, zumal Malthus sich auch mehrfach auf Angaben der schwedischen Bauernbevölkerung stützt, was bei seinem Mangel an eingehender Kenntnis der schwedischen Sprache und der schwedischen Verhältnisse zum mindesten vom wissenschaftlichen Standpunkte heraus ein bißchen gewagt sein dürfte<sup>90)</sup>.

Zum Schluß mag dem Berichtlichen Abschnitt der Bevölkerungsfrage noch hinzugefügt werden, daß Schweden leider heute wie zu jener Zeit unter einem erheblichen Bevölkerungsmangel leidet. Wohl ist die Auswanderung erheblich zurückgegangen, leider aber auch die Geburtenzahl und die Ehefrequenz. Und somit ist der jährliche Bevölkerungszuwachs in Schweden geringer als in den meisten anderen europäischen Ländern.

Während Deutschland in der letzten Volkszählungsperiode (1906—1910), für welche abgeschlossene statistische Daten vorliegen, einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 1,36 Prozent hatte, betrug die entsprechende Ziffer für Schweden nur 0,72. Dagegen betrug der Zuwachs in Serbien 1,60, Rumänien 1,48, Bulgarien 1,44, den Niederlanden 1,38, Dänemark 1,26, der Schweiz 1,24, England mit Wales 1,03 Proz. usw. Von sämtlichen Staaten Europas stehen nur Frankreich mit 0,18, Spanien mit 0,51, Norwegen mit 0,60 und Italien mit 0,63 Prozent ungünstiger als Schweden da. Dabei ist aber zu bemerken, daß in diesen Ländern — abgesehen von Frankreich, wo das Zweifindersystem fast unbestritten herrscht — die Auswanderung eine viel größere Rolle als in Schweden spielt<sup>91)</sup>.

In bezug auf natürlichen Geburtenüberschuß sind zum Beispiel sowohl Norwegen als Italien uns bedeutend überlegen, und bei einem Vergleich zwischen den Zahlen der Eheschließungen in den verschiedenen Ländern kommt unsere un-

<sup>89)</sup> Malthus wie oben S. 160—161.

<sup>90)</sup> Vergl. Malthus wie oben S. 161.

<sup>91)</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1915, 36. Auflage, Internationale Übersichten, S. 3.



günstige Stellung erst recht zum Vorschein. Mit nur 5,9 neuen Eheschließungen pro Jahr und tausend Einwohner stellt Schweden hier einen traurigen Rekord auf, der bisher in Europa unerreicht dasteh<sup>92)</sup>. Das einzige, was uns bisher noch vor der beispieleweise Frankreich drohenden Entvölkerung gerettet hat, ist unsere verhältnismäßig geringe Mortalität, die aber naturgemäß nicht unter eine gewisse Grenze herabgedrückt werden kann<sup>93)</sup>.

Diese bedauerliche Entwicklung — um so auffallender, als die wirtschaftlichen Verhältnisse sich im großen und ganzen sehr günstig gestalten und der Nationalreichtum wie der allgemeine Wohlstand ein erfreuliches Wachstum zeigt — hängt meiner Meinung nach mit einer Seite der schwedischen Unwirtschaftlichkeit zusammen, nämlich mit der Genußsucht, mit den großen Ansprüchen, die der Schwede im allgemeinen an das Leben stellt und die ihm das, was sehr wohl für zwei ausreichen würde, nur als für einen genügend erscheinen lassen.

In der letzten Zeit hat diese Entwicklung endlich auch die Aufmerksamkeit der Regierung und des Reichstages, der Wissenschaftler, Nationalökonomien, Ärzte, Staatsmänner und Presseleute erweckt, und man darf wohl hoffen, daß geeignete Maßnahmen getroffen werden, bevor es zu spät ist. Einstweilen tun wir gut, wenn wir uns die Worte Friedrichs des Großen vor Augen halten: „Die Menschen sind der größte Reichtum eines Staates“. Diesem Motto folgen, heißt aber auch verschiedene merkantilistische Maßnahmen in die Praxis umsetzen und somit auch den Altmeister Berch wieder zu Ehren kommen lassen.

In diesem Zusammenhang dürfte es angebracht sein, nochmals darauf hinzuweisen, daß wir uns tatsächlich in ganz Europa in einer neumerkantilistischen Ara befinden, was schon in der Einleitung gestreift wurde. Symptome dieser Entwicklung waren in dem letzten Dezennium der fast überall zunehmende Imperialismus

<sup>92)</sup> Zwar bietet Irland eine noch niedrigere Zahl, die aber für das britische Mutterland als ein Ganzes durch die günstigeren Ziffern für England, Schottland und Wales ausgeglichen wird. Die abnorm niedrige Ehefrequenz in Irland hängt übrigens vor allem mit der übergroßen Auswanderung der jungen Leute beiderlei Geschlechts nach Amerika zusammen, während bei uns in Schweden die Ehefrequenz stetig abnimmt, obgleich auch die Auswanderung in den letzten Jahren erheblich geringer geworden ist. Vergl. Stat. Jahrbuch, wie oben, S. 7.

<sup>93)</sup> Stat. Jahrbuch, wie oben, S. 7.

und Nationalismus, die Tarifreformbewegung in England, die mit den Versuchen, die verschiedenen Teile des britischen Weltreiches fester aneinanderzufetten, aufs innigste zusammenhängt, die fast prohibitive Zollpolitik Rußlands usw. Durch den Weltkrieg sind die mehr oder weniger latenten Kräfte dieser Tendenz gewaltsam ausgelöst und ihr merkantilistischer Charakter noch stärker betont worden. Heutzutage spricht man nicht mehr von internationaler Verständigung und einer Erleichterung des materiellen und geistigen Austausches unter den verschiedenen Nationen. Anstatt dessen ist: „Sei dir selbst genug!“ die Parole, und hervorragende Staatsmänner und berühmte Gelehrte erklären offen, daß der merkantilistische Satz: „Was ich verdiene, muß ein anderer verlieren“ noch heute gilt. Man plant einen noch schärferen Ausbau des nationalistic-merkantilistischen Systems nach dem Kriege, wo alles, was nicht ententefreundlich ist, boykottiert und ausgeschaltet sein soll.

Solchen Aussichten gegenüber muß natürlich auch die andere Seite sich auf ihre Gegenwarts- und Zukunftsmöglichkeiten besinnen. Die Notwendigkeit, sich selbst ernähren zu können, d. h. genügend Lebensmittel für die eigene Bevölkerung zu produzieren, ist stärker denn je an den Tag getreten, und Deutschland hat durch sein Beispiel gezeigt, daß es dazu auch imstande ist. Ebenso klar tritt aber auch zutage die Notwendigkeit, die Bevölkerungszahl zu erhalten und zu vermehren, wenn man nicht in dem nach dem Kriege einsetzenden wirtschaftlichen Kampfe unterliegen will, wie es ja auch neben der glänzenden Organisation und der Tüchtigkeit der deutschen Führer und Soldaten die große Zahl an wehrfähigen deutschen Männern ist, die die Hoffnung der Feinde Deutschlands im Weltkriege vereitelte.

Sowohl für das große Deutschland und seine mächtigen Verbündeten wie vor allem für die kleineren Staaten Europas hat der Krieg eine wichtige Belehrung gebracht: sie können in der Zukunft nicht bestehen bleiben, wenn sie sich nicht in größeren Verbänden organisieren und zusammenschließen. Ihre Volks- und Wehrkraft aufrechtzuerhalten, ihre materielle und geistige Kultur weiter zu pflegen und zu entwickeln, dem drohenden militärischen oder wirtschaftlichen Drucke von übermächtigen Nachbarn zu widerstehen, wird ihnen nur durch das freiwillige Aufgehen in



eine größere Einheit möglich werden. Nur so können sie ihr Volkstum erhalten und diese wichtige Seite des Bevölkerungsproblems, die allerdings Berch und seinen Zeitgenossen fremd war, lösen. Der jetzige Weltbrand ist aus einem gewissen Gesichtspunkt heraus nur eine Organisationskrisis der Weltentwicklung oder der Weltgeschichte. Er führt unzweifelhaft zu einer Organisierung und Abgrenzung weniger größerer Imperien, die mehr oder weniger vollständig die Welt unter sich aufteilen. Wer dabei nicht beizeiten seine Partei ergreift und sich der ihm nächststehenden und verwandtesten höheren Organisationseinheit als Glied anschließt, der läuft Gefahr, zwischen den Größen erdrückt zu werden.

---

## II.

### **Agrarpolitik.**

Schon der Vorrede Anders Berchs zu seinem großen Werke haben wir entnehmen können, daß er bei aller merkantilistischen Schätzung des Handels und der Gewerbe doch auch der Landwirtschaft einen wichtigen Anteil an der gesamten Volkswirtschaft einräumte. In der Tat zeigt Berch auch sowohl in seinen Schriften und Vorlesungen als auch in anderen Äußerungen, daß er die Landwirtschaft als die Grundlage der ganzen Volkswirtschaft betrachtet, und mehr als einmal glaubt man einen Physiokraten sprechen zu hören, wenn der Verfasser in seinem Handbuch die Landwirtschaft, ihre Ausüßer und Erträge lobt und ausführliche, manchmal ganz radikale Reformvorschläge zu ihrer Hebung entwirft.

Natürlich drückt der Merkantilismus doch seinen Ausfühungen das Gepräge auf, es ist aber ein höchst modifizierter und hauptsächlich prinzipieller Merkantilismus, der vorwiegend darin besteht, daß die Landwirtschaft und ihre Ausüßer inspiziert werden sollen, d. h. daß die Regierung zusieht, daß alles glatt geht, daß die Bauern fleißig sind, die für das Land notwendigen

Früchte bauen, und daß der Boden möglichst hohe Erträge abwirft. Und in dieses System gehört gewiß auch die vorbereitende naturwissenschaftliche und praktische Ausbildung, die als notwendige Vorbedingung für einen selbständigen Landwirtschaftler empfohlen wird.

Der Gedankengang ist hier: Wer nicht arbeiten will, soll auch nicht essen. Wer sein Gut, seinen Grund und Boden nicht richtig bebaut und pflegt, soll ihn auch nicht besitzen. „Es kann also dem Eigentümer auferlegt werden“, sagt er u. a., „alles ihm gehörige Land zu bebauen, oder gewärtig zu sein, daß es als „res derelicta“ demjenigen zuerkannt werde, der es bauen will<sup>94)</sup>.“ Hier befindet sich Berch nicht nur in Übereinstimmung mit den herrschenden merkantilistischen Theorien, wie sie vor und zugleich mit ihm in verschiedenen Ländern gepredigt und teilweise auch in die Praxis umgesetzt wurden, sondern er kann sich auch auf keinen Geringeren als den schwedischen Reichsgründer Gustav Wasa und seine praktische Agrarpolitik, die allerdings 200 Jahre zurückliegt, berufen. Dieser große Reichswirtschaftler hat wiederholt nicht nur gedroht, den faulen und untauglichen Bauern ihre Güter wegzunehmen und zur Krone einzuziehen, sondern auch diese Drohungen manchmal ausgeführt. Und er hielt strenge Aufsicht darüber, daß die Bauern ihre Äcker und Felder gewissenhaft pflegten<sup>95)</sup>.

Um die Fälle einer solchen Zwangsenteignung möglichst zu beschränken und zugleich die ganze landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen, sollen aber die Bauern und Gutsbesitzer, mit einem Worte, die Landwirtschaftler, durch eine genügende theoretische und praktische Ausbildung zu ihrem schwierigen und wichtigen Beruf befähigt werden.

Neben diesen rein merkantilistischen Prinzipien, die man bei den Vorgängern und Zeitgenossen Berchs mehrfach findet, legt aber dieser das Hauptgewicht auf die — man könnte sagen — natürlichen Reformen zur Hebung der Landwirtschaft als einer der Grundsäulen des Staates. Hierher gehören vor allem die Ge-

<sup>94)</sup> Berch wie oben S. 188. Vergl. Mitscherlich, Wirtschaftlicher Fortschritt, S. 129—159, wo eine interessante Darstellung des Entwicklungsganges der Landwirtschaft und Agrarpolitik in Frankreich gegeben wird.

<sup>95)</sup> Vergl. Hildebrand, wie oben, III, S. 216, 221.



jundung der Besitz- und Bebauungsverhältnisse, die Verbesserung der Pachtverträge, die Abrundung der Ackerflächen, die Zerstücklung der Großgüter, die Urbarmachung der Ödländer, die Aufhebung des Hof- und Flurzwanges und mehrerer unzeitgemäßer Lasten usw.<sup>96)</sup>.

Obgleich die Merkantilisten im allgemeinen diesem Teile der Staatsaufgaben (der Agrarpolitik) nur geringes Interesse widmeten, hat sich die Staatsfürsorge auch außerhalb Schwedens schon während des merkantilistischen Zeitalters auf die Landwirtschaft erstreckt. Colbert, Friedrich Wilhelm I. und Friedrich der Große machten sich ja die Fürsorge für die Landwirtschaft zur besonderen Pflicht und erzielten auch teilweise erhebliche Erfolge<sup>97)</sup>. Die oben genannten „natürlichen“ Reformen, so wie Berch sie entwarf, haben sie aber nur wenig oder gar nicht berücksichtigt, und in dieser Hinsicht kann man Berch der Ehre nicht berauben, seiner Zeit voraus zu sein. Nur in England waren die Anschauungen auf diesem Gebiet teilweise noch moderner, das war aber direkt durch die Entwicklung hervorgerufen, welche die alten Schranken in der Landwirtschaft wie in den Gewerben schon längst beseitigt hatte.

Prinzipiell zieht Berch das selbständige Bauerntum jeder anderen Form des Bodenbesitzes und der Bodenbebauung vor, da der selbstbesitzende und selbstbebauende Landwirtschaftler durch einen gesunden Egoismus zu der intensivsten Ausnützung seines Landes getrieben wird. Er sieht aber ein, daß diese Form nicht gleich und überall eingeführt werden kann und geht somit dazu über, das Pachtverhältnis näher zu untersuchen. Er bekämpft die kurzen Pachtverträge, die naturgemäß nur dazu führen, daß die Pächter den Boden aussaugen, um so schnell wie möglich etwas herauszuschlagen. Anstatt dessen empfiehlt es sich, lange Pachtverträge zu schließen, so daß der Pächter ein Interesse daran hat, das Pachtgut zu verbessern, woran ja dann auch der Besitzer verdient. In gewissen Fällen soll auch der Pächter oder sein Erbe das Recht

<sup>96)</sup> Berch, wie oben, S. 188.

<sup>97)</sup> Artikel „Agrarpolitik“ von J. Conrad, im Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, Jena 1909, I. Bd., S. 221. Ferner Schmoller, Umrisse und Untersuchungen, Die Epochen der Getreidehandelsverfassung und -politik, S. 663—64.

haben, den Pachtvertrag auf angemessene Zeit zu prolongieren, Entschädigung für seine Verbesserung zu erhalten usw.<sup>98)</sup>).

Das bisher gebräuchliche System, daß die Ackerstücke der Dorfeinwohner durcheinanderliegen und aus einer Anzahl kleiner Streifen oder Flecken bestehen — anscheinend ein Überbleibsel aus der Zeit der Dorfgemeinschaft, des Dorff Kommunismus, wie er noch in großen Teilen des russischen Reiches besteht — soll als hinderlich für eine rationelle Bodenkultur möglichst bald abgeschafft und die einzelnen Bauerngüter abgerundet werden. Wenn eine solche Abrundung nicht auf dem Wege gütlichen Vergleichs erreicht werden kann, muß der Staat eingreifen<sup>99)</sup>).

Zu diesen Ansichten ist Berch wahrscheinlich hauptsächlich auf dem rein empirischen Wege der eigenen Erfahrung und Beobachtung gekommen. Er hat selbst feststellen können, daß ein Großgut, parzelliert in mehrere selbständige Bauernhöfe, viel intensiver bewirtschaftet wurde und einer viel größeren Bevölkerung als vorher Existenz und Wohlstand sichern konnte. Und so kam er auch zu der Überzeugung, daß Flurzwang, Fronden, Zehnten usw. nur unzeitgemäße Belästigungen den Bauern gegenüber bedeuteten und daher — wenn nötig mit Staatshilfe — abgelöst werden sollten. Den wichtigen Gesichtspunkt der Vermehrung der Staatseinkünfte und Steuern durch die Vermehrung der Zahl der Bevölkerung und Bauerngüter behielt er natürlich auch im Auge<sup>100)</sup>. Die innere Kolonisationspolitik Friedrichs des Großen war ein Ausdruck ähnlicher Gesichtspunkte.

Berch hatte das Glück, selbst erleben zu dürfen, wie seine Forderungen zugunsten der Landwirtschaft teilweise von Regierung und Reichstag berücksichtigt wurden. Um die Mitte des 18. Jahrhunderts fing man an, der bisher so vernachlässigten Landwirtschaft größere Aufmerksamkeit zu widmen, u. a., weil die Getreideproduktion immer hinter dem Bedarf des Landes zurückblieb und der ausländische Import immer zunahm trotz der Einfuhrzölle, Getreideprämien für einheimische Produktion usw. Im Jahre 1747 wurde durch eine besondere Verordnung gestattet, die seit Jahrhunderten als unteilbare Einheit aufrechterhaltenen „vollen“

<sup>98)</sup> Berch, wie oben, S. 173, und Mitscherlich, wie oben, S. 147—48.

<sup>99)</sup> Berch, wie oben, S. 174, und Mitscherlich, wie oben, S. 147—48.

<sup>100)</sup> Berch, wie oben, S. 187—88.



Bauerngüter (Hemman) in sechs, acht oder noch mehrere Teile zu parzellieren, immer unter der Voraussetzung, daß jeder Teil zum Unterhalt einer Familie ausreichte und daß der neue Teilbesitzer gleich heiratete. Auch Kronen- und Adelsgüter konnten unter gewissen Bedingungen aufgeteilt werden. In diesem Zusammenhang wurde auch die Gesindeordnung dahin abgeändert, daß ein Bauer so viele Kinder wie er wollte zu Hause als Aushilfen und Diener bei sich behalten konnte, was früher nicht erlaubt war<sup>101)</sup>.

Hierdurch war jedenfalls der Anfang gemacht zu einer freieren und zeitgemäßerer Gesetzgebung für die Landwirtschaft, wenn es auch nach Berchs Tod noch lange dauern sollte, bevor die modernen Prinzipien vollkommen durchgedrungen waren.

Die Ausführlichkeit, mit welcher Berch die Landwirtschaft behandelt, zeigt nicht minder als die Tendenz seiner Darstellung, daß er weit davon entfernt war, diesen Erwerbszweig zugunsten anderer zu vernachlässigen. Noch mehr wird diese Tatsache klar durch die von B. hervorgehobene Bedeutung einer allgemeinen Landesuntersuchung über die Lage, Produktionskraft und Entwicklungsmöglichkeit der Landwirtschaft, die er als ein wünschenswertes, ja, teilweise sogar notwendiges Ziel hinstellt. Er verlangt mit anderen Worten eine allgemeine, auch in Einzelheiten von dem Staat durchgeführte landwirtschaftliche Statistik, und meint, daß man erst, wenn eine solche vorliegt, zur rationellen Hebung der Landwirtschaft schreiten kann<sup>102)</sup>.

In das merkantilistische System gehörte ja auch eine strenge behördliche Kontrolle über alle Waren, besonders über die Exportwaren, wodurch man verhindern wollte, daß das Exportland durch minderwertige Waren in schlechten Ruf geraten sollte, was dem einträglichen Ausfuhrhandel ja hätte verhängnisvoll werden können. Wie die meisten Merkantilisten dieser Zeit ging Berch noch einen Schritt weiter und forderte auch die genaueste Kontrolle über die Waren, die nur im Inlande zirkulierten. Vor allem faßte er dabei die Lebensmittel ins Auge<sup>103)</sup>. Die Regierung sollte dafür sorgen, daß Fleisch und Fische, Butter, Milch, Käse,

<sup>101)</sup> Arnberg, wie oben, S. 190.

<sup>102)</sup> Berch, wie oben, S. 181.

<sup>103)</sup> Vergl. die moderne, scharf durchgeführte Lebensmittelkontrolle.

Getreide und Mehlprodukte, Gemüse, Früchte, Gewürze, Getränke, Heilmittel usw. nur unverfälscht und unverdorben angeboten würden. Vergehen gegen diese Bestimmungen sind Verbrechen gegen die gesamte Volksgesundheit und daher streng zu bestrafen<sup>104)</sup>.

Weiter behandelt Berch die zu jener Zeit mit ihren vielen Kriegen, häufigen Wechseln zwischen reichen Ernten und Mißernten und ihrer großen Unsicherheit in der ausländischen Zufuhr und dem Absatz mehr als heute schwierige Frage der Lebensmittelfürsorge der gesamten Landesbevölkerung. Neben der zeitgemäßen Ordnung des Geld- und Kreditverkehrs sei die Lebensmittelfürsorge im großen Maßstab die unentbehrlichste Bedingung für das Gedeihen und die gesunde Entwicklung der gesamten Volkswirtschaft und müsse daher der Gegenstand besonderer Aufmerksamkeit und umfassender Maßnahmen der Staatsbehörden sein. Unter diesen Maßnahmen kommen besonders große staatliche oder wenigstens vom Staate unterstützte Vorrathshäuser oder Magazine für Lebensmittel, vorzugsweise Getreide, in Betracht, wodurch man bezwecken will, daß die Lebensmittel- bzw. Getreidepreise sich immer auf einem angemessenen Niveau erhalten sollen, so daß weder Teuerung noch Schleuderpreise herrschen. Zugleich mit den Preisen wird auch die Zufuhr an Lebensmitteln geregelt, so daß man stets einen genügenden Vorrat und normale Preise, „Mittelpreise“, hat<sup>105)</sup>.

Diese Idee mit den öffentlichen Getreidemagazinen ist ja nicht gerade originell: seit Josef von Ägypten und bis zu unseren Tagen ist sie von weitsichtigen Staatsmännern und kräftigen Regenten wiederholt verwirklicht worden. Friedrich der Große zum Beispiel trieb eine eingreifende Getreidehandelspolitik mit Hilfe der von ihm errichteten staatlichen Getreidemagazine. Er trat damit der sonst vorherrschenden Begünstigung der städtischen Interessen entgegen und suchte in der Preisbildung nach Möglichkeit das Gleichgewicht zwischen Stadt und Land aufrechtzuerhalten, wodurch eine erstaunliche Stetigkeit der Getreidepreise zustande kam. Sein Verbot gegen Auf- und Verkauf des Getreides ging ins All-

---

<sup>104)</sup> Berch, wie oben, S. 95.

<sup>105)</sup> Berch, wie oben, S. 423—424.



gemeine Preußische Landrecht hinüber und wurde erst 1810 aufgehoben<sup>106)</sup>.

In Rußland bestehen seit Katharina II. gesetzliche Bestimmungen, um eine Hungersnot zu verhindern<sup>107)</sup>, und im Gouvernament Archangel und in Sibirien hat man noch heute staatliche Getreidemagazine<sup>108)</sup>.

Auch in Schweden suchte man denselben Zweck, Schutz gegen Hungersnot und Teuerung, durch eine gesteigerte einheimische Produktion und feste Preise durch eine regelmäßige Zufuhr mittels Einfuhrzölle und Produktionsprämien zu erreichen, und auch Berchs Forderung von öffentlichen Getreidemagazinen fand Beachtung, wie sie auch zeitweise die einzige Möglichkeit darbot, die verarmte Bevölkerung vor Hungersnot zu schützen<sup>109)</sup>. Dabei hat die französische Getreidepolitik unter Colbert den schwedischen Merkantilisten und Staatsmännern vorgeschwebt, ohne daß man jedoch zur vollständigen Einführung des französischen Systems schritt. Man suchte vielmehr den Mittelweg zwischen Sully und Colbert zu halten<sup>110)</sup>.

Während der Getreidehandel unter Sully sich frei bewegen konnte — natürlich mit den bestehenden Zollschranken usw. —, wurde er unter Colbert aufs genaueste staatlich geregelt und gelenkt, immer mit dem Wohl des Staates, des Ganzen als Leitstern. Unter Colberts Verwaltung bestand während 56 Monaten das Ausfuhrverbot auf Getreide, während 112 die Ausfuhrerlaubnis mit Zollfreiheit oder Zollentrichtung zu verschiedenen Säzen, wobei in zweckmäßiger Weise auf die Marktverhältnisse Rücksicht genommen wurde. Später galt lange Zeit das Ausfuhrverbot als Regel, wenn auch zeitweise und nach besonders reichen Ernten Ausfuhrerlaubnis und gänzliche Befreiung von den Ausfuhrzöllen, die sonst manchmal viel höher als die Einfuhrzölle waren, bewilligt wurden.

<sup>106)</sup> Vergl. Schmoller, wie oben, S. 673.

<sup>107)</sup> Was allerdings nur wenig zu nützen scheint.

<sup>108)</sup> Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 3. Auflage, IV. Band, S. 768.

<sup>109)</sup> Arnberg, wie oben, S. 180 ff.

<sup>110)</sup> Vergl. Schmoller, wie oben, S. 662—63. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Bd. VI, S. 653, Artikel „Merkantilsystem“ von E. Lefevr.

Im Vergleich mit diesem wohl ausgebauten System sind die schwedischen Maßnahmen ziemlich einfach und wenig weittragend. Die ersten Jahre nach dem großen Kriege galt es vor allem, der Bevölkerung zu auskömmlichen Preisen Getreide und Salz zu verschaffen, und die Getreideeinfuhr ließ man daher vollständig frei, während an einen Getreideexport noch gar nicht zu denken war. Später — im Jahre 1733 — suchte man durch Zollsätze, die nach den in verschiedenen Landesteilen geltenden Getreidepreisen abgestuft waren und modifiziert werden konnten, teils eine allzu starke Einfuhr zu hemmen, teils dem einheimischen Getreideproduzenten einen vorteilhaften Absatz zu sichern. Der Erfolg blieb aber zweifelhaft, und diese Ordnung wurde nach einigen Jahren wieder aufgehoben<sup>111)</sup>.

Es ist in diesem Zusammenhange nicht ohne ein gewisses Interesse, zu verfolgen, wie sich die Frage der öffentlichen Getreidemagazine in Schweden seit der Mitte des 18. Jahrhunderts entwickelt hat. Während man im 18. Jahrhundert die unleugbaren Vorteile dieser Einrichtung allgemein anerkannt und die verschiedenen Regierungen ernste Ansätze gemacht hatten, diese Frage zur Zufriedenheit zu lösen, trat sie allmählich in den politisch so bewegten Zeiten um die Jahrhundertwende zurück. Während des 19. Jahrhunderts mit seiner verbesserten Landwirtschaft und der enormen Zufuhr aus den überseeischen Ländern hatte man auch wenig Veranlassung, sich damit zu beschäftigen. Obgleich Schweden in den letzten Dezennien des 19. Jahrhunderts immer mehr Getreide importierte und seine Nationalwirtschaft in steigendem Maße auf Industrie und Volkswirtschaft anstatt der reinen Landwirtschaft (Ackerbau mit Broterzeugung als Hauptaufgabe) basierte, glaubte man nie, an eine mögliche Getreidenot denken zu brauchen. Getreide gab's ja immer in Hülle und Fülle und zu mäßigen Preisen.

Erst der Weltkrieg hat uns zum Nachdenken gezwungen, ob unsere bisherige Wirtschaft wirklich gesund und national ist. Durch die englische Seekriegstaktik und brutale Behandlung der Neutralen sind wir zeitweise von den überseeischen Getreidemärkten vollkommen abgeschnitten gewesen und waren somit, vor allem im

---

<sup>111)</sup> Arnberg, wie oben, S. 181.



ersten Kriegsjahre, manchmal in einer schlimmen Lage. Die Kornpreise waren bei uns manchmal höher als in dem kriegsführenden Deutschland, und es wurde ernstlich erwogen, ob wir nicht auch ein Brotkartensystem nach deutschem Muster einführen sollten. Dazu ist es nicht gekommen und es wird auch nicht dazu kommen, es sei denn, daß wir uns am Kriege beteiligten. Die Engländer haben nämlich die Lebensmittelzufuhr freigegeben — dazu teilweise durch schwedische Repressalien gezwungen —, und der Getreidevorrat im Lande ist reichlich, zumal die einheimische Ernte 1915 trotz einer ungünstigen Witterung eine verhältnismäßig größere Quantität Brotgetreide als 1914 enthielt.

Aber das genügt doch lange nicht, um uns die Sicherheit zu geben, daß wir vollkommen auf eigenen Füßen stehen können. Es ist von verschiedenen Seiten hervorgehoben worden, daß ein Land wie Schweden mit seinen großen urbaren Flächen und seiner spärlichen Bevölkerung mit Leichtigkeit sich selbst mit Getreide und allerlei Lebensmitteln versorgen könne, wenn man sich nur mit diesem Ziel vor Augen einrichtete. In dieser Beziehung hat ja der Krieg uns die Augen geöffnet und die großen Gefahren des bisherigen Systems dargetan. Man hat auch schon damit begonnen, die gesamte Landwirtschaft nach dem Bedürfnis der Zeit zu reorganisieren, und bei uns wie in Deutschland wird den Kartoffeln von Fachmännern eine große Rolle für die Volksernährung der Zukunft zugebach. Zugleich hat man auch die alte Frage der Errichtung öffentlicher Kornmagazine erörtert, und mehrere Zeitungen haben die in Frage kommenden Ideen und Einrichtungen früherer Zeiten beifällig angeführt. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß solche öffentlichen Vorrathshäuser in den nächsten Jahren in Schweden eingerichtet werden.

Nächst der Landwirtschaft als ursprüngliche Erwerbsquelle setzt Berch das Bergwerkswesen, den Bergbau, bei dessen Behandlung er sich erheblich mehr ortodox-merkantilistisch zeigt, als auf dem Gebiete der reinen Landwirtschaft. Da der Merkantilismus von einer privatwirtschaftlichen Auffassung der Volkswirtschaft ausgeht, überrascht es gewissermaßen, daß Berch auch solche Bergwerke und Erzgruben in Betrieb halten will, die nicht auf ihre Kosten kommen, d. h., wo die erzielten Produkte einen minderen

Wert als die zu ihrer Gewinnung verbrauchten Kosten darstellen. Diese seltsame Behauptung, die übrigens vollkommen im Einklang mit den herrschenden Ansichten der Zeit stand, wird folgendermaßen begründet: „... weil dieses Metall allemahl als ein neues Capital, die Unkosten aber als ein Geldverkehr innerhalb des Landes anzusehen sind . . .<sup>112)</sup>. Der etwaige Unterschuß kann vom Staate in der Form von Maschinen, Bauten, Holz, Kohlen, Frohndiensten und Fuhren usw. gedeckt werden. Die mit einem solchen Bergbau beschäftigten Personen oder Gesellschaften können auch ebenso wie die gewonnenen Produkte von Steuern und Abgaben befreit werden. Solche öffentlichen Vorschüsse oder bewilligten Freyheiten sind um desto weniger für verloren zu halten, da es der Cameralhaushaltung nicht an Wagen fehlet, das Geld, nachdem es durch seinen Umlauf den gewünschten Nutzen gestiftet hat, wiederum in die öffentlichen Cassen zu ziehen<sup>113)</sup>.“

Vom schwedischen Gesichtspunkte aus ist es interessant, zu sehen, daß schon Berch vor Waldverwüstungen warnte<sup>114)</sup> und zur Sparsamkeit im Gebrauche des Bau- und Brennholzes mahnte. Nicht genug damit, daß er seine Landsleute dazu aufforderte, das Brennholz und die Holzkohlen in Öfen, Schmiedewerkstätten usw. womöglich durch Steinkohlen, Torf und dergleichen zu ersetzen, er ging sogar so weit, daß er die auf dem Lande in Schweden heute wie vor 150 Jahren allgemein üblichen Holzhäuser mit Gebäuden aus anderem Material ersetzen wollte.

Die jahrhundertelangen Klagen über die Waldverwüstung haben erst in unseren Tagen zu einer Gesetzgebung geführt, welche die Zukunft der schwedischen Wälder nach menschlichem Ermessen sichern dürfte. In den letzten Jahrzehnten haben die Versuche, die teuren Holzkohlen durch andere Kraftquellen (vor allem durch elektrische, von den Wasserfällen erzeugte Energie) und das noch teurere Brennholz zu Aufwärmungszwecken durch Torfprodukte zu ersetzen, mit erfolgversprechendem Ernst eingesetzt und durch das neue Gesetz über obligatorische Wiederbepflanzung abgebauten Waldbodens ist den Verwüstungen ein Riegel vorgeschoben, vor

<sup>112)</sup> Berch, wie oben, S. 244.

<sup>113)</sup> Berch, wie oben, S. 245.

<sup>114)</sup> Berch, wie oben, S. 250.



welchen der upsaliensische Professor schon vor anderthalb Jahrhunderten in eindringlichen Worten warnte. Allerdings baut man noch immer auf dem Lande in Schweden meistens Holzhäuser, was unsere nunmehr ziemlich genau berechenbaren Waldivorräte auch ohne Verschwendung erlauben.

### III.

## Gewerbepolitik.

In dem dritten Abschnitt dieser kleinen Abhandlung („Betrachtungen über den praktischen Merkantilismus Schwedens“) habe ich die Entstehung der Zünfte und der Zunftorganisationen in Schweden gestreift. Ein noch größerer Gönner der Zünfte als Gustav Wasa war sein gleich energischer Sohn Karl IX. (1600 bis 1611), der teils schon als Herzog, teils nachher als König Zunftordnungen für einzelne Gewerbe und für einzelne Städte bestätigte oder neu erließ. Bemerkbar ist in ihnen seine Vorliebe für geschlossene Zünfte<sup>115)</sup>. In Verbindung damit wurde der Gewerbebetrieb auf dem Lande weiter beschränkt, für jeden Gerichtssprengel sollte die Zahl der darin erlaubten Handwerke festgesetzt werden, und den Handwerkern auf dem Lande wurde der Gewerbebetrieb auch nur in einer gewissen Entfernung von den Städten gestattet<sup>116)</sup>.

Auf demselben Wege schritt Gustav Adolf (1611—1632) weiter. Die Zunftorganisation wurde weiter ausgebaut, aber immer nur durch die Bestätigung der Statuten seitens der Regierung für gewisse Gewerbe in einzelnen Städten, höchstens in einzelnen Provinzen. Dem Recht der Handwerker auf dem Lande wurden immer engere Grenzen gezogen, während es dem Adel erlaubt war, sich Handwerker für seinen eigenen Hausbedarf zu halten, was zu ständigen Zwisten mit dem Bürgerstande Anlaß gab<sup>117)</sup>.

<sup>115)</sup> <sup>116)</sup> <sup>117)</sup> Diese Darstellung gründet sich auf Vinde, Systematisk framställning av Svenska ekonomilagsfarenheten, 2. Aufl., 1868, Th. Rabenius, „Handbok i Sveriges gällande lagstiftning för politie-, civil- och eklesiastikförvaltningen, 1871, u. af Sillén, Svenska Handels och näringsarnas historia, 1—5, 1851—71. Infolge des Krieges ist es mir unmöglich gewesen, genaue Zitate anzuführen.

Die erste allgemeine Landeszunftgesetzgebung war die von 1669. Sie charakterisiert sich gegenüber den bisherigen Zunftordnungen als eine liberale. Zwar wurde nichts in der Stellung des platten Landes zu den Städten geändert, aber das Recht, in die Zunft aufgenommen zu werden, wurde jedem zugesichert, der sein Handwerk redlich erlernt hatte. Zugleich wurde sogenannten Freimeistern, die außerhalb der Zünfte standen, erlaubt, sich an gewissen Orten niederzulassen<sup>118)</sup>. Diese Gesetzgebung blieb, obgleich ihre Satzungen mitunter in restriktivem Geiste geändert wurden, bis zum Erlaß der Zunftordnung von 1720 und diese bis zur Verordnung vom 22. Dezember 1846, welche die Gewerbefreiheit, wenn auch noch mit erheblichen Beschränkungen, einführte, in Kraft<sup>119)</sup>.

Ein Vergleich zwischen dieser Entwicklung in Schweden und in anderen Ländern zeigt, daß im großen und ganzen dieselben merkantilistischen Züge, dieselbe Tendenz des alles regelnden und meisternden Polizeistaats hier wie dort sich wiederfinden. Das gilt für ganz Europa außer England wenigstens bis Ende des 18. Jahrhunderts, für viele Länder noch bis tief in das 19. Jahrhundert hinein<sup>120)</sup>. Die praktisch durchgeführten oder versuchten Maßregeln und Bestimmungen wurden von den nationalökonomischen Schriftstellern der Zeit ausgiebig begründet, und Anders Berchs Ausführungen auf diesem Gebiet befinden sich in voller Übereinstimmung mit dem Zeitbewußtsein und zeigen somit wenig Originalität.

Wie seine Vorgänger und Zeitgenossen warnte er eifrig vor Monopolia und „Polypolia“, welche beide für die Gesamtheit schädlich seien. Es dürfe weder eine zu starke Konkurrenz herrschen noch dürften einzelne Handwerker durch mangelnde Konkurrenz tatsächliche Monopole bekommen<sup>121)</sup>. Hierher gehört die Regelung der Zahl nicht nur der Meister, sondern auch der Gesellen, wobei aber Berch — anscheinend aus praktischen Gründen — den Großbetrieb, d. h. wenige Meister mit je vielen Gesellen oder Arbeitern, als das volkswirtschaftlich für die Produzenten wie für das große

---

<sup>118)</sup>. <sup>119)</sup> Vergl. Noten 1, 2, 3, S. 40 dieser Abhandlung.

<sup>120)</sup> Vergl. Schönberg, wie oben, S. 525—667, Abschnitt „Die rechtliche Ordnung des Gewerbewesens“, und Mitscherlich, wie oben, S. 105—124.

<sup>121)</sup> Berch wie oben S. 268.



Publikum Vorteilhafteste befürwortet<sup>122</sup>). Obgleich er vor allzu zahlreichen und somit auch armen Meistern warnt, will er doch auch den Gesellen den Weg offen halten, durch Fleiß oder fremde Hilfe in die Lage zu kommen, als Meister eigne Werkstätten errichten zu können<sup>123</sup>).

Die Nachteile und Übertreibungen des gewerblichen Zwangs traten besonders während der letzten Kriegsjahre und der ersten Friedensjahre anfangs der Freiheitszeit in Schweden zutage<sup>124</sup>). Sie bewirkten auch, daß in der obengenannten neuen Zunftordnung von 1720 die Bestimmung enthalten war, daß zugezogene Handwerker der Zunft als „Freimeister“ ihren Beruf ausüben durften, wohlverstanden, wenn sie ihren Beruf ordentlich gelernt hatten. Diese Bestimmung wurde im Jahre 1724 insofern erweitert, als von nun an ein jeder, der sein Handwerk ordentlich verstand, das Recht hatte, sich als Freimeister niederzulassen bzw. aus der Zunft auszutreten<sup>125</sup>).

Lange dauerte es jedoch nicht, daß der Bürgerstand im Reichstage die Aufhebung der Freimeisterschaft durchsetzte, trotz der vielen und vernünftigen Gründe gegen diesen Rückschritt, die von der Kommerzien- und Ökonomie-Deputation angeführt wurden. Schon nach etwa zehn Jahren wurde ein Verbot gegen Freimeisterei erlassen, und ein paar Jahre später wurden die Zünfte wieder geschlossen gemacht<sup>126</sup>).

Obgleich sonst ein ziemlich rechtgläubiger Merkantilist und im Dienste der herrschenden Partei stehend, ließ sich Berch nicht bewegen, seine auf diesem Gebiete oppositionellen Ansichten zu unterdrücken. Er erkannte vollends, daß die allzu stramme Zunftorganisation und die übermäßige Einschränkung der Zahl der Meister, Gesellen und Lehrlinge eine ernste Gefahr für die Konsumenten bildeten, und forderte kräftige Gegenmittel. Am besten und wirksamsten sei es, meint er, den mit nötigem Vermögen und Geschick versehenen Arbeitern zu erlauben, „ihr Hand-

<sup>122</sup>) Berch wie oben S. 275.

<sup>123</sup>) Berch wie oben S. 275—276.

<sup>124</sup>) Arnberg wie oben S. 3.

<sup>125</sup>) Arnberg wie oben S. 4.

<sup>126</sup>) Arnberg wie oben S. 40.

wert, ohne zünftig zu werden, treiben, und zu dem Ende, gleich den zünftigen, Gesellen und Lehrlingen halten zu dürfen<sup>127)</sup>.

Während man in dieser Weise die eigentlichen Handwerks-gewerbe streng an die Zunftverfassung band, wurde im 18. Jahrhundert ein anderer Teil der Gewerbetätigkeit, der Betrieb von Manufakturen und Fabriken, nach anderen Grundsätzen geordnet. Für diese wurde durch die Hallordnung vom 21. Mai 1739 (später ersetzt durch die vom 2. April 1770) und durch die Manufakturprivilegien vom 29. Mai 1739 eine besondere Ordnung eingeführt. Diese Reformen fallen in die Zeit zusammen mit Berch's Tätigkeit als Kommissionssekretär im Reichstage, und es ist anzunehmen, daß er — wenn er auch nicht an ihrer Ausarbeitung mitgearbeitet hat — mit dem ihnen zugrunde liegenden Material wohl vertraut war. Seine Vorliebe für die Manufakturen und Fabriken, die er als eine modernere Produktionsform erkennt, geht auch klar aus seinem Werk hervor<sup>128)</sup>.

Die alten Manufakturen und Fabriken (zum Beispiel die Wollfabriken, die während der Zeit Karls XI. 40 Regimenter bekleideten und dabei zugleich noch exportieren konnten, die Waffenfabriken usw.) waren mehr oder weniger verfallen, viele sogar vollkommen eingegangen, und man kann daher das eifrige Bemühen der Regierung und des Reichstags, diese Unternehmen durch Privilegien, Unterstützungen und allerlei Begünstigungen wieder zu heben, wohl verstehen, ein Bemühen, das auch Berch's volle Billigung fand<sup>129)</sup>. Es handelte sich ja um die praktische Verwirklichung eines der fundamentalsten Prinzipien des Merkantilismus, der Steigerung der eignen Produktion an veredelten Waren, worauf wir später im Abschnitt über den Handel zurückzukommen haben werden. Und eben die Periode, in welcher mit dem definitiven Übergewicht der „Hüte“ auch die höhere und intensivere wirtschaftliche Tätigkeit, die die Freiheitszeit auszeichnet, auf allen Gebieten des nationalen Lebens vollends einsetzt (1738—1756), wird von nie ruhenden Kämpfen und Streitigkeiten über die Privilegien und Unterstützungen der Fabriken und Manufakturen, die Mittel zu

<sup>127)</sup> Berch, Einleitung usw., S. 276. Vergl. Noten 1, 2, 3, S. 5—6 dieser Abhandlung.

<sup>128)</sup> Berch, Einleitung usw., S. 180.

<sup>129)</sup> Arnberg wie oben S. 3.



ihrer Entwicklung und Rentabilität, die Fürsorge für ihren Absatz, ihren Schutz gegen die ausländische Konkurrenz usw. auszufüllen<sup>130)</sup>.

Hier wie in andern merkantilistisch regierten Staaten waren Regierung und völkische Korporationen (in Schweden der Reichstag) ständig bemüht, das einmal angenommene System durch neue Verordnungen, Zölle, Prämien, Privilegien, Verbote usw. weiter auszubauen und zu verbessern. Und hier wie da wurden im großen und ganzen dieselben Resultate gezeitigt: ursprünglich unzweifelhaft für die Gewerbe förderlich, schoß der übertriebene Zwang weit über das Ziel und wurde zu einem schweren Hemmnis für das ganze wirtschaftliche Leben, ein Hemmnis, das jenes nur allmählich und durch seine eigne innewohnende Kraft überwinden konnte, was wiederum zu freieren Formen führte. Und hier wie da konnten die staatsunterstützten Manufakturen und Fabriken auf die Dauer nur gedeihen, wenn sie wirklich ein vorhandenes oder anerziehbares Bedürfnis befriedigten, und das Land einen einigermaßen geeigneten Boden für ihre Entwicklung darbot<sup>131)</sup>.

Das leitende Motiv zu der für Fabriken und Manufakturen in Schweden eingeführten besonderen Ordnung war namentlich das Bedürfnis, den Zwang, welchen die Zunftordnung dem Gewerbebetrieb im allgemeinen auferlegt hatte, zu mildern. Manufakturen und Fabriken waren der Zunftordnung nicht unterstellt. Die Fabrikanten mußten zwar, wie die zünftigen Handwerker, Bürger einer Stadt sein und ihr Gewerbe erlernt haben, aber es war für sie keine Lehrzeit und keine Meisterprüfung vorgeschrieben. Das Recht zum Gewerbebetrieb wurde von einer besonderen Behörde, dem sogenannten Hallgericht, später dem Kommerzienkollegium, erteilt<sup>132)</sup>. Welche Gewerbe zu den Manufakturen und Fabriken gehörten, war nicht deutlich im Gesetz bestimmt, sondern regelte sich nach Gewohnheit und Sitte. Im allgemeinen waren es die Textilgewerbe und feineren Eisengewerbe<sup>133)</sup>.

<sup>130)</sup> Vergl. Arnberg wie oben

<sup>131)</sup> Vergl. Arnberg wie oben S. 77—133 u. a. Weiter Mittscherlich, Wirtschaftlicher Fortschritt, S. 111—124, wo besonders der diesbezüglichen Entwicklung in Frankreich (unter Colbert usw.) gedacht wird.

<sup>132)</sup> <sup>133)</sup> Vergl. die Noten 115, 116, 117 S. 55 dieser Abhandlung.

Später wurde rechtlich auch ein Unterschied zwischen Manufakturen und Fabriken gemacht. Die Fabriken konnten auch auf dem Lande, also ohne Bürgerrecht der Unternehmer, betrieben werden, und auch von Personen, die das Gewerbe nicht erlernt hatten<sup>134)</sup>.

Eine besondere und eigentümliche obrigkeitliche Regelung bestand für die in Schweden volkswirtschaftlich sehr wichtige Eisenproduktion. In gewissen die Gruben umgebenden Distrikten durfte nur Gußeisen produziert werden, damit die Wälder, welche die Kohlen für dieses Hauptprodukt, das die Voraussetzung der ganzen schwedischen Eisenindustrie war, lieferten, nicht zu einem andern Zweck gebraucht würden. Für die Eisenhämmer und Manufakturwerke setzte man, nach vorheriger Feststellung des Vorrats an Kohlen und Gußeisen, ein bestimmtes Maß des von jedem Werk zu erzeugenden Quantum fest, welches bei Strafe nicht überschritten werden durfte. Man schrieb auch vor, wie die verschiedenen Sorten von Gußeisen untereinander gemischt werden sollten, um ein gutes Produkt herzustellen. Ja, man ging zuletzt (1753) so weit, jede neue Anlegung von Eisenhämmern zu verbieten, damit die Wälder nicht zu viel mitgenommen würden und das treffliche schwedische Eisen nicht durch Überproduktion seinen Preis verlore, ein Verbot, das erst im Jahre 1803 aufgehoben wurde<sup>135)</sup>.

Mit der Mitte und Ende des 18. Jahrhunderts allgemeiner einsetzenden Verwendung von Steinkohlen bei der Eisenerzeugung ging Schwedens Rangstellung auf diesem Gebiet zum großen Teil verloren, und die englische Eisenindustrie, die schon im 17. Jahrhundert einen großen Aufschwung genommen hatte, übernahm vollends die führende Rolle<sup>136)</sup>.

Zu Berchs Zeit war es aber nicht die Eisenproduktion mit ihren alten Überlieferungen, sondern vor allem die neue Textilindustrie, welche das allgemeine Interesse in Schweden beschäftigte, einen großen Aufschwung nahm und die Entwicklung des ganzen Erwerbslebens beeinflusste. Ein Pionier auf diesem Gebiete war Jonas Alström, später unter dem Namen Alströmer nobilitiert und sogar baronisiert. Alströmer, der in verschiedenen

<sup>134)</sup> <sup>135)</sup> Vergl. die Noten 115, 116, 117 S. 55 dieser Abhandlung.

<sup>136)</sup> Vergl. Handw. d. Staatsw., III. Band, S. 779, Artikel „Eisen und Eisenindustrie“ von Regis.



Ländern, vor allem Frankreich, England und Holland, die dort hochentwickelten Manufakturen kennen gelernt hatte, wollte seinem Vaterlande auch den Segen einer modernen — d. h. für die damalige Zeit modernen — Industrie bringen. Er führte zu diesem Zwecke eine Menge ausländischer Arbeiter, ausländischer Maschinen und Werkzeuge in Schweden ein, gründete das große Manufakturwerk zu Ålingsås und betrieb dort schon nach ein paar Jahren (1726) nicht weniger als sieben verschiedene Industrie- oder Manufakturzweige, u. a. Seiden-, Tuch-, Strumpf-, Bandweberei, Tabakspinnerei usw. Das Unternehmen war teils mit Ålströmers eignem oder von ihm im Auslande beschafftem Kapital gegründet, teils hatten auch der König, mehrere Mitglieder des Reichsrats und andere hochstehende Personen und vor allem Hüttenbesitzer im Eisenerzgebiet Mittelschwedens Aktien gezeichnet<sup>137)</sup>.

Das junge Unternehmen hatte anfangs viele Schwierigkeiten zu bekämpfen, und Ålströmer mußte die Hilfe des Reichstags anrufen, die auch gern gegeben wurde. Das Manufakturwerk zu Ålingsås erhielt neue, erweiterte Privilegien, die auch die ganze Stadt umfaßten. Es bekam sämtliche bisher der Stadt gehörigen Häuser, Gebäude, Einkommen usw., das Recht der Stadt, einen Reichstagsabgeordneten zu wählen, auf sich übertragen, es erhielt sogar eine Art eigener Jurisdiktion und genoß zugleich sowohl eine direkte Geldunterstützung von Staats wegen als eine ausgedehnte Steuerfreiheit<sup>138)</sup>.

Unter dem Schutz dieser kräftigen und freigebigen Unterstützung entwickelte sich Ålströmers Schöpfung zu einem für seine Zeit großartigen Unternehmen, Arbeiter zu Hunderten strömten herbei und wurden beschäftigt, die Stadt blühte, und die Produktion der Fabriken stieg jährlich. Ålingsås wurde ein Muster und eine Pflanzschule für die Manufakturen in ganz Schweden, und von diesem Zentralkunkte aus gingen Anregungen in die verschiedensten Teile des Landes, wo ähnliche oder andere Fabriken und Manufakturen entstanden. So wurden in den Jahren 1719

<sup>137)</sup> Hildebrand, Sveriges Historia, Band VII, S. 81—83. Arnberg, S. 32—33.

<sup>138)</sup> Arnberg wie oben S. 33—34. Hildebrand wie oben, Bd. VII, S. 83.

bis 1738 insgesamt nicht weniger als 149 Fabriken neu gegründet<sup>139)</sup>.

Auf die Dauer genügt es aber nicht mit dem künstlichen Schutz, der die Absatzkrisis und die Folgen der übertriebenen merkantilistischen Politik nicht abwenden konnte, die um die Mitte des Jahrhunderts mit erneuter Heftigkeit einsetzten, nachdem sie schon öfters gedroht hatten. So führten die mit so großen Hoffnungen empfangenen neugegründeten Manufakturen trotz der Staatshilfe manchmal eine unsichere, stetig bedrohte Existenz, und mehrere gingen auch ein. Mit dem Regierungswechsel in den sechziger Jahren, als die „Mützen“ endlich wieder an die Macht kamen, folgte als Reaktion gegen die leichtsinnige Geldverschwendung der „Hüte“ eine allgemeine Reduktion bzw. Streichung der Unterstützungsgelder für die Manufakturen. Jonas Alströmers stolze Schöpfung zu Ålmgåsa und mehrere andere ähnliche Unternehmungen erhielten keine Staatshilfe mehr, ja, sie wurden teilweise sogar gezwungen, erhaltene Gelder zurückzuzahlen, was ihnen natürlich schwer fiel und manchmal den endgültigen Ruin herbeiführte<sup>140)</sup>.

War es auch schwer, so mußte man nunmehr lernen, auf eignen Füßen zu stehen, und für die, welche das nicht konnten, gab es keine Möglichkeit mehr, weiter zu bestehen. Besonders der Reichstag 1768 war für diese etwas unsanfte und später viel getadelte Säuberung der Verhältnisse verantwortlich, und er kann auch gewissermaßen als ein Vorgänger der nahe bevorstehenden freieren Gustavianischen Zeit betrachtet werden<sup>141)</sup>.

Eine ähnliche Entwicklung hatte man in anderen, mehr vorgeschrittenen Ländern schon früher durchgemacht, besonders in Frankreich, wo man neben der staatlichen Bevormundung der gewerblichen Produktion durch die „Règlements“ den industriellen Aufschwung des Landes durch die Errichtung von staatlichen oder staatsunterstützten Betrieben zu fördern suchte. Trotz der Mißerfolge dieser Wirtschaftspolitik, welche die Initiative der Wirtschaftenden untergrub, waren es doch diese Manufakturen, die das Land mit neuen Betriebsarten bereicherte und dem Ideal der

<sup>139)</sup> Silbebrand wie oben, Bd. VII, S. 83.

<sup>140)</sup> Arnberg wie oben S. 216—234.

<sup>141)</sup> Arnberg wie oben S. 232—234.



Volkswirtschaft (im Gegensatz zur Stadtwirtschaft) nähergebracht hatten<sup>142)</sup>.

Bei Erwähnung der Manufakturen und Fabriken benutzt Berch die Gelegenheit, die Spezialisierung der Produktion in Spezialgewerbe und die Arbeitsteilung innerhalb dieser zu erläutern und zu begründen. Seine ausführliche und überzeugende Argumentierung hat hier eine gewisse Ähnlichkeit mit den in Adam Smiths klassischem Werke dreißig Jahre später dargelegten Theorien<sup>143)</sup>.

Im allgemeinen wird Adam Smith als derjenige hingestellt, der am schärfsten die Notwendigkeit (vom wirtschaftlichen Gesichtspunkte heraus) der fortschreitenden Arbeitsteilung hervorgehoben hat. Sein Beispiel mit der Nähnadel ist ja berühmt und findet sich in fast jedem nationalökonomischen Handbuch wieder. Demgegenüber sei hier in aller Bescheidenheit daran erinnert, daß Anders Berch schon etliche Jahre vor Smith die Bedeutung der Arbeitsteilung, wenn auch in beschränkterem Maße und ohne die drastischen, von der Einsicht in die blühende englische Industrie bedingten Smithschen Beispiele, mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit hervorgehoben hat.

Berchs Ausführungen in dieser Frage sind besonders interessant und charakteristisch, und ich erlaube mir sie daher wörtlich anzuführen.

„Man muß auch hierwider nicht einwenden,“ heißt es u. a., „daß, wenn man mehr besondre Arbeiter mit Verfertigung verschiedener Theile einer Waare, die dazu gehören, ehe man die Waaren fertig nennen kann, beschäftigte, die fertige Waare theurer seyn würde, als wenn sie die Frucht des Fleißes einer einzelnen Person wäre; im ersten Falle ihrer mehrere Unterhalt und Gewinn davon ziehen wollen wie denn auch die fertigen Waaren durch diese Einrichtung aus dem Grunde würden theurer werden, indem, wenn die Geschäfte unter viele vertheilet sind, und die Arbeit nicht für alle reicht, der höhere Preis der Waaren die Unterhaltungskosten für die Zeit, da Arbeit fehlet, tragen muß, welches für viele schwerer ist, als für einen. Denn wenn man einen Vergleich zwischen der Zeit anstellet, welche ein einzelner

<sup>142)</sup> Witscherlich wie oben S. 120—122.

<sup>143)</sup> Berch wie oben S. 277 ff.

Arbeiter verliehret, um seine verschiedene Maschinen und Werkzeuge zu verschiedenen Arbeiten in Ordnung zu stellen; dahingegen der, welcher nur gewisse Teile verfertiget, sein Werkzeug beständig im Gebrauche hat: wenn man erweget, daß derjenige, welcher alles zusammen allein arbeiten soll, einige Zeit braucht, sich an die Handgriffe zu gewöhnen, und aus diesem Grunde öfters eine Arbeit mehr als einmahl thun muß; dahingegen der, welcher beständig einerley verrichtet, an die Vortheile und Handgriffe so gewohnt ist, daß es ihm nur sehr selten fehl schlägt: wenn man bedenkt, wie viel von rohen Materialien durch das Umarbeiten verloren geht, ehe man die Vortheile und Handgriffe in seine Gewalt bekommt; dahingegen die andern Arbeiter aus Hand in Hand arbeiten, und was dergleichen Umstände mehr sind: so wird den Ausschlag geben, daß, wenn besondere Personen besondere Theile oder Stücke der Waaren verfertigen, die Arbeit hurtiger von statten geht, und die Waaren für bessere Preise gegeben werden können. Was aber den hohen Preis der verfertigten Waaren bei dem Mangel an Arbeit betrifft; so ist er ganz natürlich, alsdenn aber nicht zu vermuthen, wenn die Werkstellen im gleichen Gange gehalten werden<sup>144</sup>).“

Die Darstellung leidet hier ja mehr als sonst an der Schwerfälligkeit und unbequemen Ausdrucksweise des 18. Jahrhunderts, es dürfte aber nichtsdestoweniger für einen jeden klar sein, daß sie eine Erklärung und Begründung der Arbeitsteilung bezweckt und damit auch im großen und ganzen denselben Grundgedanken aufweist, dessen Dolmetscher Adam Smith später wurde.

Bei seiner Untersuchung oder, besser, Beschreibung der Produktion, ihrer Formen und Faktoren denkt Berch zunächst an das „Handwerk“, was wohl aber in diesem Zusammenhange nach der Terminologie der Zeit auch die Manufaktur (Industrie) und verschiedene Nebengewerbe umfaßt<sup>145</sup>). Wenn man den Begriff „Handwerk“ ausnahmsweise so faßt, so ergibt sich eine gewisse

---

<sup>144</sup>) Berch wie oben S. 280.

<sup>145</sup>) Sonst hätte er wohl die Organisation und die Formen der Manufakturen in ähnlicher Weise wie die des Handwerks besprochen, was er aber nicht getan hat.



Ähnlichkeit zwischen Berchs „Lehre“ von der Produktion, ihren Faktoren und Mitteln, und den späteren Theorien des Smithianismus. Jedenfalls ist Berchs Darstellung der Organisation der gewerblichen Produktion mit Hilfe des Verlagsystems<sup>146)</sup> nicht uninteressant.

Als Produktionsfaktoren erwähnt der schwedische Merkantilist ausdrücklich Arbeiter (Arbeit), Verleger (Kapitalist, Kapital)<sup>147)</sup> und Handwerker (Unternehmer). Es liegt aber auf der Hand und in der Natur der Sache selbst, daß er auch die Natur, d. h. den Boden und seine Hilfsquellen, unter die Produktionsfaktoren oder Produktionsmittel mit hineinrechnet, was übrigens auch aus seinen weiteren Ausführungen hervorgeht.

In einem gewissen Sinn ist Berch somit sehr modern, da er nämlich dem Unternehmer — wenn wir nun seinen „Handwerker“ im weiteren Sinn als eine Art Unternehmer betrachten dürfen — neben Boden, Kapital und Arbeit eine wichtige Rolle zuteilt. Eben in den letzten Jahrzehnten wird ja dem Unternehmertum theoretisch wie praktisch eine ganz andere Bedeutung für die Produktion beigemessen, wenn man auch nur Natur, Kapital und Arbeit als Produktionsfaktoren im eigentlichen Sinn nennt. Wenn auch Berchs „Handwerker“ natürlich nicht mit dem modernen Unternehmer heutigen Tages gleich ist, so war doch seine Aufgabe in geringerem Maßstab eine wesentlich entsprechende in der damaligen Volkswirtschaft, worauf besonders seine Nennung n e b e n den Verlegern und den Arbeitern hindeutet.

In diesem Zusammenhang bespricht Berch die verschiedenen Unternehmungsformen und wirft die Frage auf: „ob es vorteilhafter sey, wenn einzelne Personen zu allerley Waaren Verleger sind? oder wenn sich viele vereinigen, eine Gesellschaft ausmachen, und gesellschaftlich rohe Materien oder Geld vorschießen? denn die Umstände verändern die Sache ungemein.“ Diese Frage wird folgendermaßen beantwortet: „Einzelne Verleger haben den Vor-

<sup>146)</sup> Über das Verlagssystem und seine Entstehung siehe Mitscherlich, Wirtschaftlicher Fortschritt, S. 93 ff.

<sup>147)</sup> Berch wie oben S. 304. Es heißt hier wörtlich: „Zur Fortsetzung der Arbeit wird Verlag erforderlich.“ Sowohl der Verleger als der Handwerker treten übrigens hier als Unternehmer auf, der erstere setzt aber vorzugsweise seine Geldmittel, der letztere seine persönliche Tüchtigkeit ein.

theil, daß sie über ihren Verlag selbst die Aufsicht haben können: sie bedürfen keiner weitläufigen Bedienung, vieler Häuser, Gebäude und Geräthe: sie haben über die Verwaltung des Werkes keinem andern, sondern bloß sich selbst Rede und Antwort zu geben, welche Umstände auf das Wesen der Manufakturen und Professionen von großem Einflusse sind. Fast gleiche Vortheile genießen auch kleine Compagnien, welche, da sie aus wenigen bestehen, über den Betrieb des Werkes sich allemahl leicht vergleichen können. Die größeren Compagnien werden, ohnerachtet der Zusammenschluß in Betracht der vielen Interessenten weit ansehnlicher seyn kann, als einzelne Leute dazu im Stande sind, mithin auch mehr damit auszurichten ist, dennoch mehrentheils von der Ungemächlichkeit begleitet, daß größere Werke mehr Bedienung zur Aufsicht erfordern, deren Lohn, da er auf die Waaren geschlagen werden muß, dieselben bey solchen Compagnien den Verlegern theurer macht, als sie einzelnen Verlegern zu stehen kommen; weswegen die großen Gesellschaften nicht lange Bestand haben können. Ueberdies verursacht der geringe Antheil, den ein jeder Interessente an solchen Werken haben, und das Misvergnügen, welches unter ihnen wegen der Verwaltung entstehen kann, daß ein jeder für sich um den Betrieb des Werkes nicht sehr bekümmert ist; sondern die ganze Verwaltung den so oft sehr nachlässigen Bedienten überläßt<sup>148)</sup>).

Berch fällt somit ein ziemlich strenges Urtheil über die großen Gesellschaften, an deren Lebensdauer und Zukunft er nicht zu glauben scheint. Wahrscheinlich sind hier seine Ansichten im großen Maße von den schlechten Erfahrungen, die zu jener Zeit in Schweden mit großen Gesellschaften gemacht wurden bzw. gemacht worden waren, beeinflusst. Mehrere große Handels- und Industrie-Kompagnien, die theils mit staatlicher Hilfe gegründet worden waren, theils auch weiter Geldunterstützung vom Staate erhielten, gingen nämlich zugrunde, und was wahrscheinlich größtenteils auf Mangel an Organisation, Anpassungsfähigkeit und tüchtiger kaufmännischer Leitung oder auch auf ungünstigen äußeren Verhältnissen beruhte, wurde der Produktionsform

<sup>148)</sup> Berch wie oben S. 283—284.



der Groß-Kompagnie oder Gesellschaft an sich zu Unrecht zugeschrieben<sup>149)</sup>).

Trotz dieser pessimistischen Auffassung wird zugegeben, daß solche große Kompagnien in gewissen Fällen nicht ohne erheblichen Nutzen sind. Dieses ist namentlich der Fall, wenn ein Gewerbe oder eine Manufaktur in einem Lande neu und unbekannt ist oder wenigstens nicht gebührend blüht. Weiter, wenn man im Zweifel ist, ob eine solche Manufaktur sich wirklich auf die Dauer erhalten kann oder nicht, wenn die nötigen qualifizierten Arbeiter und Handwerker dazu noch fehlen usw. Dann können große Manufaktursozietäten mit Vorteil gegründet werden, teils um ein geschultes Personal heranzubilden und teils um die Gewerbeschicklichkeit und die Produktion im ganzen zu fördern. Wenn nötig, soll der Staat das Unternehmen stützen, bis es seine Mission erfüllt hat, da es ohne weiteres aufgelöst und von kleineren, lebensfähigeren Unternehmungen ersetzt werden kann<sup>150)</sup>.

#### IV.

### Handelspolitik.

Wie viele Gewerbe befand sich auch der Handel Schwedens zur Zeit Berchs in einer Periode blühender Entwicklung, die bei uns wie in England und mehreren andern Ländern durch kräftige Regierungsmaßnahmen geschaffen bzw. gefördert worden war. Und man kann somit hierbei dem Merkantilismus nicht ein erhebliches Verdienst absprechen.

Im Anfang der neueren Zeit lag der schwedische Außenhandel vollständig in den Händen der Hanse, vor allem Lübeds, durch dessen teuer bezahlte Hilfe Gustav Wasa erst seinen Thron hatte errichten und befestigen können. Erst im Jahre 1737 gelang es ihm nach mehrjährigem Krieg, der Hanse die meisten ihrer Privilegien und Handelsmonopole Schweden gegenüber zu entreißen und damit ihre Übermacht im Norden endgültig zu brechen<sup>151)</sup>.

<sup>149)</sup> Auch in anderen Ländern, beispielsweise in Frankreich vor und während des Laufschen Regimes, hatte man aus ähnlichen Gründen mit den großen Gesellschaften schlechte Erfahrungen gemacht.

<sup>150)</sup> Berch wie oben S. 384—386.

<sup>151)</sup> Sildebrand wie oben III, S. 154—171 und 229. Auch Scherer wie oben II, S. 719—721.

Von diesem Zeitpunkt an kann man von einem selbständigen schwedischen Handel sprechen. Es ging aber nur langsam vorwärts, und Gustav mußte noch viele, viele Jahre unverdrossen arbeiten, um die großen Schwierigkeiten zu überwinden, die sich ihm bei der Reformierung der rückständigen schwedischen Geschäftsmethoden in den Weg stellten. Er klagte über die Ungewohntheit und das Unvermögen der schwedischen Kaufleute, selbständigen Handel zu treiben, über ihren mangelnden „Verstand“ und geringen Unternehmungsgeist sowie über die schädlichen „Praktiken“ der Lübeder. In wiederholten Verordnungen sucht der König die schwedischen Kaufleute über die Schädlichkeit der Zwischenhandelsstellung Lübeds aufzuklären und über die Notwendigkeit, sich von der ererbten „Knechtschaft“ zu befreien. Er skizziert sogar schon damals das Hauptprinzip der englischen Navigationsakten: daß fremde Waren nur von den eigenen Schiffen oder von den Schiffen des Ursprungslandes eingeführt werden sollen, und ermahnt die Schweden in diesem Zusammenhang, durch eine zeitgemäße Ausdehnung des Handels und der Seefahrt Lübeck aus seiner Vermittlerstellung zu verdrängen, was auch endlich, vor allem durch die Unterstützung der Holländer, gelang<sup>152)</sup>.

Wir haben schon im Vorhergehenden die wirtschaftlichen Zustände in Schweden während der Großmachtzeit gestreift<sup>153)</sup> und begnügen uns hier damit, hervorzuheben, daß der Handel und die Seefahrt durch die großen und vielen Kriege Schwedens auf der einen Seite sich entwickelten und zeitweise eine hohe Blüte zeigten (z. B. durch die vielen Staatsaufträge, Lieferungen und Befrachtingen für Armee und Marine angeregt), auf der anderen aber schwer betroffen wurden, vor allem durch den unglücklichen großen Nordischen Krieg (1700—1721), der Schwedens Ostseeimperium zerrümmerte und die Russen ans Meer heranließ. Zu Anfang der Freiheitszeit lagen der schwedische Außenhandel und die schwedische Seefahrt verhältnismäßig ebenso brach wie bei dem Regierungsantritt Gustav Wasas, 200 Jahre früher. Der Friede bewirkte aber Wunder, und schon im Jahre 1723 zählte beispielsweise die schwedische Handelsflotte 177 größere und kleinere Schiffe. Schon im Herbst 1724 hatte man die Ziffer 348 erreicht, was mehr als

<sup>152)</sup> Silbdebrand wie oben, III, S. 216, 230—231.

<sup>153)</sup> Vergl. Abschnitt III dieser Abhandlung.



alles andere die kräftige wirtschaftliche Entwicklung dieses Zeitabschnittes dartut<sup>154</sup>).

Nun wagten es die schwedischen Reichsstände endlich, die herausfordernde englische Handelspolitik mit angemessenen Repressalien zu erwidern<sup>155</sup>), und das sogenannte Produktplakat, eine ziemlich treue Kopie der englischen Navigationsakten aus der Zeit Cromwells und Karls II., wurde 1724 als Gesetz publiziert. Neben England hat Schweden auch strenger als irgendein anderer Staat in Europa die Prinzipien der Navigationsakte in Anwendung gebracht<sup>156</sup>).

Über die Erfolge dieses Systems läßt sich wohl heutzutage kaum ein vollkommen gerechtes Urteil abgeben. Ihnen gegenüber, die nur die schlechten Seiten desselben hervorheben, mögen einige Daten über den schwedischen Außenhandel am Ende der Freiheitszeit hier angeführt werden. Im Jahre 1770 wurde der Wert der Einfuhr mit etwa 13 Millionen Mark, die Ausfuhr mit 15 Millionen Mark (abgesehen vom Fall des Geldwertes) berechnet. Das bedeutet eine sehr erhebliche Steigerung des Handelsumsatzes im Vergleich mit der vorhergehenden Periode. Gleich nach dem Ende der Freiheitszeit zählte die schwedische Handelsmarine 664 Fahrzeuge, und fast der gesamte Außenhandel Schwedens wurde mit eigenen Schiffen geführt, die in den schwedischen Häfen etwa fünfmal so zahlreich wie die ausländischen waren<sup>157</sup>).

Sonst ließen Regierung und Reichstag nichts zu wünschen übrig in bezug auf prohibitive Zölle und Einfuhrverbote. Prinzipiell sollte keine fertige Handwerks- und Fabrikware eingeführt werden, und man suchte nach Möglichkeit diese Prinzipien in die Praxis umzusetzen. Neben zunehmender Unterstützung und erhöhten Exportprämien für die einheimische Produktion gingen verschärfte Einfuhrverbote und erhöhte Zölle, und erst in den sechziger Jahren fingen frischere Winde an zu wehen<sup>158</sup>).

Nach dem Muster Englands, Frankreichs und anderer Länder wurde im Jahre 1731 die Ostindische Kompagnie gegründet und

<sup>154</sup>) Vergl. Arnberg wie oben S. 17.

<sup>155</sup>) Der heutige schwedisch-englische Handelskrieg ist somit nicht ohne Gegenstück in der Geschichte der beiden Länder.

<sup>156</sup>) Arnberg wie oben S. 17.

<sup>157</sup>) Sildebrand wie oben, VII, S. 364.

<sup>158</sup>) Vergl. Arnberg wie oben und Sildebrand wie oben, VII.

erhielt Alleinrecht, mit allen Ländern hinter dem Kap zu handeln. Die Kompagnie wurde das größte Handelsunternehmen Schwedens mit wachsender Bedeutung für das wirtschaftliche Leben des ganzen Landes, blieb aber während ihrer ganzen Existenz ein ständiger Erisapfel zwischen den beiden Reichstagsparteien<sup>159)</sup>.

Während diese Ostindische Kompagnie, wie gesagt, blühte und Dividenden von 30 und 40 Prozent zahlte, ging es der 1738 gegründeten Levantischen Kompagnie nicht so gut, und schon um die Mitte des Jahrhunderts wurde sie aufgelöst. Noch schlimmer ging es mit dem Versuche, eine westindische Kompagnie zu gründen, der an dem Protest der spanischen Regierung scheiterte. In den fünfziger Jahren schwand mehr und mehr der Glaube an den Nutzen der großen Handelskompagnien, und von diesem Zeitpunkte an wurden keine Neugründungen dieser Art vollzogen<sup>160)</sup>.

Es entbehrt nicht eines gewissen Kuriositätsinteresses, zu erfahren, daß sowohl Reichstag als Regierung, die die Ostindische Kompagnie mit großen Handelsprivilegien versehen hatten, bangten, als sie sahen, was für eine Menge teurer exotischer Waren durch die Kompagnie ins Land gebracht wurde. Auch die allgemeine Meinung wandte sich gegen die Kompagnie, durch deren großen Import von Luxuswaren (besonders Seide, Porzellan, Fächer, Lackwaren, Tee, Kaffee, Arrak usw.) die einheimische Produktion zurückgedrängt und die Handelsbilanz verschlechtert wurde. Man versuchte verschiedene Gegenmaßregeln, ohne doch zu einem alle Beteiligten zufriedenstellenden Ergebnis zu kommen<sup>161)</sup>.

Bekanntlich waren die Theorie über den Handel und auch der Handel selbst Ecksteine im merkantilistischen System, und Berch widmet auch diesem Wirtschaftszweig nicht weniger als 112 Seiten in seinem Handbuch, während die Landwirtschaft und das Handwerk sich je mit ungefähr der Hälfte begnügen müssen.

Nach einigen einleitenden Ausführungen über das Wesen des Kaufs und Verkaufs (der von den Rechtsgelehrten in 1. *emtio et venditio naturalis* und 2. *emtio et venditio artificialis sive*

<sup>159)</sup> Hildebrand wie oben, VII, S. 79.

<sup>160)</sup> Hildebrand wie oben, VII, S. 228—229.

<sup>161)</sup> Arnberg, Anteckningar usw., S. 53—59.



negotiarum geteilt wird, wovon nur die letztere eigentlich der Gegenstand der Haushaltungslehre ist), über die Entstehung des Tausch- und Handelsverkehrs und gegen die falschen Ansichten verschiedener Philosophen und Kirchenlehrer, daß der Handel an und für sich unmoralisch und schädlich sei, streift der Verfasser vorbereitungsweise die prinzipielle Einteilung des Handels in inländischen und auswärtigen, die ja für den ganzen Merkantilismus kennzeichnend und charakteristisch ist. Er verspricht auch, in der Abhandlung zu zeigen, daß der Unterschied zwischen diesen beiden Handelsarten „merklich genug“ ist. Um dem Leser schon hier einen Begriff von demselben zu geben, erwähnt er noch, daß „der inländische Handel, welcher mit inländischen Waren unter den Einwohnern getrieben wird, in der allgemeinen Haushaltung des Landes keine Veränderung verursacht. Das Vermögen des Landes wird nicht weiter ansehnlicher noch kleiner, als der natürliche Werth desselben sich durch Betrieb oder Vernachlässigung der Arbeit verbessern oder verschlimmern kann. Der inländische Handel mit eigenen Waaren veranlasset also keine weitere Veränderung, als daß Geld und Waaren von einem Einwohner zu einem andern kommen; der auswärtige Handel aber macht ein Land entweder reich oder arm, und verdient daher die größte Aufmerksamkeit der allgemeinen Haushaltung<sup>162)</sup>.“

Die große Bedeutung, die dem auswärtigen Handel beigemessen wird, ist auch einer der wichtigsten Gründe, den Handel im allgemeinen in den Städten zu lokalisieren und ihn auf dem platten Lande zu verbieten. Nur von den Städten kann der Handel, besonders der auswärtige, mit Vorteil für das Individuum wie für das Allgemeine getrieben werden. Hierbei wird die Frage aufgeworfen, ob man vielleicht jeder Stadt einen gewissen Distrikt zuschlagen und dessen Einwohner verpflichten soll, ihre Naturprodukte an keinem anderen Ort zu verkaufen, wenn sie dieselben nicht vorher in ihrer Distriktsstadt feilgehalten haben. Dieses System, das von Berch's deutschen Zeitgenossen und Kollegen *jus stapulae* genannt wurde, hätte einerseits einen Rückfall in stadtwirtschaftliche Bahnen bedeutet, andererseits war es nur ein konsequenter Ausbau des Merkantilismus und demgemäß von vielen Skribenten jener Zeit

---

<sup>162)</sup> Berch wie oben S. 318.

empfohlen<sup>163)</sup>). Für schwedische Verhältnisse ging es aber ein bißchen zu weit. Berch meint auch, daß ein solcher Zwang allzu groß und unerträglich für den Landmann wäre und manchmal zu einer künstlichen Herabdrückung der Preise seiner Waren führen würde, worunter auf die Dauer nur die Gesamtheit leiden würde. Das System setzte übrigens auch voraus, daß die betreffende Stadt auch ihren Bedarf an Lebensmitteln und Rohstoffen nur aus ihrem eigenen Distrikt holen dürfte, und dieses könnte auch — bei durchgeführter Organisation der Landleute, Mißernte usw. — zu einer gefährlichen Teuerung für die Stadt, ihre Gewerbetreibenden und Kaufleute führen<sup>164)</sup>).

Wie genügende Vorkenntnisse und berufsgemäße Ausbildung bei der Behandlung der Landwirtschaft, des Bergwerkswesens und des Handwerks als notwendige Vorbedingungen angegeben wurden, so geschieht es auch hier in der Abteilung, die dem Handel gewidmet ist. Der größte Wert wird natürlich dabei auf die Vor- und Ausbildung der Leute, welche im auswärtigen Handel beschäftigt sind und ihn lenken, gelegt. „Da die Kaufleute, welche auswärtig handeln, das baare Vermögen des ganzen Landes verwalten, so müssen sie von keinem mittelmäßigen, sondern recht durchbringendem Verstande seyn“ heißt es<sup>165)</sup>).

Es sind keine Kleinigkeiten, die Berch den Kaufleuten anvertrauen will. Nicht nur das bare Vermögen des Landes sollen sie verwalten, nicht nur die in- und ausländischen Geschäfte in beschränkter Meinung sollen sie besorgen. Man soll ihnen auch Einfluß und wenigstens beratende Stimme in wichtigen politischen Angelegenheiten geben. Der Kaufmannsstand, das betont Berch wiederholt, muß in Ehren und Ansehen gehalten werden, und der Staat muß sich in weitem Maßstabe seiner Klugheit, Tüchtigkeit und reichen Erfahrung bedienen. Vor allem tut man gut, nach den Stimmen der erfahrenen Kaufleute zu horchen, wenn es sich um Bündnisse und Verträge mit dem Auslande handelt, und überhaupt können die Kaufleute, die vorübergehend oder längere Zeit auf Grund ihrer Geschäfte sich im Auslande aufhalten, als eine Art

---

<sup>163)</sup> <sup>164)</sup> Berch wie oben S. 319.

<sup>165)</sup> Berch wie oben S. 338.



Handelsattachés oder unoffizielle, dafür aber um so wertvollere, diplomatische und konsuläre Agenten gebraucht werden<sup>166</sup>).

Man sieht, diese Ansichten ähneln auffallend gewissen Gutachten, die von in verschiedenen Ländern eingesetzten Kommissionen über die Reformierung der diplomatischen und konsularen Vertretung oder des Auslandsdienstes seinerzeit abgegeben worden sind, und in der That besteht ja auch teilweise dieses System seit langem, nicht am wenigsten bei gewissen Ententemächten, die es in dem unerbittlichen Vernichtungskampf gegen Deutschland im weitesten Maße auszunützen gewußt haben. Heutzutage wird wohl übrigens kein internationaler Handelsvertrag abgeschlossen, ohne daß die betreffenden Regierungen außer den gesetzgebenden Versammlungen auch die repräsentativen kaufmännischen und industriellen Organisationen hören.

Die Ausführungen des Verfassers in diesem Punkt sind übrigens so charakteristisch und treffend, daß sie hier in extenso wieder gegeben werden mögen: „Die Geschichte des Handels enthält von den großen Würfungen reicher und kluger Kaufleute in den Reichen und Ländern viele Beispiele: und solchen Ländern ist in der Wahl der Mittel zum Flor des Kaufmannsstandes nachzuahmen. Unter diesen sind von keinen geringen Folgen, daß man diesen Stand in Ehren und Ansehen erhält, und ihn an den Berathschlagungen von Wichtigkeit, und welche Bündnisse mit andern Mächten betreffen, Teil nehmen läßt u. s. w. Das ist nöthig, theils weil es den Menschen natürlich ist, nach Ehre zu streben, wenigstens Verachtung zu vermeiden, und man beugt dadurch dem Uebel vor, daß bemittelte Kaufmannshäuser, welche durch lange Zeiten reich, und das Land wohlhabend gemacht haben, sich und ihre Kinder nicht von dem Handel zu andern glänzenden Bedienungen begeben, wodurch der Lauf des Handels gestöhret wird, und die gesammelten Mittel zu anderm Gebrauche auseinander kommen; theils auch deswegen, weil die Kaufleute, da sie durch den Handel täglich mit auswärtigen Orten verkehren, Gelegenheit haben, auch von den kleinsten, den Handel betreffenden Verfassungen unterrichtet zu werden, welche man auswärtig macht, und welche, ohnerachtet sie von den schlimmsten Fortgang wären, wenn sie Fortgang erhielten, dennoch

---

<sup>166)</sup> Vorch wie oben S. 338—339.

der Regierung des Landes und dem öffentlichen Gesandten an auswärtigen Orten nicht eher, als bis sie zu Stande gebracht worden, bekannt werden dürften: da denn Aenderungen darinne schwer zu erhalten, oder auch zu spät vorgenommen werden<sup>167)</sup>).

Um die für das Land so wichtige Handelsbilanz günstig zu gestalten, muß man sie vor allem kennen. Man muß feststellen, ob der auswärtige Handel sich, wie sich der Verfasser ausdrückt, „im Gleichgewicht, Untergewicht oder Übergewicht“ befindet. Dazu ist nun wieder eine ausführliche und einigermaßen zuverlässige Export- und Importstatistik notwendig, die näher begründet und beschrieben wird<sup>168)</sup>. Zwar können solche Untersuchungen nicht „ganz vollkommen“ ausfallen, weil Vermutungen und andere unbekanntes Größen allzu sehr mitspielen, aber ihren großen Nutzen haben sie doch, und einen ungefähren Begriff von dem Zustande des Auslandshandels und der Handelsbilanz können sie doch, richtig ausgeführt, geben. In der That wird diese Handelsstatistik nur als ein Teil der allgemeinen ökonomischen Landesuntersuchung und Wirtschaftsbeschreibung, die wiederholt erwähnt worden ist, aufgefacht.

Erstens muß man also die Quantität und die Qualität der ausgehenden und einkommenden Waren wissen. Hierbei gibt die Kontrolle über die Einfuhr der Landesregierung unberufen Veranlassung, zu untersuchen, inwieweit die importierten Waren ebenso gut im eigenen Lande hergestellt oder ob sie vielleicht ohne irgendeinen Schaden entbehrt werden könnten usw. Weiter soll die Handelsstatistik auch den genauen Ursprungsort jeder Ware, den Wert der Einfuhr und Ausfuhr nebst Begleitumständen — ob sie auf einheimischen oder fremden Schiffen, für einheimische oder ausländische Rechnung eingeführt und ausgeführt werden usw. — feststellen, um es der Regierung zu ermöglichen, geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Handelsbilanz, d. h. zur Hebung des Exports, des auswärtigen Handels, der Frachtfahrt zu ergreifen<sup>169)</sup>.

Im Einklang mit den herrschenden merkantilistischen Ansichten war auch Berch ein eifriger Anhänger eines weit ausgebauten und

<sup>167)</sup> Berch wie oben S. 338—339.

<sup>168)</sup> Berch wie oben S. 349—353.

<sup>169)</sup> Berch wie oben S. 349—353.



genau abgewogenen Zollsystems. Vor allem mußte das Land sich gegen fremde Konkurrenz durch hohe, manchmal sogar rein prohibitive Zollmauern schützen, so daß man diese Zölle mit Einfuhrverboten identifizieren muß. In der Regel sollten ja Fertigfabrikate und veredelte Waren, die entweder entbehrlich waren oder ebenfogut im eigenen Lande hergestellt werden konnten, überhaupt nicht zur Einfuhr gelangen, und sie wurden daher von den schwersten Zöllen und Verboten getroffen, allerdings in vielen Fällen ohne den gewünschten Erfolg.

Auch Ausfuhrzölle wurden empfohlen in gewissen Fällen, nämlich, wenn es sich um wichtige Rohstoffe oder Produkte, die mehr oder weniger monopolistischer Art waren, handelte. In concreto dachte Berch hierbei wohl zunächst an das schwedische Eisen, das ja bis ins 19. Jahrhundert den europäischen Markt beherrschte<sup>170)</sup>.

Dagegen sollte die Ausfuhr veredelter Waren nach Möglichkeit gefördert und erleichtert werden. Wenn auch ausländische fertige Fabrikate prinzipiell Einfuhrzöllen unterworfen werden sollten, so wird doch ein wichtiges Zugeständnis gemacht: Wenn die Produkte für das Land nützlich sind und noch nicht daheim hergestellt werden können, so sollen ihrer Einfuhr keine Hindernisse im Wege stehen, dagegen soll man ihre Fabrication und Beschaffenheit genau studieren, um, wenn möglich, eine ähnliche Manufaktur zu Hause zu errichten. Auch muß man, bevor man die Ausfuhr einer Rohware verbietet, genau untersuchen, ob wirklich eine entsprechende Veredelungsindustrie im Lande möglich ist und ob sie ökonomisch und volkswirtschaftlich vorteilhafter ist als die Ausfuhr der unveredelten Rohprodukte. Im widrigen Falle ist die Rohware zur Ausfuhr freizugeben<sup>171)</sup>.

Das stimmt sowohl theoretisch als praktisch mit dem überein, was in andern typisch merkantilistischen Ländern, wie Frankreich und Brandenburg-Preußen, gelehrt und geübt wurde. In Frankreich wurde schon in der Notablenversammlung von St.-Germain im Jahre 1583 die Forderung einer gesetzlichen Verhinderung der Ausfuhr von Rohstoffen und der Erschwerung der Einfuhr fremder Fabrikate gestellt<sup>172)</sup>. Eine planmäßige Durchführung des Schutz-

---

<sup>170)</sup> Vergl. S. 60 dieser Abhandlung.

<sup>171)</sup> Berch wie oben S. 357.

<sup>172)</sup> Légiş, Französische Ausfuhrprämien, S. 23—24.

zollsystems erfuhr Frankreich aber erst unter Colbert. Und in Preußen erlebte ja der Merkantilismus auch auf diesem Gebiete seine höchste Blüte unter Friedrich Wilhelm I. und Friedrich dem Großen.

Für den Transithandel und dessen nationalökonomische Bedeutung für das Transitland hatte Berch einen offenen Blick. Er betont ausdrücklich, daß eingeführte Waren verschieden zu behandeln seien, je nachdem sie im Lande bleiben oder ausgeführt werden sollen. „... wenn aber fremde Waaren in der Absicht eingeführet werden, daß sie wieder aus dem Lande an fremde Plätze verführet werden sollen, so müssen sie gelinde behandelt und wohl von allen Abgaben frey erkannt, ja wenn auch bey der Einfuhre einige Abgaben davon wären erlebigt worden, selbige bei der Ausfuhr wieder ersetzt werden. Daß diese Art zu verfahren eine der einträglichsten sey, und daher Ermunterungen verdiene, siehet man bloß daraus, daß der Gewinn vom Verkauf und nicht die Ware im Lande bleibt; man befördert auch dadurch die Erweiterung des Handels, der Seefarth und den Vorrath an allerley Waaren im Lande, wodurch sie dem Publico für gute Preise zu Theil werden<sup>173)</sup>.“ Einen freien Transitverkehr für solche ausländischen Waren, die auch im eigenen Lande in genügender Menge hergestellt wurden, wollte Berch aber nicht zulassen. Lieber sollten die einheimische Industrie und der einheimische Handel sich des betreffenden Exportmarktes selbst bemächtigen.

Die bekannte Navigationsakte, die nach englischem Muster auch in Schweden (unter dem Namen „Produktplakat“) und anderen Ländern eingeführt wurde, fand in Berch sowohl theoretisch wie praktisch einen eifrigen Vorkämpfer. Er geht davon aus, daß alle Produkte naturgemäß an den Orten, wo sie „wachsen oder bereitet werden, für die gelindesten Preise zu haben seyn, und auch desto mehr im Preise steigen müssen, durch je mehr Hände sie gehen, und je größere Unkosten und Mühe ihre Anschaffung verursacht. Folglich muß der Handel den größten Gewinn abwerfen, wenn die ausgehenden Waaren an solchen Handelsplätzen verkauft werden, wo Waaren von eben derselben Art, die

<sup>173)</sup> Berch wie oben S. 362.



durch viele Hände gegangen, zugleich zum Verkauf sind, und wenn die einkommenden Waaren an denen Orten, wo sie noch in der ersten Hand sind, eingekauft werden: maßen man ja dadurch allen Gewinn erspart oder verdient, welcher sonst in den Zwischenplätzen geblieben wäre, und ein kleineres Quantum von der Ausfuhr nach der letzteren Hand eine größere Einfuhr verschafft, als wenn man dieselbe Menge Waaren an einen anderen Ort verführet hätte<sup>174)</sup>.“

Die Konsequenz dieser Argumentierung war, daß man durch geeignete Maßnahmen die einheimischen Kaufleute und Schiffsreeder zu einem womöglich direkten Handel mit den Produktionsorten und Absatzmärkten veranlassen wollte, während man zugleich dieses den ausländischen Konkurrenten erschwerte. Es streite wider die Natur des Handels, („der frey sein muß“<sup>175)</sup>), dieses durch direkte Befehle oder Gesetze anzuwenden. Dagegen könnte man dasselbe Resultat durch indirekte Maßnahmen erzielen: Differenzierung der Zölle und Abgaben, Verbot für Ausländer, andere als ihre eigenen Landesprodukte einzuführen, für Inländer, andere als eigene Schiffe bei der Ein- und womöglich auch bei der Ausfuhr zu benutzen usw.

Die praktische Erfahrung hatte Berch gelehrt, wie schwierig es war, alle diese Vorschriften und Maßnahmen rationell durchzuführen bzw. aufrechtzuerhalten. Er fügt daher seinen vorstehenden Ausführungen über „die Direction des Handels“ folgende Bemerkung bei: „Alle vorhergehende Verfassungen zur Direction des Handels, haben blos statt, wenn keine Störungen vorkommen: da aber die Umstände vielen Veränderungen ausgesetzt sind; so ist auch kein Zweifel, daß nicht bey allen diesen Regeln Ausnahmen vorkommen können“<sup>176)</sup>.

Die hier skizzierten Ausführungen Berchs über den auswärtigen Handel, die Zollpolitik usw. stimmten wohl mit dem auch in den übrigen größeren und kleineren Staaten Europas angenommenen „System“ überein. Der Handel war, wie gesagt, der Augenstern des Merkantilismus und des ganzen Zeitabschnitts, und Legion waren die Regierungsmaßnahmen verschiedenster Art und verschiedener Länder, um den Handel zu ermuntern und

---

<sup>174)</sup> <sup>175)</sup> Berch wie oben S. 371.

<sup>176)</sup> Berch wie oben S. 375.

zu entwickeln. Berch befand sich somit hier in voller Übereinstimmung mit anderen merkantilistischen Vertretern, er gab nur den längst schon vorhandenen, mehr oder weniger vorherrschenden Ideen Ausdruck. Von originellen Gedanken ist bei ihm auf diesem Gebiet wenig oder nichts zu finden.

Der handelspolitische Merkantilismus war, kann man sagen, der wirtschaftliche Ausdruck des politischen Nationalismus im sechzehnten, siebzehnten und teilweise achtzehnten Jahrhundert. Die führenden Länder waren in der Handelspolitik wie auf den meisten anderen Gebieten England, Holland und Frankreich, und ihre Maßnahmen, ihr „Kurs“ gewannen allgemeine Nachahmung in den anderen europäischen Staaten. Bei all seinem Merkantilismus suchte Colbert solange wie nur möglich eine gewisse Mäßigung in den gegen das Ausland gerichteten handelspolitischen Maßnahmen aufrechtzuerhalten, und erst durch die unermüdblichen Bemühungen der französischen Industriellen ließ er sich dazu drängen, für eine Anzahl besonders englischer und holländischer Waren die Einfuhrzölle ums Doppelte und mehr zu erhöhen, ja einige fremde Waren sogar mit Einfuhrverbot zu belegen<sup>177)</sup>.

Der französische Tarif von 1667 wurde auch das Signal für schwere Zoll- und Handelskämpfe, obgleich sie ohne Zweifel im Geist der Zeit lagen. Die törichtesten Übertreibungen des nun folgenden Zeitalters gingen aber mehr von Holland und England aus. Das 1701 in Frankreich verhängte, 1742 stark verallgemeinerte Einfuhrverbot sehr vieler Manufakturen (bis 1786 dauernd) knüpft an den spanischen Erbfolgekrieg an<sup>178)</sup>.

An die zu seiner Zeit tatsächlichen existierenden Verhältnisse wie an die mehr theoretischen merkantilistischen Grundlagen anknüpfend, hebt Berch die große Bedeutung einer eigenen Tonnage zwecks Bewältigung des einträglichen auswärtigen Handels und Seeverkehrs hervor und legt großen Wert darauf, daß die Schiffe nicht nur im eigenen Lande gebaut, sondern auch gut und solide konstruiert werden sollen. Zu jenen Zeiten war Schweden noch eine nicht zu verachtende Seemacht, und Berch sieht vollkommen ein, wie notwendig eine gute und starke Kriegsmarine für die Entwicklung des auswärtigen Handels und der Handelsflotte ist. Das

<sup>177)</sup> Schmoller, Grundriß usw., II, S. 587.

<sup>178)</sup> Schmoller wie oben S. 587.



heutzutage so moderne und beliebte System, Handelsschiffe als Hilfskreuzer für die Kriegsmarine zu bauen und zu verwenden, hat er mit folgenden Worten empfohlen: „Wenn also Rauffarthtschiffe, ohne einen Fehler wider die Regeln, nach welchen dergleichen Schiffe gebauet werden müssen, zu begehen, zugleich nach den Regeln der Kriegsbaufunst eingerichtet werden können; so hat die Obrigkeit den Vorthail, in Kriegszeiten die Seeslotte zu verstärken<sup>179)</sup>.“

Diese Kriegsflotte soll auch in anderer Weise gestärkt werden. So soll man durch allerlei geeignete Maßnahmen darauf hinarbeiten, eine genügende Anzahl „eingebohrene und erfahrene Seeleute zu verschaffen und zu erhalten, um den Handel ausführen zu können, die Kriegsflotte zu unterstützen, und das Geld, welches sonst für fremdes Seevolk ausgehen würde, im Lande zu erhalten. Erlaubt man einem Theil der Seemiliz des Landes, in Friedenszeiten auf Rauffahrten-Fahrzeugen zu fahren, so trägt dieses zu ihrer beständigen Uebung vieles bey“<sup>180)</sup>.

Bei den heutigen verworrenen Verhältnissen im tobenden Weltkriege sind Berchs Regeln und Vorschriften für die neutralen Staaten betreffs des Seekrieges nicht ohne ein gewisses Interesse. „Bei einem Kriege zwischen andern Mächten aber bedürfen die neutralen Schiffe keine Bedeckung: maßen das Völkerrecht aller Schutz ist. Besonders gilt dieses, wenn sie allen Antheil an Feindeseligkeiten dadurch vermeiden, daß sie keiner der kriegenden Mächte solche Waaren zuführen, welche zur Unterstützung des Krieges dienen, und deshalb von den Kriegführenden für Conterbande und Verbothen erklärt werden<sup>181)</sup>.“

Wenn Berch heute gelebt hätte, hätte er mit Staunen sehen müssen, daß diese, schon vor mehr als 150 Jahren als allgemein anerkannt völkerrechtliches Gemeingut geltenden oder empfohlenen Regeln der Seekriegführung im 20. Jahrhundert mit Füßen getreten werden, und zwar von Ländern, die es als ihre heiligste Überlieferung betrachten oder betrachten wollen, für die Freiheit

<sup>179)</sup> Berch wie oben S. 374.

<sup>180)</sup> Berch wie oben S. 375.

<sup>181)</sup> Berch wie oben S. 376—377.

der Meere oder für die Menschenrechte und den Frieden zu kämpfen. Schweden und die anderen skandinavischen Staaten können mehr als ein schönes Lied singen über die konsequent durchgeführten und seit Beginn des Krieges immer unerträglich gewordenen Übergriffe gegen vollkommen konterbandefreie neutrale Schiffe, die, mit neutralen Waren beladen, unterwegs zwischen neutralen Häfen sind. Von dem völkerrechtlichen Schutz, den der gute Berch erwähnt, sieht man hier nichts, sondern gerade das Gegenteil.

Gleichzeitig fordert ein Land, dessen früherer Präsident vor wenigen Jahren mit dem bekannten Nobel-Friedenspreis gekrönt worden ist, und dessen jetziger Staatschef immer Frieden und internationale Verständigung, Humanität und Menschenrechte im Munde führt, jeden unbefangenen, wirklich neutralen Menschen heraus, durch seine enormen und einseitigen Kriegslieferungen, die nur dazu dienen, einen verheerenden Krieg in die Länge zu ziehen. Daß eine solche Handlungsweise weder moralisch noch juristisch mit der Form und dem Inhalt einer wahren Neutralität zu vereinbaren ist, liegt auf der Hand und wird übrigens durch die obengenannten Ausführungen des schwedischen Gelehrten, der ja auch Professor der Rechte war, weiter bestätigt.

Berch erwähnt auch den im 17. und 18. Jahrhundert ziemlich häufigen Gebrauch, die Handelsschiffe in unruhigen Zeiten im Konvoi unter dem Schutz von Kriegsschiffen fahren zu lassen. Er ist der Ansicht, daß dieser Konvoi bei einem „ordentlichen“, d. h. völkerrechtlich geführten, Kriege gar nicht nötig ist, da die neutralen Staaten wohl die Gelegenheit dazu benutzen sollen, einen einträglichen Handel zu treiben und ihre Handelsbeziehungen zu erweitern, niemals aber mit Konterbande oder sonst verdächtigen Waren zu handeln. Dagegen gibt er zu, daß Seeräubereien und Kapereien ebenso wie der fast beständige status belli, in welchem leider gewisse Länder miteinander leben, den Konvoi durch Kriegsschiffe notwendig machen können<sup>182)</sup>.

Größere Resultate erwartet er aber nicht von diesen Maßnahmen, die naturgemäß viele Nachteile im Schlepptau haben. Demgemäß wird auch resümiert: „Aus Vergleichung dieser Umstände erhellt, daß Friede und Bündnisse mehr zur Freyheit des

<sup>182)</sup> Berch wie oben S. 376—377.



Handels beitragen, als die Unterhaltung der Convoyen, welche jedoch im entstehenden Falle unentbehrlich sind<sup>183)</sup>."

Nicht nur im 18. Jahrhundert, sondern auch während des jetzigen Weltkrieges hat man in Schweden das Konvoisystem anwenden wollen, um den friedlichen legitimen Handel zu schützen. Leider ist das Resultat diesmal kläglich, während dagegen die vereinigten nordischen Flotten vor 120 Jahren sogar dem stolzen Albion Achtung einzuflößen vermochten.

Obgleich der inländische Handel nach Berch in nationalwirtschaftlicher Bedeutung mit dem ausländischen gar nicht zu vergleichen ist, so ist es doch von Bedeutung, daß „er gut eingerichtet“ ist. „Obgleich der inländische Handel im bürgerlichen, gesellschaftlichen Leben nicht anders als ein Geldverkehr oder Umlauf wirkt, gleichwohl aber nicht nur zu der täglichen Bedürfnisse behülflich ist; sondern auch, mittelst desselben, die natürlichen und veredelten Waaren des Landes, welche zum Vershippen zusammengebracht werden, und wodurch der auswärtige Handel unterstützt wird, auch in den auswärtigen Handel in so ferne einen Einfluß hat, daß die fremden Waren, wenn sie ins Verkehr kommen, dem inländischen Handel einverleibet werden; so ist die gute Einrichtung des inländischen keine Sache von geringem Werte<sup>184)</sup>."

Zu dieser „guten Einrichtung“ zählt Berch eine genaue Regelung des inländischen Handels betreffs der zum Handel zuzulassenden Personen, Orte, Waren usw. Rein prinzipiell soll der Handel den Stadteinwohnern und zwar dem besonderen Handelsberuf vorbehalten bleiben. Die Bauern und Landeinsohner sollen zur Veräußerung ihrer Waren sich nach der Stadt begeben, wodurch sowohl sie selbst als die Abnehmer auf die Dauer am besten auf ihre Kosten kommen. Nur in Ausnahmefällen — zum Beispiel wenn die Städte zu entfernt liegen oder dergleichen — sollen sogenannte Landkäufe erlaubt sein. Auf der andern Seite soll es auch nicht den Stadteinwohnern und Händlern erlaubt sein, auf dem platten Lande herumzuziehen und große Warenmengen aufzukaufen, wodurch nur Monopole und Zwischengewinne zum Schaden sowohl für Produzenten als für Konsumenten entstehen würden.

<sup>183)</sup> Berch wie oben S. 379.

<sup>184)</sup> Berch wie oben S. 412—413.

Dagegen soll der Handel in den Städten auf jede Art und Weise ermuntert und erleichtert werden. Alles soll getan werden, um Produzenten, Kaufleute und Konsumenten zusammenzubringen. Hierzu sollen nicht nur besondere Marktplätze, Wochen-, Monats- und Jahrmärkte eingerichtet werden, sondern man soll auch zur größeren Bequemlichkeit der Verkäufer und Käufer die verschiedenen Warensorten in verschiedenen Stadtteilen und Vierteln lokalisieren, also in der Wirkung eine Art Arbeitsteilung und Spezialisierung im ganz modernen Sinn, obgleich mit Zwang hergestellt. Am Wucher mit Lebensmitteln und andern notwendigen Waren durch Aufkäufer zu verhindern, soll der Kauf und Verkauf dieser Waren auf gewisse Zeiten und Stunden des Tages festgesetzt werden, was auch für die meisten Konsumenten und viele Produzenten am bequemsten ist<sup>185)</sup>.

Dies ist alles reiner und unverfälschter Merkantilismus, dessen theoretische Begründung und praktische Durchführung in Schweden wie in den meisten zivilisierten Staaten zu Berchs Zeiten schon längst eine vollendete Tatsache war.

## V.

### **Handelsbilanz und Wechselkurs. Geld und Kredit.**

Die große, ja vollkommen dominierende Bedeutung des auswärtigen Handels für den Nationalgewinn und Nationalverlust wird von Berch wie von andern Merkantilisten wiederholt hervorgehoben, und als Folgerung wird die schon erwähnte günstige Handelsbilanz als das wichtigste Mittel zum Ziele (Gelderwerb) hingestellt. Es heißt wörtlich: „Da aller Nationalgewinn und Verlust vom auswärtigen Handel kommt; so kann es nicht anders seyn, als daß das Uebergewicht im Handel mehr Geld ins Land zieht, das Untergewicht desselben aber das eigene Geld den Fremden nach und nach in die Hände bringet<sup>186)</sup>.“

Die Lehre von der Handelsbilanz war ja ein Eckstein im merkantilistischen System, und auf kaum einem anderen Gebiet fanden die diesbezüglichen Ausführungen so aufmerksame Ohren bei den Regierenden wie hier. Die ganze merkantilistisch-natio-

<sup>185)</sup> Berch wie oben S. 414—416.

<sup>186)</sup> Berch wie oben S. 405.



nalistische auswärtige Handels- und Kolonialpolitik der führenden europäischen Staaten war ja nichts anderes als ein — manchmal erfolgreiches — Streben, durch eine aktive Handelsbilanz und die Ausschließung der Fremden vom eignen Markt den eignen Wohlstand und den nationalen Reichtum zu fördern.

Auch in Schweden begegnen wir denselben typischen Erscheinungen: die Handelsbilanz wird von Anfang an der Gegenstand einer besonderen Fürsorge der Regierung und des Reichstags, und während der ganzen Freiheitszeit hat wohl keine Frage den Regierenden mehr Kummer bereitet als die, wie man eine aktive Handelsbilanz schaffen bzw. erhalten solle.

Der Reichstag 1723 befahl dem Kommerz-Kollegium, jährlich eine Tabelle über die Ausfuhr und Einfuhr des Reichs aufzustellen, so daß man sich eine einigermaßen richtige Vorstellung über die Handelsbilanz machen konnte. Bei dem Reichstage 1726 lieferte das Kollegium seine erste Handelsbilanzrechnung, und zwar für das Jahr 1724. Sie zeigte einen kleinen Überschuß des Exports, da man aber zugleich die ungesetzliche und unkontrollierte Einfuhr sehr hoch veranschlagte, so kam das Kommerz-Kollegium zu dem traurigen Ergebnis, daß die Handelsbilanz mit einem Verlust von etwa 4 Millionen Kronen (abgesehen vom Fall des Geldwerts) abschloß. Das machte einen niederschmetternden Eindruck auf die Reichsstände, welche fanden, „daß die innere Haushaltung und die Kommerzien des Reichs nie ihrem Untergang so nahe gewesen seien und daß das letzte Unglück und die äußerste Armut vor der Thür stand“<sup>187)</sup>.

Man wurde durch diese Erkenntnis — mag sie nun richtig oder übertrieben sein — kräftig angespornt, weiter auf dem Wege der merkantilistischen Gesetzgebung fortzuschreiten, und das vorher erwähnte Produktplakat wurde beispielsweise, wenn nicht geschaffen, so doch beschleunigt durch die obengenannte Denkschrift des Kommerz-Kollegiums. Seine Bilanzübersichten spielten auch weiter eine wichtige Rolle bei den Reichstagsverhandlungen über die auswärtige Handelspolitik, und wenn auch die Handelsbilanz tatsächlich sich von Jahr zu Jahr verbesserte — abgesehen von zufälligen Rückschlägen —, so blieb sie doch immer das Schmerzens- und Pflegekind der Regierenden.

<sup>187)</sup> Hildebrand, III, S. 78.

Wie übertrieben die Ansichten Berchs und seiner Zeitgenossen auf diesem Gebiet auch waren, so steckt doch ein richtiger Kern darin. Die physiokratische und noch mehr die liberale Reaktion gegen die Handelsbilanztheorie der Merkantilisten hat weit über das Ziel geschossen und dürfte sich heute nicht mehr der allgemeinen Zustimmung erfreuen, die sie noch vor einigen Jahrzehnten genoß. Die Bedeutung der aktiven Handelsbilanz für die wirtschaftliche Entwicklung und Erstarkung einer Nation und für deren allgemeinen Wohlstand ist wohl nunmehr ziemlich unbestritten, wenn man auch bei der Beurteilung dieser Verhältnisse noch andere Faktoren in Erwägung zu ziehen hat und vor allem neben den ausländischen Zinseinnahmen und Frachtverdiensten eines mit scheinbar passiver Handelsbilanz operierenden Landes — auch Berch erwähnt übrigens diese Zinseinnahmen — auch die Verwendung der importierten Güter zu produktivem oder improduktivem Zwecke berücksichtigen muß.

Anstatt von der Handelsbilanz spricht man heute von der Zahlungsbilanz als dem entscheidenden Faktor, der sich aus der Summe finanzieller und wirtschaftlicher Beziehungen zwischen dem betreffenden Lande und dem Auslande ergibt. Wie wir sahen, war auch Berch nicht weit von dieser Erkenntnis, und im großen und ganzen muß man ihm und den Merkantilisten recht geben, wenn uns auch ihr Zweck mit der aktiven Bilanz, die Ansammlung großer Barvorräte an Edelmetallen und Geld, verkehrt erscheint.

In diesem Zusammenhang möchte ich auf eine Tatsache aufmerksam machen, die, soweit ich weiß, nirgends die gebührende Beachtung gefunden hat. Wenn man die Gesamtausfuhr der Welt mit ihrer Gesamteinfuhr vergleicht, sollten doch die Ziffern sich ungefähr decken, denn alles, was ausgeführt wird, wird ja wieder eingeführt (obgleich in ein anderes Land), und umgekehrt, was in ein Land eingeführt wird, muß doch aus irgendeinem Lande ausgeführt sein. Eine Untersuchung der statistischen Ziffern zeigt aber einen ziemlich großen Unterschied zwischen der Welteinfuhr und der Weltausfuhr, und zwar ist die gesamte Einfuhr der (wichtigeren) Länder der Erde etwa 10 Prozent größer als die entsprechende Ausfuhr. Im Jahre 1912/13 betrug nämlich die Gesamteinfuhr der wichtigeren Länder nicht



weniger als 92,821 Milliarden Mark gegen eine Ausfuhr von nur 84,136 Milliarden Mark<sup>188)</sup>).

Wie erklärt sich das?

Meines Erachtens aus verschiedenen Umständen und Tatsachen. Erstens muß man bedenken, daß in den meisten Ländern die Einfuhrstatistik und -kontrolle eine viel strengere und genauere ist als die Statistik und Kontrolle über die Ausfuhr. Exportwaren unterliegen nur selten Zöllen oder besonderen Abgaben, was aber in den meisten Ländern mit den Importgütern der Fall sein dürfte. Jedenfalls muß die Zollbehörde darüber wachen, daß nichts Zollpflichtiges ins Land hineinkommt, ohne die bestimmten Abgaben bezahlt zu haben. Und zu diesem Zwecke müssen alle Importwaren untersucht bzw. registriert werden. Dagegen besteht in den meisten Ländern kein solcher Zwang für die Ausfuhrwaren, und auch, wenn es vorgeschrieben ist, daß alle Exportgüter ihrer Menge und ihrem Wert nach der Behörde angegeben werden sollen, so hat man hier nicht den umfangreichen Apparat des Zollwesens mit seinen vielen Beamten, um diese Angaben an Hand der Waren nachzuprüfen.

Weiter müssen ja dieselben Waren, auch wenn sie sowohl im Export- als im Importlande statistisch registriert worden sind, mit verschiedenen Ziffern in den beiden Registern erscheinen. Denn sie haben eben nicht denselben Tauschwert im Export- und im Importhafen. Wenigstens müssen sich die Preise um einen den Fracht-, Expeditions- und Versicherungskosten entsprechenden Betrag unterscheiden, und somit ergibt sich auch eine Erhöhung des Importwertes gegenüber dem Exportwert.

Die Bedeutung einer lohnenden Frachtfahrt für die Handelsbilanz war weder Berch noch seinen Zeitgenossen verborgen, und im schwedischen Reichstage wurde diese Frage mehrfach erörtert. Wir sahen, daß die schwedische Handelsmarine sich während der Freiheitszeit kräftig entwickelte, und der jährliche Gewinn, der den schwedischen Reedereien aus der ausländischen Frachtfahrt zugute kam, bezifferte sich auf Millionen, was natürlich das scheinbare „Untergewicht“ im Handel erheblich verringerte bzw. wettmachte.

---

<sup>188)</sup> Statistisches Jahrbuch für das Deutsche Reich, Berlin 1915, 36. Jahrgang, Anhang (Internationale Übersichten), S. 61—63.

Berch betont, daß der internationale Wechselkurs mit der Handelsbilanz aufs engste verbunden ist, und keiner will wohl heute bestreiten, daß er dabei im großen und ganzen recht hatte. Die Frage des Wechselkurses und sein Zusammenhang mit der Handels- und Zahlungsbilanz ist übrigens neuerdings auf Grund des Weltkriegs der Gegenstand lebhafter, zum Teil sogar sehr leidenschaftlicher Erörterungen in verschiedenen Ländern geworden, ohne daß man dabei zu einem allgemein anerkannten Ergebnis gekommen ist.

Obgleich Deutschland sonst von allen Kriegsführenden vielleicht die gesündesten Finanzen hat — jedenfalls nach England —, so steht heute die Mark erheblich tiefer als das englische Pfund und gar als der französische Frank. Teilweise erklärt sich dieser Umstand aus der Tatsache, daß Deutschland vom auswärtigen Handel fast vollkommen abgeschnitten ist und daß gegenüber dem gewaltig gesunkenen Export ein gewiß auch gesunkener, aber doch erheblich größerer Import steht. Es müssen aber auch andere Gründe hinzukommen, um das Mysterium des Wechselkurses zu erklären, und ich kann nicht umhin, auf die politischen und anderen außerwirtschaftlichen Ursachen hinzuweisen, die gewiß auch einen unheilvollen Einfluß ausüben. Ich meine hier vor allem die erbitterte Hege, den geschickten, nie ruhenden Lügenfeldzug, den die Ententemächte überall in der Welt gegen Deutschland und seine Bundesgenossen angezettelt und organisiert haben, und der unzweifelhaft vorläufig zu einer Verkennung der Macht und Siegesaussichten der Zentralmächte geführt hat. Hierdurch wiederum ist das Vertrauen, das ein sehr wichtiger Faktor für den Wechselkurs ist, zu Deutschlands finanziellen und wirtschaftlichen Kräften erschüttert worden, und somit ist ein künstlicher Niedergang des Marktkurses an den ausländischen Devisenmärkten eingetreten, der aus den tatsächlichen Verhältnissen nicht zu rechtfertigen ist.

Man hat in der deutschen Presse nicht ohne Recht diesen Vorgang „den Feldzug gegen die Mark“ genannt. Wie der große Feldzug der Ententemächte auf den verschiedenen Kriegsschauplätzen wird er sicher auch mit einer Katastrophe für die Angreifer enden, und die Mark wird wieder zu ihrer alten Stellung gelangen. Übrigens leiden ja beispielsweise England, Frankreich und Italien ver-



hältnismäßig viel mehr unter der Inflation ihrer Valuta als Deutschland unter dem Niedergang des Markfkurses. Denn die genannten drei Länder sind nicht wie Deutschland mehr oder weniger scharf blockiert, sie haben noch immer einen gewaltigen Import, den sie teilweise benötigen, um ihre Truppen auszurüsten und bewaffnen zu können und den sie mit ausländischem, neutralem und sehr teurem Gelde bezahlen müssen. Deutschland dagegen ist es gelungen, fast alles, was es benötigt, und besonders den Kriegsbedarf, aus der eigenen Produktion zu decken, und die Kursverluste spielen somit hier keine so große Rolle, wenn sie auch lästig und unangenehm sind in einer Zeit, wo die wirtschaftlichen und finanziellen Kräfte des Reichs aufs äußerste angespannt sind.

Inwiefern die Inflation der Valuta der kriegführenden Staaten auf ihre Leih- und Notenpolitik zurückzuführen ist, soll hier nicht untersucht werden. Ich begnüge mich darauf hinzuweisen, daß die meisten kriegführenden Staaten seit dem Kriegsausbruch eine tatsächliche Papierwährung eingeführt haben, wenn auch die Goldwährung nominell besteht. Hiermit hängt auch die ungeheure Vermehrung der Zahlungsmittel zusammen, die man überall spüren kann und die wohl nicht ohne alle Schuld an der gegenwärtigen Teuerung ist<sup>189)</sup>.

An künstliche Mittel, den Wechselkurs auszugleichen, glaubt Berch nicht. Ebenso wie man bei der dauernden Heilung einer Krankheit der Sache auf den Grund gehen und die Ursachen der Krankheit zuerst untersuchen und feststellen muß, um nachher den richtigen Weg einschlagen zu können, so muß man auch bei der Beseitigung eines ungünstigen Wechselkurses die Wurzeln des Übels anfassen, das heißt, den schlechten Zustand des Handels verbessern: „Da die eigentliche Ursache der Höhe des Wechselkurses im Ungergewichte des Handels beruht; so kann zwar das Verboth der Einfuhre minder nötiger Waaren das Ungergewichte vermindern, und in der Folge den Wechselkurs fällen; für die gegenwärtige Zeit aber kann es nicht geschehen, bis die Schuld wirklich gezahlt ist. Ohnerachtet der Kurs durch Kunstgriffe herunter gebracht werden kann, besonders durch Negotiierung einer ansehnlichen Summe Geldes durch Wechsel, innerhalb welcher Frist die Wechselgeber und -Nehmer in ein gehörig Verhältnis

---

<sup>189)</sup> Vergl. S. 94 dieser Abhandlung.

kommen können, und der Wert der Münzsorten von beyden Seiten erträglich werden muß; so geschiehet dieses doch nur zum Scheine, und die ausgesandten und eingezogenen Gelder müssen doch einmal bezahlt werden; folglich muß der Kurs wieder in seinen ersten Zustand kommen, wo nicht innerhalb dieser Zeit dem Untergewichte des Handels abgeholfen wird. Aber den Wechselkurs durch Zwangsmittel herunterzusetzen und die in- und ausländische Münze in beständigem Gleichgewicht erhalten zu wollen, ohne auf den Zustand des Handels Bedacht zu nehmen, ist schlechterdings unmöglich . . .<sup>190)</sup>."

Heute bedarf es keiner weiteren Ausführung, um Berchs Argumentation zu unterstützen. Zu seiner Zeit war man sich aber nicht so allgemein klar über die zarte Art des Wechselkurses und seine Schwankungen, die keine Zwangsmaßnahmen dulden, und es gab auch Projektmacher, die — natürlich vergeblich — auf künstlichem Wege das Gleichgewicht wieder herstellen wollten<sup>191)</sup>.

Bei Besprechung der bedauerlichen Begleiterscheinungen einer schlechten Handelsbilanz betont Berch nochmals, daß „Gold und Silber das baare Vermögen ausmachen“. Wenn also der Handel „in Unordnung und Untergewicht ist, so wird das Land seines baaren Vermögens beraubt, wenn Gold und Silber vermünzt wird; bey dem Ubergewichte des Handels aber vermehret es sich in dem Verhältnisse“<sup>192)</sup>.

Hier scheint der Verfasser mit den etwas unklar ausgedrückten Sätzen nicht nur die Abwanderung des Geldes durch eine passive

<sup>190)</sup> Berch wie oben S. 411.

<sup>191)</sup> Berch wie oben S. 401.

<sup>192)</sup> Es bleibt abzuwarten, welche Maßnahmen die deutsche Regierung auf Grund der Bundesratsverordnung vom 20. Januar 1916 ergreift, um die „deutsche Währung zu schützen“. Persönlich glaube ich nicht an die Möglichkeit, den Wechselkurs durch einen Zwangskurs der Mark zu verbessern. Welche Kurse man auch in Berlin gewaltsam festsetzen wird, so wird sich der internationale Devisenmarkt im großen und ganzen nicht davon, sondern von ganz anderen Faktoren beeinflussen lassen. Dagegen können die Regierungsmaßnahmen natürlich zur Einschränkung einer dem deutschen Markkurs schädlichen und rücksichtslosen Spekulation beitragen und indirekt durch die Förderung der Ausfuhr und die Beschränkung der Einfuhr sowie die Hindernisse gegen Ankauf von fremden Valuten einen den Markkurs günstigen Einfluß ausüben und bilden somit eine angemessene Gegenmaßregel gegen den wirtschaftlichen Feldzug der Feinde. Vergl. auch S. 94 dieser Abhandlung.



Handelsbilanz, sondern auch die automatische Anpassung der Geldmenge nach dem Handelsumsatze andeuten zu wollen. Ein Überfluß an Bargeld ist seiner Meinung nach fast ebenso schädlich wie ein Mangel und bringt nicht den tatsächlichen Nationalreichtum zum Ausdruck, wie es viele merkantilistische Vorgänger und Zeitgenossen Berchs meinten<sup>103</sup>).

Die Folgen eines Überflusses an Bargeld würden sich bald in der Form eines unangenehmen, schädlichen Steigens der Warenpreise fühlbar machen, während umgekehrt Geldnot zu einem ebenso schädlichen Preisfall der Waren führen würde. Im ersteren Falle würde besonders der auswärtige Handel schwer leiden und allmählich zugrunde gehen: „maßen nicht nur der Preis der rohen Materialien, sondern auch die Zubereitungen, Arbeitslohn, Tagelohn usw. im Vergleich mit andern auswärtigen Orten, welche keinen solchen Ueberschuß an Gelde haben, ansehnlich steigen würde, welcher vermehrte Preis die Waaren an fremden Handelsplätzen unverkaufbar machen muß. Solchergestalt ist eine größere Menge Geld, als die Nahrungsmittel und der Verkehr erfordern, ein Reichthum, der mehr in der Einbildung besteht, als daß er es wirklich wäre<sup>104</sup>).“

Hier begegnen wir in der Tat der sogenannten Quantitätstheorie, wie sie von David Hume ungefähr gleichzeitig mit Berch „Einleitung“ in seinen „Political discourses, London 1752“ veröffentlicht wurde. Auch vor Berch und Hume ist eine ähnliche Auffassung von verschiedenen Verfassern vertreten worden, wenn sie auch vom orthodox-merkantilistischen Standpunkte heraus sich kaum mit der sonstigen Überschätzung des Geldes vergleichen ließ. Obgleich die Quantitätstheorie später durch Ricardo, Stuart Mill und andere ausgebaut und abgeändert und im 19. Jahrhundert unter dem Namen Currency-Theorie modifiziert wurde, so bleibt doch ihr Hauptgrundsatz, daß die Geldmenge eines Landes

<sup>103</sup>) Hierher gehört u. a. der typischste Vertreter des wissenschaftlichen Merkantilismus in England, Thomas Mun, der in seiner bekannten Schrift „Englands treasure by foreign trade, or the balance of our foreign trade is the rule of our treasure“ (1644) sowohl die Handelsbilanztheorie als auch den Charakter des Geldes als den „wahren“ Reichtum scharf auseinandersetzte; und viele andere der älteren Merkantilisten.

<sup>104</sup>) Berch wie oben S. 402.

immer nur einen relativen Wert hat, noch heute in seiner alten Form wesentlich bestehen<sup>195)</sup>.

Um das Verhältnis zwischen dem Ist- und Sollbestand der Geldmenge eines Landes kennen zu lernen, um die richtigen Folgerungen ziehen und die angemessenen Maßnahmen treffen zu können, ist wiederum eine Untersuchung des Nationalvermögens des Landes notwendig. Diese Lieblingsidee Berchs und fast sämtlicher Merkantilisten wird bei jeder Gelegenheit wieder aufs Tapet gebracht, um aus verschiedenen Gesichtspunkten heraus beleuchtet und begründet zu werden. Auch hier wollen wir seine eigenen charakteristischen Worte für sich selbst reden lassen: „Die Untersuchung des Vermögens des Landes und des in den Nahrungsquellen stehenden Capitals, ist also ein sicherer Grund, auf welchen die allgemeine Haushaltung ihre Anstalten zur Erweiterung der Nahrungsquellen oder Aufsuchung derer Mittel, wodurch der Geldmangel auf andre Weise zu ersetzen ist, sicher bauen kann; um so mehr, da die Gefahr kleiner ist, wenn das Geld zu viel, als wenn dessen zu wenig ist. Ist man hierauf nicht aufmerksam, so ziehet dieses die Folge nach sich, daß mehr Nahrungsmittel vor die Hand genommen werden, als der allgemeine Geldvorrath verstattet; daß es, so viele neue Handthierungen aufkommen, so viele Gelegenheiten giebt, den alten ihren Nachdruck in kleinerm oder größerm Grade zu entziehen; wodurch man nichts mehr ausrichtet, als daß das Geld von einer Stelle zur andern kommt, und die Lust, neue Handthierungen zu treiben verlöschet<sup>196)</sup>.“

Der Gedanke, eine solche allgemeine und vollständige wirtschaftliche Statistik über das Reich zu errichten, begegnete bei den schwedischen Regierungsbehörden in Stockholm großem Verständnis, und gleich zu Beginn der Freiheitszeit wurde durch das Kommerz-Kollegium ein entsprechendes Rundschreiben an alle Provinzverwaltungen gesandt. Daß diese Maßnahme keine weiteren Ergebnisse zeitigte, ist wohl hauptsächlich auf die Trägheit der Provinzregierungen und ihrer Untergebenen zurückzuführen, für die Landesregierung und das Kommerz-Kollegium bleibt diese

---

<sup>195)</sup> Vergl. Philippovich, Grundriß der Politischen Ökonomie, Tübingen 1913, I, S. 64, 314—317. Conrad, Grundriß zum Studium der politischen Ökonomie, Jena, 1915, I, S. 83—84, 374.

<sup>196)</sup> Berch wie oben S. 403.



Initiative immerhin ein gutes Zeugnis in einer Zeit, wo jede solche Erforschung der wahren Zustände im allgemeinen als der Ausdruck einer unangemessenen Neugier oder eines aufrührerischen bösen Geistes betrachtet wurde. In dieser Beziehung ist das Schicksal Vaubans und Boisguilberts in Frankreich ein genügendes Beispiel<sup>197)</sup>.

Der äußere (nominelle) Wert des Geldes, der durch das Gepräge der Regierung oder der zuständigen Behörde angegeben und garantiert wird, soll sich möglichst mit dem innern (reellen) Wert, der auf Schrot und Korn beruht, decken, sich womöglich nach diesem richten. Differenzen zwischen dem nominellen und reellen Geldwert verursachen schwere Störungen, Preisfall und Fluktuationen in Geldern und Waren und sollen daher möglichst vermieden werden. Dasselbe wird der Fall, wenn die Regierung allzuoft das Schrot und Korn oder das Gepräge — das heißt den reellen oder nominellen Wert — der Münze abändert<sup>198)</sup>.

Im übrigen ist sich Berch klar über den Charakter des Geldes als vorwiegend Wertmaß und Tauschmittel („allgemeine Mensur“ und „pretium eminens“) und begründet in vollkommen modernem Sinne, warum sich eben die edlen Metalle am besten als Münze eignen<sup>199)</sup>.

Berch berührt hier eine der heikelsten Fragen des ganzen merkantilistischen Zeitabschnitts. Seit der Entstehung der Territorial- und Nationalstaaten in Europa war ja im allgemeinen die Münzhoheit allmählich in die Hände der Territorial- oder Nationalregierung, meistens mehr oder weniger absoluter Fürsten, gekommen, die nun einen recht ausgiebigen und manchmal rücksichtslosen Gebrauch davon machten. Die alte Finanzvorstellung, daß die Münze einen fiskalischen Gewinn geben solle, dauerte fort und erhielt durch die größeren Prägungen einerseits, die wachsenden Finanznöte der Fürsten andererseits noch einen Antrieb stärkster Art zur Geltendmachung. Man sah jetzt, daß man durch schlechteres Geld, dem man den Stempel des alten, bessern ließ, Tausende, ja bereits Millionen im Moment schaffen könne. Die heute noch nicht geschwundene theoretische Vorstellung, daß der fürstliche

---

<sup>197)</sup> Arnberg wie oben S. 6—7.

<sup>198)</sup> Berch wie oben S. 403—404.

<sup>199)</sup> Berch wie oben S. 399—400.

Stempel dem Edelmetall seinen Münzwert gebe, war damals viel verbreiteter, und sie wurde stets erst Lügen gestraft nach Monaten und Jahren, nicht im Augenblick. Man begreift unter diesen Umständen, wie unendlich schwierig es war, zu einem gesunden Münzwesen zu kommen und wie mit der Großmünze zunächst eher eine Zunahme als eine Abnahme der Münzwirren und Geldkrisen eintrat<sup>200</sup>).

Es war in Schweden nicht anders als in den andern europäischen Ländern, und die Reichstagsherrschaft zeigte sich auf diesem Gebiet nicht rücksichtsvoller als die absolute Fürstenmacht. Schon unter Gustav Wasa trat allmählich mit dem Wissen und Willen des Königs eine Münzverschlechterung ein, und sein Sohn Johann III. ging noch viel weiter auf diesem unheilvollen Wege<sup>201</sup>). Nach vorübergehender Besserung während des größeren Teils der Großmachtzeit brachten Karls XII. Kriege und seine verzweifelten Finanzoperationen während der letzten Regierungsjahre das ganze Geld- und Finanzsystem des schwedischen Staats in einen Zustand der unheilbarsten Zerrüttung. Bei seinem Tode gab es noch etwa 27 Millionen uneingelöste Notmünzen (Münzzeichen), und eine der ersten Maßnahmen der neuen Regierung wurde es, den drohenden Staatsbankrott abzuwenden und das Vertrauen zu der Reichsmünze wiederherzustellen<sup>202</sup>).

Das letztere geschah erst allmählich, wobei die für das Wirtschaftsleben wichtigste Maßnahme in der Abschaffung der Notmünze bestand, die zum halben Nennwert eingelöst wurde<sup>203</sup>). Die Reduzierung der ausländischen Schuld bot größere Schwierigkeiten, und man kann es Berch nicht verdenken, daß er mit den trüben Erfahrungen der Freiheitszeit vor Augen eindringlich vor ausländischer Verschuldung warnte, die nur das eigne Land durch die großen Zinszahlungen belaste und „das Untergewicht des Handels“ vermehre. Braucht man nun zu irgendeinem notwendigen Zwecke Geld, so soll man womöglich den Bedarf durch eine inländische Anleihe decken, und besonders der Staat selbst soll in dieser Hinsicht genau aufpassen und mit gutem Beispiel vorangehen<sup>204</sup>).

<sup>200</sup>) Schmoller, Grundriß, II, S. 73.

<sup>201</sup>) Hildebrand, III, S. 298, IV, S. 139, 321.

<sup>202</sup>) Hildebrand, VI, S. 348—353, VII, S. 49.

<sup>203</sup>) Hildebrand, VII, S. 49.

<sup>204</sup>) Berch wie oben S. 417—418.



Für eine vernünftige, dem allgemeinen Verkehr dienende Placierung der in Wohlfahrtseinrichtungen, frommen Stiftungen, Armen- und Krankenkassen usw. festgelegten Geldmittel, die zu jener Zeit wohl ziemlich ungewöhnlich war, tritt Berch mit folgenden Worten ein: „Wenn große Corporationen eingerichtet sind, und die Einkünfte nicht zu täglichen Ausgaben gebraucht werden; so können die stilleliegenden Capitalien durch Ausleihung in Bewegung gesetzt, und die Einkünfte solcher Anstalten dadurch vermehrt werden. Von solcher Eigenschaft sind Armenhäuser, Witwen-, Pupillen-, Kirchen- und Brandkassen, Handels- und andere Compagnien<sup>205)</sup>.“

Wenn die verfügbaren öffentlichen Einkünfte des Landes auf diese Weise ausgeglichen werden, so „vermehrt sich dadurch der Verkehr mit Gelde<sup>206)</sup>“, was ja als eine der wichtigsten Bedingungen für ein gesundes Wirtschaftsleben von den Merkantilisten wiederholt hervorgehoben wurde.

Die Vorteile eines vernünftigen, wohlorganisierten Kredits wurden von Berch ausführlich begründet und beschrieben, wobei er wohl auch nicht ohne einen Seitenblick auf die tatsächlichen Verhältnisse in dem damaligen Schweden schrieb. Diese waren während fast der ganzen Freiheitszeit in staatsfinanzieller Beziehung wenig erfreulich. Wenn man auch nicht zu dem alten, traditionellen System der Verschlechterung des Hartgeldes schritt, so ließ man sich um so größere Ausschweifungen in bezug auf Banknoten und Kreditmünzen zuschulden kommen, was wiederholt zu gewaltsamen Krisen führte<sup>207)</sup>.

Die schwedische Reichsbank, die schon Anfang des 17. Jahrhunderts gegründet worden war, wurde nun, wiederholt umgebildet und mit neuen Privilegien ausgerüstet, in der Hand der Regierung und der Reichsstände ein Zentralkpunkt für die sicher gutgemeinten, aber leider allzu leichtsinnigen Maßnahmen zur Hebung des Wirtschaftslebens. Industrielle und Handelsunternehmungen verschiedener Art erhielten gegen nur ungenügende Sicherheit und billigen Zins den ausgedehntesten Kredit, die Reichsbank verlieh Gelder rechts und links. Das war aber nur

<sup>205)</sup> Berch wie oben S. 419.

<sup>206)</sup> Berch wie oben S. 420.

<sup>207)</sup> Vergl. Hildebrand, VII, S. 230—233, 283.

möglich durch eine unangemessene Vergrößerung der Zahl der ausgegebenen Banknoten. Auf die Dauer konnte das nicht ohne unheilvolle Folgen bleiben. Der Wechselkurs verschlechterte sich zusehends, die einheimischen Warenpreise stiegen gewaltig und das allgemeine Vertrauen zu den Banknoten wurde erschüttert<sup>208</sup>).

Man wurde nun dazu gezwungen, die Bank von der Einlösungspflicht der Banknoten zu befreien, was wiederum auf das Vertrauen des Publikums sehr ungünstig wirkte. Durch verschiedene Manipulationen mit einigen großen Finanzleuten gelang es zwar, den Wechselkurs zeitweise zu erhalten, zumal die Handelskonjunktoren für Schweden besonders günstig waren. Auf die Dauer konnten aber solche künstliche Mittel nichts ausrichten, die Warenpreise sowohl als das Agio des Metallgeldes stiegen, und eine allgemeine Unsicherheit lähmte das Wirtschaftsleben<sup>209</sup>).

Die größere Sparsamkeit der jüngeren „Nützen“, die Mitte der sechziger Jahre an die Macht kamen, machte wohl der Notenpresse einigen Einhalt, bewirkte aber andererseits durch die allzu plötzliche Krediteinziehung, daß viele Unternehmungen Bankrott machten. Erst dem physiokratischen Finanzminister Gustavs III., Liljencrantz, gelang es kurz nach dem Ende der Freiheitszeit, durch eine rationelle Münzrealisation und Kreditreform Wandel zu schaffen und den allgemeinen Kredit wiederherzustellen. Die Notenzirkulation war damals mehr als viermal so groß wie die metallische Valuta und die Wechsel der Bank<sup>210</sup>).

In Hinblick auf diese Verhältnisse, die ja auch in anderen Ländern, vor allem in Frankreich, ihr Gegenstück hatten, erhalten Berchs Ausführungen erhöhte Bedeutung und Begründung. Er betont, daß das gesamte Kreditssystem in Grund und Boden auf dem allgemeinen Vertrauen beruht. Nur durch das allgemeine Vertrauen im Verein mit genügenden materiellen Sicherheiten, nicht durch Gesetzesparagraphen und Regierungsverordnungen, ist es möglich, daß Kreditbriefe, Banknoten, Assignaten usw. als Bargeld angenommen und behandelt werden. Durch den Kredit werden die verfügbaren Geldmittel eines Landes vervielfacht, was dem Verkehr, den Geschäften, dem Handel und Wandel und der gesamten wirtschaftlichen Entwicklung des Landes zu großem

<sup>208</sup>) <sup>209</sup>) Sildebrand, VII, S. 229—233.

<sup>210</sup>) Sildebrand, VIII, S. 29.



Nutzen gereicht. Grundstücke, Landgüter, Häuser und andere feste Kapitalformen werden flüssig, mobil, und dadurch steigen sie natürlich auch im Werte, da ihre Verwendbarkeit, die Möglichkeit ihrer Ausnützung wesentlich gestiegen sind.

Diese Wirkungen des Credits nennt Berch mit Recht „wunderbar“. Der Credit ruht wohl innerlich auf gegenseitigem Vertrauen, äußerlich braucht er doch etwas mehr, etwas Materielles, und das sind die sogenannten Sicherheiten. „Wenn aber dieser Nutzen wirklich werktellig gemacht werden soll, so müssen sich alle diese Geldverhältnisse einander völlig Glauben stellen; doch so, daß jedes seine eigene und völlige Sicherheit habe: mithin müssen alle ihre Anweisungen und Scheine überall in Bezahlung angenommen werden. . . . Durch eine solche wunderbare Wirkung des Credits kann auch selbst das baare Geld, welches den Grund und das Fundament solcher Leihhäuser und Geldverhältnisse ausmacht, ausgegeben werden, und die Leihhäuser, bey erhaltener Sicherheit, durch repräsentierendes Geld, dennoch ihren vollen Nutzen leisten<sup>211)</sup>.“

Wie ausgeprägt schon bei Berch das Gefühl für die Empfindlichkeit des Credits ist, geht aus folgenden Sätzen hervor: „Da aber nichts zärtlicher zu behandeln ist, als der Credit, der sich durch keinen Zwang befestigen läßt, sondern auf einer größeren oder geringeren Einbildung, und mehr oder weniger Wahrscheinlichkeit und Erläuterungen bey den Dingen, die auf das Verkehr des Geldes ankommen, beruhet: weswegen logica probabilium auch hierbey von Nutzen seyn kann: so werden keine mittelmäßige, sondern die größten Verstandesgaben erfordert, in dem Geldverkehr alle Glieder so ineinander zu fügen, damit kein Aufenthalt verursache und Mißtrauen wegen Unsicherheit des Grundes entstehen möge<sup>212)</sup>.“

Weiter führt er zu dieser Frage unter anderem noch folgendes an:

„Das allegemeine Geldverkehr mag entweder auf wirklich oder bedeutend Geld gegründet seyn; so erfordert die Erhaltung des Verkehrs, theils daß die Anweisungen, welche solche öffentliche Geldverhältnisse ausgeben und die im Lande circuliren sollen,

---

<sup>211)</sup> Berch wie oben S. 420—421.

<sup>212)</sup> Berch wie oben S. 421—422.

auf die möglichste Weise für dem Nachahmen und Verfälschen frey seyn müssen! theils daß bey den liegenden Gründen oder unbeweglichen Eigenthume sowohl, als andern, so Geldes werth ist und verpfändet wird, alle mögliche Vorsicht angewendet werde, den Werth des Pfandes, und seine Natur und veränderlichen Eigenschaften zu untersuchen, damit die Größe der darauf gegebenen Summe darnach eingerichtet werden könne; theils daß die Zinsen, welche solche öffentliche Leihhäuser an diejenigen auszahlen, welche ihr Geld hineingesetzt, oder welche sie für ausgeliehene Gelder haben, auf was gewisses festgesetzt werden müssen: jedoch dieses mit einigem Unterschiede, ob sich z. E. das Capital oft oder selten umkehren läßt? ob die Zinsen zum Capital geschlagen werden? usw.: theils auch daß die Pfänder, Zinsen und Anweisungen auf die verfallene Zeit ohnfehlbar eingelöst und ausgezahlt, und den Schuldnern keine Ausflüchte, um die Zahlung ins Weite zu spielen gestattet werden<sup>213)</sup>.“

Daß dies Flüssigmachen des immobilien Eigentums, das eben zu jener Zeit in Schweden allmählich einsetzte, auch zu größeren Preisschwankungen in diesem, vor allem in den Grundstücken, führen müsse, sah Berch wohl ein und er betrachtete diesen Umstand als einen Nachteil, den man mit den obengenannten Vorteilen eben mit in den Kauf nehmen mußte. Die Begleiterscheinungen, Fluktuationen in den Hypotheken und Pfandbriefen sowie Verluste und sogar Bankrotte der Leihanstalten wurden auch vorgeesehen, aber als nicht allzu bedenklich für den allgemeinen Nationalwohlstand angesehen, wenn nur das Geld im Lande blieb und andern Erwerbszweigen zugute kam<sup>214)</sup>.

„Wenn die Grundstücke und bewegliche Güter eines Landes sich, durch Hülfe des Credits, in die Eigenschaften der Münzen und des Geldes gekleidet haben, so können sie auch, in Absicht ihres Werthes eben denen Veränderungen des würllichen Geldes ausgesetzt seyn. Da nun beydes Geld und Waaren bey einem ungestörten Verkehr im Werthe steigen, wenn die Nachfrage darnach größer, als der Vorrath ist, und im Preise fallen müssen, wenn mehr Verkäufer als Käufer sind (Cap. 7, § 3 und Cap. 8, § 6, 7), so, wie auch diese Folgen desto heftiger sind, wenn sie eine

<sup>213)</sup> Berch wie oben S. 422—423.

<sup>214)</sup> Berch wie oben S. 425—426.



Störung des allgemeinen Verkehrs zur Ursache haben: so ist es bey dem Verkehr mit dem Gelde, dem der Credit zustatten kommt, keine unbegründete Furcht, daß die Antheile, welche eine jeder Theilhaber in solche Anstalten zu ihrem Fundamente und Bereitung hergeschossen hat, steigen und fallen, und folglich bei vorfallenden Unglücksfällen, wenn nur einigermaßen dabey unachtsam zu Werke gegangen wird, der Credit ins Stoden gerathen und gar verfallen kann. Da es aber dennoch Mittel und Wege giebt, solchen Angemächtigkeiten vorzubauen, und überdies der Bestand erfordert, so, daß eine dem andern notwendig aushelfen muß; so sind sie dennoch überhaupt nützlich ohnerachtet einige einzelne Personen dabey etwas verlieren sollten. Sollten auch ganze Compagnien oder ein gemeines Wesen durch ähnliche Fälle in Verlust gesetzt werden und Bankrotte machen müssen; so verdient ein solches Schicksal zwar Beyleid und Ermunterungen, bey andern Gelegenheiten; in der Hauptsache aber ist nichts verloren, da solche Baarschaften in andere Verkehre geschlossen sind, und sich darinne würksam erweisen<sup>215)</sup>).

## VI.

### Wert und Preis.

Da die Theorie bei Verch wie bei andern Merkantilisten nur vermischt mit praktischen volkswirtschaftspolitischen Gesichtspunkten vorkommt und hinter diese vollends zurücktritt, habe ich seine wichtigsten, bisher nicht erwähnten theoretischen Spekulationen über Wert und Preis hier unten in einem Abschnitt zusammengestellt.

Ein nicht uninteressantes Kapitel ist das „Vom Werthe der Waaren, und dem davon entstehenden Gewinne und Verluste“<sup>216)</sup>. Hier entwirft der Verfasser seine Werttheorie und untersucht das Verhältnis zwischen Wert und Preis. Für jene Zeit und den damaligen allgemeinen Standpunkt der nationalökonomischen Wissenschaft legt er seine Gesichtspunkte mit nicht ungeschickter

<sup>215)</sup> Verch wie oben S. 425—426.

<sup>216)</sup> Verch wie oben S. 385.

Argumentation dar. Ein Vergleich mit der Werttheorie der Physiokraten liegt auf der Hand und braucht meiner Meinung nach nicht allzusehr zu ungunsten Berchs auszufallen, besonders wenn man bedenkt, daß der schwedische Verfasser seine Ansichten aussprach etwa zwanzig Jahre bevor Turgots „Réflexions sur la formation et la distribution des richesses“ mit ihren Theorien vom *valeur estimative* und *valeur échangeable* erschienen. Berchs Darstellung leidet aber zuweilen an der allgemeinen Anklarheit der Begriffe, die jene Zeit kennzeichnet, und er scheint wiederholt Wert und Preis zu verwechseln.

Im § 1 des obengenannten Kapitels wird ausgeführt wie folgt: „Alle Dinge, welche gekauft und verkauft werden, erhalten ihren Werth nach einem gewissen Nutzen, den sie leisten; was aber keinen Nutzen hat, hat auch keinen Werth. Die Größe des Werthes aber fließt theils aus dem größeren oder geringeren Vorrathe von einer Waare, in Vergleichung mit der Zahl derer, welche ihrer bedürfen, entweder an einem Orte, oder an gewissen Stellen und zu gewissen Zeiten: theils auch von den auf die Waaren verwendeten Kosten, worunter auch *lucrum cessans* begriffen wird. Da nun *quantitas pretii* durch Vergleich festgesetzt, oder der Behandlung zwischen Käufer und Verkäufer überlassen seyn kann, so nennet man das erstere *pretium legitimum* und das letztere *conventionale*<sup>217</sup>).“

Hier ist ja deutlich genug der Einfluß von Angebot und Nachfrage auf den Tauschwert und den Preis der Waren angegeben. Zugleich aber hebt Berch den Einfluß der Produktionskosten auf den Tauschwert und den Preis hervor, die ja eigentlich das *pretium legitimum* bedingen. Daß dieses *pretium legitimum* aber sehr oft in der Praxis verhindert wird, zur Geltung zu kommen, sieht er ein, wenn auch seine Untersuchungen und Feststellungen ziemlich naiv sind. Beispielsweise meint er, ein *pretium legitimum*, d. h. ein die tatsächlichen Produktionskosten deckender Preis, kann nicht ausgerechnet werden, wenn der Produzent ohne Verleger, nur mit eigenem Kapital (Rohwaren, Werkzeugen usw.) arbeitet, oder, auch wie Berch es ausdrückt, wenn der Verleger selbst sowohl Materialien als Arbeit zur Her-

<sup>217</sup>) Berch wie oben S. 385 ff.



stellung der betreffenden Waren liefert und somit in einer Person Unternehmer und Kapitalist ist<sup>218</sup>). Die Waren können dann, meint er, nicht „bequemlich taxiert werden, ohne entweder dem Käufer oder Verkäufer nahezutreten, in so ferne es unbekannt ist, wie theuer die rohen Materialien und übrigen Zubehörenden zur Arbeit gewesen sind. . . . Sinegegen kann das *pretium artificii*<sup>219</sup>), oder die Bezahlung für Waaren, welche ein Handwerksmann von andern rohen Materialien versfertigt, bequem taxiert werden; wenn man dabey zum Grunde legt, wie lange Zeit zur Verrichtung der Arbeit erforderlich ist, wie groß des Professionisten Ankosten innerhalb dieser Zeit für Unterhalt, Miethe, Kleider, Contributionen usw. seyn können, welche Ausgaben, wenn man sie mit dem gangbaren Preise dieser Bedürfnisse vergleicht, ergeben, was für eine Bezahlung ihm für seine Arbeit werden muß<sup>220</sup>).“

Theoretisch theilte Berch die Auffassung der Zeit von der Nothwendigkeit, die Warenpreise zu regeln. Doch war er nicht blind für die Schwierigkeiten und die nachtheiligen Folgen einer solchen Preisregelung von Staats wegen. Daher mahnt er zur Vorsicht und verwirft ein allzu häufiges und weitgehendes Eingreifen auf diesem Gebiet. Am besten ist es schon, wenn die Warenpreise sich von selbst auf einem angemessenen Niveau halten, nur wenn dieses nicht der Fall ist, soll der Staat eingreifen, aber immer mit großer Vorsicht und nach einem wohlburchdachten Plan. Durch unvernünftiges Eingreifen kann der Markt vielleicht schwer gestört und geschädigt und ein dem beabsichtigten ganz entgegengesetztes Resultat gezeitigt werden.

Das *pretium conventionale* ist am meisten übereinstimmend mit der Freiheit des Handels, „weil es sich nach dem Vorrathe der Waaren und der Anzahl der Käufer und Verkäufer richtet“<sup>221</sup>). Daraus folgt, daß die Preise billig sind, wenn die Warenmenge groß, die Anzahl der Käufer klein ist, und umgekehrt teuer, wenn die Waren knapp und die Nachfrage groß ist. Es ist eine der Aufgaben der allgemeinen Haushaltung, hier ein gewisses Gleich-

<sup>218</sup>) Eine ähnliche Auffassung trifft man noch heutzutage bei vielen Landwirten, welche sich consequent weigern, eine moderne Buchführung in ihren Betrieben einzuführen.

<sup>219</sup>) Vergl. „Marktpreis“ bei Adam Smith.

<sup>220</sup>) Berch wie oben S. 298—299.

<sup>221</sup>) Berch wie oben S. 388.

gewicht zu schaffen, so daß sowohl Käufer als Verkäufer auf ihre Kosten kommen und gute Geschäfte machen. Wenn die Waren an einigen Orten viel unter den Preis fallen, den der Verkäufer ursprünglich für sie bezahlt hat, oder den sie an anderen Orten mit normalen Preisen bedingen, so zeigt das, meint Berch, die geringe Konsumtionskraft und den Geldmangel des betreffenden Landes. Wenn dagegen der Preis der Waren im großen und ganzen sich mit ihren Herstellungskosten deckt (zuzüglich eines angemessenen Handelsgewinnes), so deutet das auf den Wohlstand und Reichtum des Landes hin. „Wenn aber Waaren über den Werth steigen, welchen sie anderer Orten bey einem ungestörten Handel haben, und dieses *pretium ascendens* anhält, ohne daß es seinen Grund in der Menge der Käufer oder der Unzureichlichkeit der Waaren haben sollte; so muß dieses von Hindernissen des Handels und Monopoliën herkommen, und mithin aufhören, sobald diese Steine des Anstoßes aus dem Wege geräumt werden<sup>222</sup>).“

In der weiteren Entwicklung seiner Werttheorie erwähnt Berch die Entstehung des Tauschverkehrs, der Handelswirtschaft, aus der ursprünglichen Eigenwirtschaft und folgert, daß „alle diejenigen, welche Waaren in größerer Menge besitzen, als sie zu ihrer Nothdurft brauchen, auf die Waaren, die sie verkaufen, einen solchen Werth setzen, der sich nach den Kosten richtet, welche sie auf ihrer Erzielung gewendet haben. Folglich stehen die Werthe der Waaren gegen einander in einem Verhältnisse, und es ist, so lange der Handel durch den Tausch der Waaren getrieben worden ist, der Werth der natürlichen Waaren, in so ferne die Menge derselben nach den Bedürfnissen proportioniert gewesen, so eingerichtet gewesen, daß für eine so lange Zeit, als die eine Waare zu eines jeden Nothdurft zureichend war, andere Waaren durch Tausch dagegen erhalten worden; gleichwie auch der Werth der durch die Kunst veredelten Waaren auf eben denselben Gründen beruhet hat, so, daß die Waaren, welche in gleicher Zeit vernuget und verbraucht werden könnten, in Ansehung ihrer Quantität und Werth beym Tausch gleich geachtet, diejenigen aber, welche hierinne von unterschiedener Beschaffenheit gewesen, bey dem Tausche in der Quantität ungleich betrachtet worden sind. Und da dieser Werth

---

<sup>222</sup>) Berch wie oben S. 389.



desto genauer berechnet ward, seitdem die Münze eingeführet worden; so ist auch zwischen dem Werthe aller Waaren, welche im Handel vorkommen, eine so genaue Verbindung, daß das eine auf das andere würfet. Aus dieser inneren Verbindung der Waaren und ihres Werthes fließt auch, daß weder das Steigen derselben, welches von allerley Zufällen verursacht wird, geschwinde herunter, und der geringe Preiß anderer Waaren schleunig in die Höhe gebracht werden kann; sondern nur nach und nach durch Grade geschiehet; denn außer dem, daß der Eigennuß seinen Vortheil auf das längste sucht; so kann das Steigen und Fallen des Preißes gewisser Waaren, welche wegen ihrer Gemeinschaft mit andern Handel auf die übrigen Waaren eine gleiche Wirkung verursachen, nicht eher, als nach Verlauf einiger Zeit merklich werden: und ehe und bevor alle, welche Waaren zu verkaufen haben, sich überzeugt halten, daß solche Waaren, welche sie zum Verkaufe brauchen, im Werthe gefallen sind, fällt auch der Preiß nicht; und so ist es umgekehrt beym Steigen der Preiße<sup>223</sup>).“

Dieser „inneren Verbindung der Waaren und ihres Werthes“ ist es auch zuzuschreiben, daß die Preistendenz und Preislage des Marktes sich nicht aus dem Preise irgendeiner einzelnen Ware ergibt. Anstatt des Einzelwertes, des Einzelpreises entsteht ein *pretium mixtum*, „welches sich nach dem Vorrathe<sup>224</sup>), dem Mangel, der Unentbehrlichkeit, der Nachfrage usw. richtet“.

Das *pretium conventionale* mag nun hoch oder gering sein, so enthalten die Waren im Handel ihren Wert und Preis nicht *ex unico actu*, sondern *ex frequentia actum*, auch *valor forensis*, Marktpreis genannt. Dieser Preis entsteht durch Vergleich oder Vereinbarung zwischen den Käufern und Verkäufern und ist naturgemäß sehr wandelbar und empfindlich für alle Veränderungen in Angebot, Nachfrage, andern Warenpreisen usw. Waren, die man an gewissen Orten oder Zeiten nicht findet, oder die überhaupt nicht gesucht werden, haben natürlich keinen *valor forensis*<sup>225</sup>). Dieser Wert oder Preis deckt sich im allgemeinen mit dem *pretium conventionale* — ohne doch daran notwendig

<sup>223</sup>) Vorch wie oben S. 389—391.

<sup>224</sup>) Nämlich mehrerer Warensorten.

<sup>225</sup>) Vorch wie oben S. 391—392.

gebunden zu sein —, wogegen das *pretium legitimum* eine untergeordnete Rolle spielt.

Das erwünschte Gleichgewicht der Warenpreise ist theils durch gute Verwaltungsmaßregeln und Verordnungen, theils durch Anwendung verschiedener Hilfsmittel zur Leitung und Förderung des Handels zu erzielen. Wenn ein Käufer und ein Verkäufer zusammenkommen und gemeinsam den Preis vereinbaren, so entsteht das, was man *pretium conventionale* in beschränktem Sinne nennt. Wenn dagegen nur ein Verkäufer, aber mehrere Käufer zusammenkommen, um den Preis festzusetzen, so wird das Resultat, daß der höchstbietende Käufer den Preis bestimmt. Das wird von den Merkantilisten *subhastatio*, *licitatio*, Auktion oder Ausruf (Versteigerung) genannt<sup>226)</sup>.

Gewinn ist der letzte Endzweck des Handels, und wie sehr man auch wünschen mag und zu wünschen berechtigt ist, daß der Gewinn nicht die *limites honesti* überschreite — da er den Namen *usuraria pravitas* erhält —, gibt auch Berch zu, daß es überaus schwer, ja unmöglich ist, festzusetzen, wie groß der Gewinn sein soll und darf. Nach seiner Meinung liegt es zwar im Naturgesetze, daß man beim Handel mit seinen Mitmenschen sich mit einem angemessenen Gewinn begnügen soll, aber trotzdem muß er sagen: „so würde dennoch Handel und Wandel aufhören, wenn der Gewinn auf was gewisses fest gesetzt wäre, und nicht auf Vergleich ankäme. Es muß das also dem Richterstuhle des Gewissens überlassen werden“<sup>227)</sup>.

Wenn es sich um den auswärtigen Handel dreht, so kann man ruhig ein etwas weiteres Gewissen haben und den Ausländern einen reichlichen Gewinn abnehmen, dagegen muß man im Interesse des gesamten Staates seinen Landsleuten gegenüber gewissenhafter handeln und seiner Gewinnsucht nicht allzusehr Vor-schub leisten<sup>228)</sup>.

<sup>226)</sup> Berch wie oben S. 393—394. Im allgemeinen ist die Form des Handels, wo nur zwei Personen den Preis der Ware bedingen, nach Berch, der Auktion vorzuziehen. In gewissen Ausnahmefällen mag ja Versteigerung gut und nützlich, ja vielleicht notwendig sein. Dann muß man sie aber so anordnen, daß der Käufer anonym bleibt, bis das Geschäft abgeschlossen ist. Denn nur so kann man ein ungehemmtes überbieten und Indiehöhhetreiben der Preise verhindern.

<sup>227)</sup> Berch wie oben S. 394.

<sup>228)</sup> Berch wie oben S. 395.



Eine allgemeine Norm für die Höhe des Gewinnes wird folgendermaßen gegeben. „Wenn der Gewinn beym Handel in den Schranken der Billigkeit erhalten werden soll, so muß 1. der Gewinn so groß seyn, daß der Kaufmann nicht nur sein ausgelegtes Geld zurück, sondern auch Ersezung der angewandten Mühe und Beschwerden, wie auch dessen, was er während der Zeit zu seinem Unterhalte gebraucht, erhält. 2. Bey denen Waaren, welchen allen unumgänglich nöthig sind, welche folglich bald abgesetzt werden, und ein öfteres Umkehren des Geld=Capitals im Handel verursachen, muß der Gewinn klein seyn: maßen derselbe durch ein doppelt Verkehr dennoch einträglich genug wird; dahin= gegen von Waaren, welche dem Kaufmanne lange liegen, der Gewinn größer seyn kann. 3. Der Handel, welcher mit Gefahr geführt, und wobey viel gewaget wird, muß mehr Gewinn abwerfen, als der, welcher mit völliger Sicherheit geführt wird; und das nicht allein in Absicht der Art, wie der Handel geschlossen wird, entweder auf Zeit oder Contract usw., sondern auch wegen der Beschaffenheit der Waaren selbst, ihres hohen Preiſes, Seltenheit, Zerbrechlichkeit, Veränderung von Mode und dergleichen. 4. Die Schäden, welche der Kaufmann leidet, da er entweder betrogen wird oder seine Waaren zu unrechter Zeit und für höhere Preise, als er sie absetzen kann, eingekauft hat, daher er mit Nachteil verkaufen muß, mit mehr ähnlichen Umständen müssen nach und nach durch größeren Gewinn von andern Waaren ersetzt werden, weil sein Untergang sonst unvermeidlich ist<sup>220)</sup>.“

## VII.

### Kulturpolitik.

In einer Zeit, wo alles von Staats wegen geregelt wurde bzw. werden sollte, wurde natürlich auch der Erziehungs- und Ausbildungsfra ge als wichtigem Teile der staatlichen Aufgaben große Aufmerksamkeit gewidmet. Obgleich Berchs Ansichten auf diesem Gebiet meistens typisch merkantilistisch sind, hat es doch ein gewisses Interesse, sie näher zu verfolgen.

<sup>220)</sup> Berch wie oben S. 395—396.

Mit großer Entschiedenheit tritt er für die Einrichtung kostenloser, öffentlicher und obligatorischer Schulen und Erziehungsanstalten ein. Jeder Staatsbürger soll, meint er, wenigstens das Lesen und Schreiben der Muttersprache, das Rechnen, die Grundzüge des Christentums und der Sittenlehre lernen<sup>230)</sup>.

Betreffs der Berufswahl werden in Übereinstimmung mit dem Zeitgeist gewisse Beschränkungen der Freiheit befürwortet, und zwar so, daß die Universität- und Hochschulen vor einem allzu großen Andrang nicht begabter oder sonst nicht geeigneter Studierender geschützt werden. Hier treten dieselben Gedanken wie in der schon genannten Rektoratsrede von 1749 zutage, und mit großem Geschick werden zu erwartende Angriffe abgewehrt. So heißt es: „Der Einwurf: durch dergleichen Einschränkungen würden die gelehrten Künste gestört werden, und die Barbarey überhand nehmen, bedeutet nichts: denn da das Wesen der Wissenschaften nicht von der Menge der Studierenden, sondern von einigen besonderen Köpfen, die selten vorkommen, Vortheil hat, so gewinnt die Barbarey durch die uneingeschränkte Anzahl der Studierenden weit mehr, indem alsdann viele zu Halbgelehrten werden, und auch das nicht einmal<sup>231)</sup>.“

Noch moderner und bedeutsamer scheint uns Berch's Mahnung in diesem Zusammenhange, die körperliche Arbeit, die Landwirtschaft, das Handwerk, überhaupt die Gewerbe nicht zu verachten und als gering und unwürdig im Vergleich mit dem Gelehrten- und Beamtenstande zu betrachten. Jeder einzelne Zweig hat seine wichtige Aufgabe in der gesamten großen Volkswirtschaft, und jeder einzelne ist nützlich und nötig, wenn er diese Aufgabe nach dem Maße seiner Kräfte erfüllt. Für die praktische Arbeit sind Begabung und Tüchtigkeit manchmal mindestens ebenso wichtig wie für wissenschaftliche Studien, und der eine hat keine Veranlassung, den andern über die Schulter anzusehen.

Um den Wert und die Bedeutung körperlicher Arbeit und Fertigkeit bei der Jugend klarzumachen, soll in den Schulen auch Unterricht in Handarbeiten und dergleichen gegeben werden, und das nicht nur oder vorzugsweise den Schülern, die sich später einem Handwerk widmen werden, sondern mehr noch den Jüng-

<sup>230)</sup> Berch wie oben S. 59.

<sup>231)</sup> Berch wie oben S. 61.



lingen, die nachher ganz andere und vielleicht gelehrte Berufe wählen<sup>232)</sup>).

Anders Berch kann somit gewissermaßen als ein Vorgänger der „Slöjd“-Bewegung in Schweden betrachtet werden, die in unseren Tagen den größten Einfluß auf die Erziehung und Ausbildung der Jugend in den Volksschulen ausübt und auch in vielen fremden Ländern zahlreiche begeisterte Anhänger gewonnen hat. Die moderne Pädagogik sieht ja heute in der planmäßigen Beschäftigung der Schuljugend mit verschiedenen Handarbeiten neben dem theoretischen Schulunterricht, wie sie die „Slöjd“-Bewegung anstrebt und mehrfach durchgesetzt hat, ein wichtiges Mittel der harmonischen Erziehung und Charakterbildung des jungen Geschlechts. Als Pionier auf diesem Gebiet wird Schweden jährlich von Hunderten von Pädagogen aus aller Herren Ländern besucht, die den „Slöjd“-Unterricht in unseren Schulen und die Organisation und die Methoden des großzügigen „Slöjd“-Instituts zu Nääs studieren wollen.

### **Rückblick und Zusammenfassung. — Die Opposition gegen Berch und den Merkantilismus.**

So wie Anders Berch uns in seinen Schriften entgegentritt, ist er im großen und ganzen ein Kind seiner Zeit, wie es ja kaum anders zu erwarten ist. Und wenn man seine Ansichten und Meinungen mit denjenigen anderer Merkantilisten, die vor oder auch zugleich mit ihm lebten, vergleicht, so findet man sofort eine große Übereinstimmung. Daß Berch keine originelleren Gedanken von Bedeutung gezeitigt hat, ist schon vorher bemerkt worden, und es liegt klar zutage, daß er sein ganzes System in zweiter Hand aufgebaut, d. h. es von anderen übernommen und nur in Einzelheiten verändert und verbessert hat.

Mit alledem ist Berch doch kein unbedeutender Wissenschaftler, wenn man ihn im Lichte seiner Zeit und der damals obwaltenden Umstände betrachtet. Es war schon eine bedeutende Tat, ein einigermaßen systematisches Lehr- und Handbuch der National-

---

<sup>232)</sup> Berch wie oben S. 64.

ökonomie zustande zu bringen, mag es sein, daß er schwerfällig, umständlich und oft unklar ist. Weiter war es beachtenswert und wichtig, daß dieses Werk in Schwedisch und nicht in Lateinisch erschien, wodurch es einem größeren Publikum zugänglich wurde und zu dem erwachenden Interesse für wirtschaftliche Aufgaben erheblich beitrug. In diesem Zusammenhang kann auch die für Schweden ehrenhafte Tatsache, daß das Buch ins Deutsche übersetzt wurde, erwähnt werden.

Schließlich ist Berch mit all seiner, teilweise ihm aufgezwungenen Reinlehrigkeit doch in vielen Stücken ein viel modernerer und weitblickenderer Mann als die meisten der damaligen merkantilistischen Schule. In den Bevölkerungs- und Erziehungsfragen hat er viele gesunde und erst in unseren Tagen vollkommen durchdrungene Gedanken ausgesprochen, und seine Darlegungen über Arbeitsteilung und Produktionsfaktoren zeigen Verständnis für das Wesen der Produktion. Von Interesse auch für unsere Zeit sind weiter seine Anregungen betreffs einer umfassenden Landesstatistik und der Errichtung staatlicher Getreidemagazine usw.

Zur Beurteilung der Bedeutung Berchs sei es erlaubt, auch eine ausländische Stimme aus unserer Zeit anzuführen: Wilhelm Stieda nennt Berch einen gedankenreichen und einbringenden Kopf und hebt hervor, daß er insofern den deutschen Kameralisten des 18. Jahrhunderts vorausgeeilt, als er den „Hilfsmitteln“ der Haushaltungswissenschaft, nämlich Physik, Mechanik, Mathematik usw., ihre Stellung anweist und sie nicht derart überwuchern läßt, als es später geschah<sup>233</sup>).

Während er noch im besten Mannesalter stand und eifrig am Werke war, seine und die Ansichten der herrschenden Parteien auf dem ökonomischen Gebiete zu propagieren und zu stärken, wurde er schon Gegenstand heftiger Angriffe von Seiten der Männer der neuen Zeit, der Vorkämpfer der ökonomischen Freiheit, und er mußte es erleben, daß die neuen Ideen Schritt für Schritt an Boden und Vertrauen gewannen, wenn auch zeitweise gegen die modernen Bestrebungen eine erneute merkantilistische Reaktion eintrat und es jedenfalls lange dauerte, bis sie schließlich in den maß-

---

<sup>233</sup>) Stieda, Die Nationalökonomie als Universitätswissenschaft, Leipzig 1906, S. 24.



gebenden Kreisen durchdrangen. Gewiß konnten auch die tatsächliche Entwicklung und das nicht abzuleugnende Mißlingen vieler merkantilistischer Regierungsmaßnahmen in ihren beabsichtigten Wirkungen nicht ohne Einfluß auf eine solche Persönlichkeit wie Anders Berch bleiben, und somit ist anzunehmen, daß er seine extremsten Ansichten in verschiedenen Punkten mit der Zeit erheblich modernisierte, nach den veränderten Verhältnissen abänderte und der neuen Zeit mit ruhigem Sinn entgegen sah.

Einer der ersten Opponenten gegen das herrschende System war der Reichsrat C. F. Scheffer, der Erzieher und spätere Ratgeber des Königs Gustav III. Im Jahre 1759 gab er eine kleine Schrift: „Gedanken über die Einwirkung der Sitten auf die Bevölkerungszahl“ heraus. In dieser Broschüre zeigte er Verwandtschaft mit den physiokratischen Anschauungen und erklärte selbst, daß er von dem „L'ami des hommes“ des Marquis de Mirabeau inspiriert sei<sup>234)</sup>. Physiokrat war auch der Chef des finnländischen Landvermessungswesens E. O. Runeberg, der im Jahre 1763 in einer anonymen Schrift für die Aufhebung des Gewerbezwanges und für das Stapelrecht aller Seestädte eintritt<sup>235)</sup>. Keiner von diesen hat aber die Bedeutung, welche dem Grafen Johan Siljencrantz zukommt. Während der Freiheitszeit trug L. den bürgerlichen Namen Westerman und war Notar im Kommerz-Kollegium. Er wurde auf öffentliche Kosten nach dem Auslande gesandt, um wirtschaftliche Verhältnisse zu studieren, und sandte von dieser Reise interessante und aufsehenerregende Berichte nach Hause. In der Königlich Schwedischen Akademie der Wissenschaften hielt Siljencrantz 1768 und 1769 zwei sehr beachtete Reden über die schwedischen Gewerbe und über Schwedens auswärtigen Handel. In beiden legte er ausgeprägte physiokratische Ansichten an den Tag<sup>236)</sup>.

Er befürwortete die Unterstützung der Landwirtschaft, die Beschränkung der Industrien auf eine kleine Anzahl, die sich für das Land besonders eignete, vor allem Förderung der Eisen- und Kupferveredelung. Das Produktplakat wollte er aber behalten. Von Gustav III., der mit der Freiheitszeit und ihrem politischen und ökonomischen System endgültig brach, wurde Siljencrantz in

<sup>234)</sup> <sup>235)</sup> Leffler wie oben S. 145.

<sup>236)</sup> Leffler wie oben S. 145.

den Grafenstand erhoben. Als Finanzminister bekam er Gelegenheit, seine Ideen zu realisieren, was sich besonders in der Aufhebung der Getreideausfuhrverbote, Freigebung des Getreidehandels, Erleichterung des Gewerbezwanges usw. zeigte. Liljencrantz stand persönlich in Briefwechsel mit Mirabeau und verschaffte diesem, seinem Freunde und Meinungsgenossen, den schwedischen Wasa-Orden<sup>237)</sup>.

Die Opposition gegen Berch und den Merkantilismus kam aber nicht nur von physiokratischer Seite, obwohl diese sich in Übereinstimmung mit dem allgemeinen Zeitgeist am breitesten machte. Der schwedisch-finnländische Priester und Reichstagsabgeordnete Anders Chydenius, der nicht ohne Berechtigung „Schwedens genialster Denker in wirtschaftlichen Fragen“ genannt worden ist, trat mit ganz neuen und originellen Ideen hervor, die nichts an tatsächlichem wissenschaftlichen Wert verlieren dadurch, daß sie in wichtigen Punkten erst viel später wirklich anerkannt und richtig erfaßt wurden<sup>238)</sup>.

Die Königl. Wissenschafts-Akademie, welche sich um diese Zeit mit volkswirtschaftlichen, statistischen und dergleichen Fragen besonders lebhaft beschäftigte, hatte im Jahre 1763 als Preisfrage aufgestellt: „Die Ursachen der schwedischen Auswanderung und die Mittel, dieser vorzubeugen“. Unter insgesamt 28 eingereichten Wettbewerbschriften wurde eine von einem gewissen J. F. Kryger verfaßte preisgekrönt. Der Verfasser stand im wesentlichen noch auf dem alten merkantilistischen Standpunkte, befürwortete aber eine gewisse Freiheit für die Landwirtschaft und ihre Hilsgewerbe<sup>239)</sup>.

In seiner Eigenschaft als Mitglied des Priesterstandes im Reichstage ließ Chydenius im Jahre 1765 in Stockholm seine Antwort auf die oben erwähnte Preisfrage der Wissenschafts-Akademie drucken und widmete sie den Reichsständen. Unter den Wettchriften hatte sie keine Beachtung gefunden. Chydenius ist teilweise ein Anhänger der naturrechtlichen Schule und betrachtete den behördlichen Zwang als den wichtigsten Grund der Auswanderung. Der Mangel an ausreichender Freiheit, ihre ökonomischen Ver-

<sup>237)</sup> <sup>238)</sup> Leffler wie oben S. 145.

<sup>239)</sup> Arnberg wie oben S. 206—215.



hältnisse zu verbessern, treibt in vielen Fällen eben die tüchtigsten Menschen vom geliebten Vaterlande weg. Jedenfalls muß man wirklich untersuchen, ob ein solcher Zwang existiert, da darüber allgemein geklagt wird. Was nun zuerst die Landwirtschaft anbetrifft, so ist sie einer solchen Fülle von Zwangsbestimmungen und Hindernissen unterworfen, daß man sich eher wundern sollte, daß sie sich überhaupt hat entwickeln können, als daß ihr Zustand bedrückt ist. Unter anderem wird auf die mangelhafte Vermessung, die Hindernisse für die Parzellierung, die Unsicherheit des Besitzrechtes, die schlechten Transportmöglichkeiten, die Ausfuhr- und Verkaufsverbote, die in- und ausländischen Zölle, die unzähligen Naturalabgaben und Dienstleistungen, die lästigen Verordnungen usw. hingewiesen, die alle nur zusammenwirken, die Landwirtschaft zu hemmen und mit unproportionalen Lasten zu drücken<sup>240</sup>).

In ähnlicher Weise werden die Gewerbe, Handwerk, Industrie und Handel durch allerlei Zünfte, Verbote, Verordnungen, Privilegien, Steuern und Zölle gedrückt und gehindert, sich zugunsten des allgemeinen Wohles frei zu entwickeln. Dazu kommt noch Zwang in anderen Formen, der das Volk insgesamt trifft, wie die Langsamkeit des Prozeßverfahrens, welche das Eigentumsrecht unsicher und manchmal illusorisch macht, die plötzlichen Wandlungen im Geldwesen, die das Land Millionen kosten, weiter der Zwang „der Vernunft, den Federn und der öffentlichen Presse gegenüber“<sup>241</sup>).

Diese radikale Schrift enthält, wie man sieht, ein ganzes Programm, welches Chydenius weiter verfolgte und auseinanderlegte in einer im selben Jahre gedruckten Broschüre über das Handelsmonopol der Städte Stockholm, Gålle und Åbo. Er greift dieses heftig und talentvoll an und verlangt freie Seglation für alle Städte des Bottnischen Meerbusens. Noch weiter ging er in einer gleichfalls im Jahre 1765 erschienenen Schrift: „Die Quelle der Ohnmacht des Reichs“, die anonym herausgegeben wurde und ein enormes Aufsehen erregte. Hier griff Chydenius das Gefünstelte im Handel und Wandel im allgemeinen an, besonders aber richtete er sich gegen das Produktplakat, welches die Engländer und Holländer daran hinderte, auf Schweden zu segeln, wodurch u. a.

---

<sup>240</sup>) <sup>241</sup>) Arnberg wie oben S. 206—215.



das Salz, das sie früher als Ballast eingeführt hatten, ungebührlich verteuert wurde. Weitere Schriften von Chydenius aus diesem Jahre sind: „Der nationale Gewinn“ und „Eine umständliche Antwort“, welche sein nationalökonomisches Gesamtsystem enthalten und ihn, wie schon in der Einleitung erwähnt wurde, an die Seite von Adam Smith stellen<sup>242</sup>).

Chydenius begegnete natürlich anfangs einem heftigen Widerstand, ja, wegen einer Kritik über das Finanzsystem des Landes wurde er sogar aus seinem Stande im Reichstage ausgewiesen. Seine Ideen zeigten sich aber siegreich, wenigstens teilweise, und schon am Reichstage 1766 konnte Chydenius selbst mit ansehen, wie sie in verschiedenen Punkten verwirklicht wurden. Erst in unseren Tagen hat man aber die große Genialität des finnländischen Pfarrers als Nationalökonom anerkannt<sup>243</sup>).

Mußte somit Anders Berch selbst zusehen, wie seine Ansichten mehr und mehr verdrängt wurden, wie das so mühsam und kunstvoll aufgebaute merkantilistische System Stück für Stück wieder abgebrochen wurde, so hatte er dabei doch einen Trost: das alte System zeigte sich viel widerstandsfähiger und fester gebaut, als seine Feinde es sich wohl vorgestellt hatten, und an vielen seiner Ecksteine war überhaupt nicht zu rütteln. Und auch, als die Regierenden selbst von den sogenannten freirechtlichen Ideen durchdrungen waren bzw. sich durchdrungen glaubten, mußten sie mit dem Merkantilismus einen Kompromiß schließen. Es ging nicht ohne weiteres, alles auf einmal freizugeben.

Mögen die Zwangsregeln und Hemmungen auch noch so übertrieben gewesen sein, so zeigten sich viele von ihnen, wenn es zur Praxis kam, sehr nützlich, wenn nicht ganz unentbehrlich, und hier wenn sonst irgendwo sah man sich genötigt, mit großer Vorsicht vorzugehen. Sogar Gustav III. und sein ausgeprägt physiokratischer Finanzminister Siljencrantz, dessen Ministerzeit doch eigentlich erst nach dem Tode Anders Berchs fiel, sahen sich dazu gezwungen, zwischen Merkantilismus und Physiokratismus zu vermitteln, und ihre ökonomische Politik kann auch als ein Kompromiß, ein Zwischending zwischen beiden, aufgefaßt werden.

<sup>242</sup>) Arnberg wie oben S. 206—215.

<sup>243</sup>) Leffler wie oben S. 145.



Wenn Anders Berch und seine nationalökonomischen Ansichten keine dauernde Spur in der schwedischen Wissenschaft hinterlassen haben, so ist zu bemerken, daß seine größte Bedeutung nicht in seiner wissenschaftlich-theoretischen und schriftstellerisch-politischen Tätigkeit liegt, mag sie auch seinen Zeitgenossen am meisten in die Augen gefallen sein. Nein, Anders Berch hat sich große Verdienste um die schwedische Kultur erworben durch seine ganze Persönlichkeit und seine praktische Tätigkeit als Lehrer, Ökonom, Beamter, Organisator. Durch seine praktisch-ökonomischen Tugenden wurde er seinen Kollegen, Schülern und übrigen Landsleuten ein glänzendes und nachahmenswertes Beispiel und zeigte ihnen den richtigen Zusammenhang zwischen der Volkswirtschaft und Privatwirtschaft. Dadurch hat er sicherlich, wenn es auch damals noch unmerklich und natürlich auf jeden Fall unmöglich festzustellen war, das Seine zu dem allgemeinen Umschwung beigetragen, der heutzutage, nach langen Jahrhunderten und Jahrzehnten, endlich sich bemerkbar macht in dem ökonomischen Denken und Handeln der schwedischen Individuen und des schwedischen Volkes.

## Lebenslauf.

---

Ich, John Alexander Lönnegren, bin am 12. Dezember 1878 zu Luleå, Provinz Norrbotten, Schweden, als Sohn des Gymnasiallektors Dr. phil. August Valfrid Lönnegren und seiner Ehefrau, gebr. Elmstedt, geboren. Nach neunjährigen Studien an höheren Lehranstalten und Gymnasien in Stockholm und Värjö erwarb ich im Juni 1897 an dem Gymnasium zu Värjö das Reisezeugnis. Im September 1897 an der Königl. Universität Upsala als Student immatrikuliert, absolvierte ich dort zuerst das juristische Präliminarexamen (Dezember 1897) und dann das philosophische Kandidatexamen (September 1901). Im Juni 1902 mußte ich aus wirtschaftlichen Gründen meine Studien unterbrechen. Erst dreizehn Jahre später konnte ich sie wieder im Ernst aufnehmen und zwar an der Königl. Universität Greifswald, wo ich im Mai 1915 immatrikuliert wurde. Hier studierte ich Staats- und Rechtswissenschaften sowie Geschichte und bestand am 8. Februar die Doktorprüfung mit dem Hauptfach Nationalökonomie und Finanzwissenschaft und den Nebenfächern Staatsrecht und Völkerrecht sowie Geschichte.

Für die Berücksichtigung der mir bei der Ausarbeitung und Abfassung der vorliegenden Dissertation durch den Krieg entstandenen Schwierigkeiten spreche ich der hohen staats- und rechtswissenschaftlichen Fakultät meinen tiefempfundenen Dank aus, wie ich auch meine Lehrer in den verschiedenen Fächern zu Greifswald stets in dankbarer Erinnerung bewahren werde.

---